

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis halbjährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsstelligen Nummern- und Adressen 40 Pf. für politische und gesellschaftliche Artikel und Verammlungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 5. September 1905.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

### Fleischnot und Landarbeiter.

Man schreibt uns aus Ostpreußen:  
 Die konservativen Großgrundbesitzer und ihre Organe behaupten bei jeder passenden Gelegenheit, auch der Landarbeiter und kleine Besitzer habe bedeutenden Vorteil an der Aufrechterhaltung der Grenzschranken und den Viehzüchtern. Denn auch sie bekommen ja nun bei den erhöhten Viehpreisen bedeutend bessere Preise für ihre Schweine, Kühe und Schafe, die sie zu verkaufen in der Lage sind. Wie sieht es aber in Wirklichkeit, zum Beispiel in Ostpreußen, damit aus?

Es gibt hier auf den Gütern und Dörfern sehr wenig Landarbeiter, die Schweine mästen können zum Verkauf. Die Preise für ganz kleine Ferkel sind für die Leute fast unerschwinglich. So werden zum Beispiel für 4 Wochen alte Ferkel jetzt 16 bis 20 Mk. pro Stück gezahlt. Wer das Geld noch wirklich ausbringen kann, muß damit rechnen, daß ihm das junge, von der Mutter aus fortgenommene Tier nach kurzer Zeit eingezogen wird. Wächst das Schweinchen nun aber wirklich heran, dann heißt es, viel und gutes Futter herbeischaffen, um es schnell schlachtreif zu bekommen. Es ist aber zur Genüge bekannt, daß die meisten Landarbeiter nur mit Mühe und Not das Deputatgetreide für ihren eigenen Bedarf und meistens noch in sehr minderwertiger Qualität erhalten. Sind die Kartoffeln gut geraten, dann hilft man sich damit aus, sonst muß Futter für schweres Geld gekauft werden. Wohl selten gelingt es einem Landarbeiter, ein gut gemästetes Schwein für angemessenen Preis zu verkaufen. Denn weil er meistens geringen Barlohn und knappen Deputat vom Besitzer erhält, muß der Ertrag des Schweines so bald wie möglich zur Deckung von Schulden oder Anschaffung von notwendigen Kleidungsstücken oder Hausgeräten zum Ausgleich herangezogen werden. In größeren Landarbeiterfamilien, wo sich noch zwei bis drei Scharwerker in Stoff befinden, kann überhaupt nicht daran gedacht werden, das gemästete Schwein zu verkaufen. Es muß auch schon so früh wie möglich geschlachtet werden, um den eigenen Fleischbedarf im Haushalt damit zu decken. Denn gerade, wenn man große Kinder oder fremde Scharwerker im Hause hat, kann auf den Fleischgenuss nicht ganz verzichtet werden. Unter diesen Umständen ist bei dem Landarbeiter an Schweinezüchterei gar nicht zu denken. Es ist ausgeschlossen, daß er sich ständig eine Muttersau zur Zucht halten und mehrere Ferkel aufziehen kann. In den allermeisten Kontrakten mit den Besitzern ist das ausdrücklich ausgeschlossen.

Das hier Gesagte trifft auch zum größten Teil für die kleinen Besitzer zu. Auch sie können keinen nennenswerten Gewinn aus der Schweinehaltung erzielen. Wohl aber kommt es nicht zu selten vor, daß die für die Schweinehaltung oder Zucht aufgewendeten mühseligen Ersparnisse kleiner Besitzer durch das Auftreten des Rotlaufs oder einer anderen Schweinekrankheit in ihrem Stall in kurzer Zeit verloren gehen.

Was die Schafzucht betrifft, so findet sich in sehr wenigen Kontrakten der Landarbeiter die Erlaubnis dazu und die Gewährung von Futter darin. Außerdem ist die Schafhaltung und Schafzucht, wenn sie im großen betrieben werden kann, so wenig lohnend, daß auch kleine Besitzer sich damit nicht befassen können.

Daß der Landarbeiter seine gute Milch verkaufen wird, um ein paar Mark mehr herauszuschlagen, als er dafür gezahlt hat, ist fast ausgeschlossen, denn er weiß nicht, ob er wieder Ersatz dafür bekommt. Größtenteils ist die Kuh aber gar nicht sein Eigentum, entweder gehört sie dem „Herrn“ und der Arbeiter hat nur die Milchnutzung, oder es sind bedeutende Schulden von dem zum Ankauf verabsorgten Vorjährling abzuziehen. Vielfach wird den Inspektoren und Deputanten das Kalben einer Kuh überhaupt nicht gewährt, sie erhalten als Deputat täglich 1 bis 3 Liter Milch, manchmal sogar nur Schleudermilch. Gibt der Landarbeiter seine Kuh dem Gutsherrn zur Zucht, so gehört das Kalb natürlich dem Herrn, und der Arbeiter bekommt eine Entschädigung für den Milchverlust.

Unter diesen Umständen ist auch nicht im geringsten daran zu zweifeln, daß die Landarbeiter und kleinen Besitzer ebenso unter der herrschenden Fleischteuerung leiden als die Städter. Von ihrem geringen Einkommen müssen sie die erhöhten Preise für Bauchfleisch, Speck und einfache Wurst — anderes Fleisch kommt überhaupt nicht auf den Tisch des Landarbeiters — zahlen. Die Landwirte, die ihren Arbeitern infolge der überall herrschenden Teuerung die Löhne in den letzten Jahren auch nur um ein geringes erhöht haben, sind mit Licht zu suchen. Höchstens in der kurzen Erntezeit sind die großen Besitzer gezwungen, ihren Freiarbeitern, wenn sie nicht Soldaten genug geliefert bekommen, etwas höhere Löhne zu zahlen.

Diese Tatsachen müssen jedem, der auch nur oberflächlich mit den ländlichen Verhältnissen vertraut ist, zur Genüge bekannt sein. Besonders doch aber den Landwirten, die sich an der Öffentlichkeit hervortun. Trotzdem werden von diesen Leuten fortgesetzt die tatsächlichen Verhältnisse auf den Kopf gestellt und die plumbigen Lügen und Schwindeleien öffentlich verbreitet. Den Rekord hat hierin wohl ein angeblicher Landwirt erreicht, der in der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“, einem nationalliberalen Blatt, das von vielen Tausenden Arbeitern, Handwerkern und Beamten, zum Teil auch auf dem Lande, gelesen wird, einen Artikel mit der Überschrift:

### „Ein aufklärendes Wort zur Fleischteuerung“

losgelassen hat. Er lautet:

„Es wird jetzt in den Zeitungen über augenblickliche Fleischteuerung gellagt und die Schuld hieran den Agrariern in die Schuhe geschoben, aber man bedenkt nicht, daß die Hauptschuld an den jetzigen ungesunden Zuständen die Großstädte tragen, wie ich zu beweisen veruchen werde.“

Heute zieht der Arbeiter vom Lande zur Stadt trotz jährlicher Lohnzulage, angelockt durch Vergünstigungssucht und durch die falsche Vorpiegelung einer politischen Partei, daß er es in der Stadt besser habe. Infolgedessen verkauft der Mann hier billig seine ganze Wirtschaft, Kuh, Schafe, Schweine, gibt sein sicheres Brot und seine tägliche Arbeitslohngelegenheit in der Landwirtschaft auf und macht den Sprung ins Ungetoisse, wo er größtenteils bei den Barlöhnen sein Glück nicht findet, dann dem Schnapsgenuss verfällt und das häßliche Proletariat vermehrt. Durch diesen Abzug aber fallen fleischproduzierende Kräfte weg und werden dort konsumierende. Der Gutсарbeiter beim Groß- wie beim Kleinbesitzer hält sich eine Kuh, 2 bis 3 alte Mutterkühe, 1 Zuchttau nebst 1 bis 2 Schlachtschweinen; das Futter und Getreide bekommt er ja von der Herrschaft unentgeltlich geliefert. Er ist in der Lage, jährlich 1 Kalb, 3 bis 4 Lämmer, von der Sau im Jahre 2 Sah Ferkel (zirka 15 bis 20 Stück) zu verkaufen, hat außerdem seine reichliche Milch und Butter, ebenso Hühner, fodaß er außer seinem Bedarf noch Butter, Eier und junge Hühner zu Markte bringt.

Seine Wohnung z. B. ist 7 Hufen groß, sonst sind bei normalen Arbeiterverhältnissen 7 verheiratete Familien vorhanden, heute 3, und so ist es größtenteils überall, noch schlimmer auf den Großgütern, wo die Leute sich gewöhnlich noch mehr Inventar halten können; der fehlende Arbeiterlohn muß durch ausländische Arbeiter gedeckt werden. Diese Familien würden 7 Kühe, 21 Schafe, zirka 100 bis 140 Ferkel, 70 junge Hühner, dazu Butter und Eier zur Stadt bringen, heute kaum die Hälfte. Rechnet man dieses Verhältnis für einen großen Teil Deutschlands, so würde ein bedeutendes Mehr herauskommen und der Bedarf reichlich gedeckt werden. Der Besitzer ist gar nicht in der Lage, so viel mehr zu produzieren, als der Wirtschaft hierdurch abgeht, bei Schweinen und Schafen sogar noch weniger, denn früher besorgte die Köchin die Schweinefütterung mit, und wenn sie später sich verheiratete, blieb sie auf dem Lande und berand etwas von der Wirtschaft, hatte auch Lust und Liebe dazu; heute aber rennt alles zur Großstadt, und bekommt der Landwirt endlich eine Köchin bei höheren Löhnen als in der Stadt aufs Land, so macht sie sich aus, daß sie weder die Schweine zu füttern noch zu mästen habe, so etwas ist ihr nicht anständig genug, aber recht reichlich Fleisch und Speck muß zur Kost sein. Verheiratet sich solch ein Mädchen, so verzieht sie wenig von der Inventarzulage, gibt sich auch ungern damit ab, trotzdem das für den Landarbeiter so gewinnbringend ist. Was ist nun die Folge? Der Besitzer kann sich nicht mehr so viel Schweine halten, höchstens zum eigenen Bedarf, denn wer wird sie füttern? Der Arbeiter geht daher mehr auf Barlohn und die Fleischproduktion wird weniger. In nationalökonomischer Hinsicht ist das ein großer Fehler, der später wohl noch größer werden wird.

Es gibt da nur ein Mittel: für einen gesunden Arbeiterausgleich in Stadt und Land Sorge zu tragen. Die Großstädte müssen sich, da Freizügigkeit vorhanden ist, gegen die planlose Zuwanderung schützen, sei es durch Erhebung einer Zugabsteuer oder sonst auf eine Art, wie es z. B. das freie Amerika bei der Einwanderung heute macht, da ist der Arbeiter in dieser Hinsicht konfessionell (selbsterhaltend) genug und bringt auf geeignete Schritte. Ich halte es für keinen normalen, gesunden Zustand, wenn, wie angeführt, die Nahrungsmittelproduktion herabgeht, dafür aber das Geld aus dem Lande für Nahrungsmittelkauf und für Wohnung ausländischer Arbeiter herausgeht; es muß dann über kurz oder lang zu schlechten Verhältnissen kommen.

Rechtlich liegen die Dinge bei der Schafzucht; früher bekam jeder kleinere Besitzer einen Hütelungen für die Schafe und Schweine aus der Schule frei. Die Schweine gingen mit zur Weide, lebten mehr naturgemäß und waren nicht den vielen Krankheiten unterworfen wie heute; ebenso nützte das Schaf noch solch eine kurze Weide aus, auf der das Vieh nicht mehr frucht. Heute aber ist es nicht möglich, jenen Hütelungen frei zu bekommen, trotzdem linderreiche Arbeiterfamilien sie gerne vermieten möchten, da es für sie eine große Erleichterung sein würde. Der Junge ist sich beim Besitzer ordentlich satt und kehrt gesund und gutgekleidet zu den Eltern zurück. Einen großen Arbeiter kann sich der Besitzer hierzu nicht halten, denn dieser ist zu teuer. Was ist die Folge? Der Besitzer muß die Schafe abschaffen und den Leuten dafür mehr Barlohn geben. Wieviel Fleischproduktion fällt da aber aus? Allein wären das bei meiner Wirtschaft 40 Stück Schafe. Würde die Weidherde wieder mehr Hütelungenlaubnisse erhalten. Es hat es dadurch der mit Kindern reich gesegnete Familienvater, der Landarbeiter, der Besitzer und der Großstädter durch mehr und billigeres Fleisch besser.

Kun schreibt man heute: „die Grenze auf“ und sucht darin das Abheilmittel. Sind die Preise normal, höher wie früher müssen sie sein, denn die Arbeitslöhne sind höher geworden, so wird auch die Produktion zunehmen, das dauert allerdings eine längere Zeit, denn von heute bis morgen ist aus einem Ferkel keine fetze Sau gemacht. Sinken aber die Preise tief, so nimmt auch die Produktion ab, weil keiner Geld zusehen will, und die Verhältnisse werden für die Dauer nicht besser. Wir agrarische Arbeitgeber und agrarische Arbeitnehmer wollen nur auf unsere Anwesen kommen, und wären beide nicht da, so müßte der Großstädter verhungern. Vielleicht sind meine Worte etwas beachtenswert.

Ein Landwirt.

Die agrarischen Herzenswünsche dieses Landwirtes, die so weit gehen, daß die Städte sich, wie ein fremder Staat, gegen den Zugang vom platten Lande abschperren sollen, mögen auf sich beruhen. Das eine unvorsichtige Geständnis ist wertvoll, daß die Landwirte nicht genug produzieren können.

### Fertigstellung des Friedensvertrages.

Aus Portsmouth wird vom 4. September gemeldet:

Der Friedensvertrag ist fertiggestellt und wird heute nachmittags um 5 Uhr unterzeichnet werden. Er besteht aus 17 Artikeln und einer kurzen Einleitung. Ein Auszug aus dem Friedensvertrage wird telegraphisch nach Petersburg und Tokio übermittelt, während der tatsächliche Wortlaut den Regierungen in den beiden Hauptstädten erst nach Rückkehr der Friedensunterhändler bekannt werden wird. Die Ratifikationen müssen innerhalb eines Zeitraumes von 50 Tagen ausgetauscht werden. Die japanischen Bevollmächtigten hoffen, Portsmouth morgen, die Russen, es am Mittwoch verlassen zu können.

Wie das „Bureau Laffan“ weiter meldet, kamen die Friedensbevollmächtigten überein, daß den beiderseitigen Armeen 18 Monate Zeit zur Räumung der Mandchurie gelassen werden solle. Rußland erhalte ferner die Befugnis, 15 000 Mann zur Bewachung der Bahn zu halten. Eine weitere Meldung behauptet, Sinewitsch werde zum Gouverneur in Ostasien ernannt werden und einen großen Teil der Armee in Ostasien zurückbehalten.

Danach scheint es, als ob sich die Abrüstung in nicht allzu beschleunigtem Tempo vollziehen sollte, wobei es freilich recht fraglich ist, ob Rußland die Unterhaltung einer so starken Armee in Ostasien finanziell längere Zeit durchzuführen vermag. Sollten sich aber auch starke Reste der beiderseitigen Heere noch geraume Zeit einander gegenüberstellen, so würde trotzdem die Gefahr eines Wiederaufflammens des Krieges in absehbarer Zeit nur eine minimale sein. Das englisch-japanische Bündnis macht Rußland einen Angriff unmöglich. Sollte aber Rußland vielleicht beabsichtigen, sich aus dem ihm einstweilen eingeräumten nördlichen Teil nicht zurückzuziehen, so würde Japan einfach seinerseits den südlichen wertvolleren Teil der Provinz gleichfalls nicht herausgeben. Die Situation wäre dann einfach die, daß Japan im Besitz all der mandchurischen Gebietsteile bliebe, die es im Laufe des Krieges okkupiert hat. Denn die Bahnlinie Chardun-Mußden soll zwar bis 240 Kilometer südlich von Mußden Rußland zufallen, allein diese Strecke war auch jetzt noch im Besitze Rußlands gewesen. Will sich also Rußland später nicht den Abmachungen des Friedensvertrages hinsichtlich der Rückgabe der Mandchurie an China fügen, so hat Japan jedenfalls keinen Nachteil davon.

### Väterchen an Sinewitsch.

Der Zar telegraphierte am 1. d. Mts. an General Sinewitsch:

Die Verhandlungen in Portsmouth führten am 10. August zur Ablehnung der Forderungen der japanischen Regierung bezüglich der Abtretung von Sachalin, der Zahlung einer Kriegentschädigung, der Auslieferung der in neutralen Häfen befindlichen Schiffe und der Beschränkung der Streitkräfte in den Gewässern des Stillen Ozeans. Bei den weiteren Verhandlungen gab Japan am 29. August gegenüber allen unseren Bedingungen nach, hat aber um die Rückgabe des von den japanischen Truppen besetzten Teils von Sachalin, welcher 1875 von Japan durch Vertrag an Rußland abgetreten worden war. Die selbst aufopfernde mir teure Armee hat den Anskum des an Zahl überlegenen Feindes in der Mandchurie neunzehn Monate hindurch Schritt für Schritt aufgehalten, indem sie hartnäckig seinen Vormarsch zurückwarf. Unter Ihrer Leitung hat sie sich verhärtet durch aus Rußland eingetroffene Truppen, organisiert. Gegenwärtig zahlreicher und härter denn zuvor, ist sie nicht nur bereit, den Feind abzuwehren, sondern auch ihm einen wichtigen Schlag beizubringen. Ich und ganz Rußland glauben an die Kraft der ruhmreichen Armee und an ihre Vereinfachung, sich für das Wohl des Vaterlandes zu opfern. Aber meine Pflicht vor meinem Gewissen und dem mir von Gott anvertrauten Volke besteht mir, die Mannhaftigkeit der meinen Herzen teuren russischen Männer nicht aufs neue auf die Probe zu stellen und sie nicht neuen endlosen Sargenen des Krieges auszuweisen, um die Hälfte einer entseerten Insel zu behalten, welche Japan um 1875 besonders im Hinblick auf in betreff dieser Insel übernommene Verpflichtungen abtrat. Die Präliminar-Friedensbedingungen wurden von mir angenommen. Die russischen Truppen haben wiederholt während des blutigen Kampfes Mannhaftigkeit und Selbstaufopferung bewiesen. Uebermitteln Sie dieses meiner teuren Armee. Mag sie wissen, daß ich und Rußland ihre in diesem schweren Kriege gebrachten Opfer schätzen.

Diese Farenkundgebung ist der Gipfel der Väterlichkeit und Heuchelei. Geradezu grotesk ist der Satz, daß die russische Armee „hartnäckig den Vormarsch der Japaner aufgehalten“ habe. Nämlich von Wafangon an bis nahe an Kirin hat die russische Armee die japanische so erfolgreich aufgehalten, daß sie 700 Kilometer weit vorgerückt ist. Welch ein Erfolg! Welch ein „Aufhalten“ des japanischen Vormarsches!

Abstoßend aber berührt die abgrundtiefe Heuchelei des Schreibens. Der Zar behauptet, er habe den schließlichen Sieg Sinewitschs über die Japaner für wahrscheinlich gehalten und nur die Rücksicht auf „sein Gewissen“ und das ihm „von Gott anvertraute Volk“ habe ihn zum Friedensschluß bewegen. So etwas mag ein Mann zu behaupten, der auf den mandchurischen Schlachtfeldern 300 000 seiner Soldaten töten und verkrüppeln und im eigenen Lande viele Tausende niedermekeln ließ!

# Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. September.

## Fleischnot und Regierungswirtschaft.

Der Ausschuss der Berliner Gastwirtsvereinigungen hat den Handelsminister Müller wie den Landwirtschaftsminister v. Bobbielski aufgesucht, um den beiden Exzellenzen die jüngst vom Deutschen Gastwirtsverband angenommene Petition zu überreichen. Herr Müller empfing die Herren sehr freundlich, hielt ihnen einen kleinen Vortrag über die Steigerung der Futterkosten infolge des ungünstigen Ernteausfalls im vorigen Jahre und meinte dann, Handwerker und Arbeiter verdienten jetzt das Doppelte des früheren Verdienstes. (!) Damit seien ihre Bedürfnisse gestiegen. Statt zweimal wöchentlich wollten sie jetzt sogar täglich Fleisch essen. Der gesteigerte Konsum stehe aber in keinem Verhältnis zur Entwicklung der Landwirtschaft. Der Minister riet den Gastwirten, ihre sämtlichen Preise um 10 Pf. zu erhöhen. So billig wie in Berlin esse man nirgends in den Restaurationen. Als Obermeister Vogel (Gastwirtsverein) darauf aufmerksam machte, daß bei ihm junge Leute und Beamte äßen, denen eine tägliche Mehrausgabe von 10 Pf. (also monatlich drei Mark) für Mittagessen schon schwer falle, bedauerte der Minister, daß gerade die Gehälter der Kaufleute und Beamten die seien, die seit Jahren die höchsten geblieben wären. Es wäre wünschenswert, wenn wieder mehr junge Leute sich dem Handwerk zuwenden würden. An eine Verschiebung der deutsch-österreichischen Grenzen sei jedoch nicht zu denken, auch sei ein plötzlicher Preissturz nicht wünschenswert; wohl aber werde die Regierung die Ursachen der Fleischsteuerung gründlich erforschen lassen.

Damit war Herrn Müllers Weisheit zu Ende.

Noch gründlicher beschlagen über die Fleischsteuerungsfrage zeigte sich in seiner Eigenschaft als Landwirtschaftsminister und Großschweinezüchter Herr v. Bobbielski. Er leugnete wieder nach altem Rezept das Vorhandensein einer Fleischnot. Aus den Berichten sechs großer Städte habe er gesehen, daß von 1902 bis Juli 1905 der Auftrieb des Marktes und die Zahl des geschlachteten Viehes sich fast gleich geblieben seien. Es differiere höchstens um ein Prozent. Die Grenzen nach Oesterreich könne man nicht öffnen. Dort sei dieselbe Fleischsteuerung und in Ungarn seien zudem 2000 Gehöfte als verheert gesperrt. In Rußland herrsche selbst die größte Hungersnot. Von dort sei also kein Vieh zu haben. Die dänische Grenze endlich sei für geschlachtetes Vieh offen. Wenn der Antrieb auf den Schlachthöfen und Viehmärkten nur um 10 Proz. weniger betrüge als in anderen Jahren, würde er alles tun, was nötig sei. Bei einer Schwankung von 1 Prozent sei das nicht erforderlich. Die Landwirte läßen die Fleischzerlegungen, und wenn sie von hohen Preisen hörten, gingen sie dem nach und forderten mehr von den Händlern. Das sei den Landwirten nicht zu verdenken. Auch seien sie bei dieser Jahreszeit mit den Schweinen zurückhaltender. Sie verkauften weniger Ferkel, suchten diese vielmehr möglichst fett zu machen. Endlich wies der Minister die Deputation noch auf den 1. März 1906 hin. Mit der Einführung des Zolltarifes würde alles noch um etwas teurer werden, also sei das jetzige Geschäft ganz unnötig.

Der Hinweis auf die Einführung des neuen Zolltarifes im nächsten Jahre und dessen den Fleischpreis erhöhende Wirkung ist recht ungeheuer, haben doch der Minister und seine Autoritäten während der Zolldebatten im Reichstage immer behauptet, daß der Zoll die Preise nicht erhöhe, sondern vom Auslande getragen werde. Wie es scheint, betrachtet er die jetzigen hohen Fleischpreise bereits als Voradium der nach dem Inkrafttreten der Handelsverträge beginnenden Verteuerung des Lebensunterhalts. Und da nun im nächsten Jahre ohnehin die Preise steigen würden, so hat es keine sonderliche Bedeutung, wenn sie schon jetzt in die Höhe gehen — etwas früher oder später, ist ja schließlich nebensächlich. Ein recht charakteristisches Beispiel agrarischer Logik.

## Die Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses.

London, 2. September. (Fig. Ber.) Gleichzeitig mit der Nachricht über den Abschluß der Friedenspräliminarien in Portsmouth teilten einige englische Blätter mit, daß England und Japan ihren im Januar 1902 abgeschlossenen Vertrag erneuert und erweitert haben. Die Erneuerung war schon am 12. August zustande gekommen und ist vorläufig nur in ihren wesentlichen Zügen bekannt. Der ursprüngliche Vertrag bezog sich auf Ostasien. Der neue Vertrag ist auch auf Mittelasien ausgedehnt worden. Der Antrag auf Ausdehnung des Vertrages kam von der japanischen Regierung, die wohl einseht, daß der ursprüngliche Vertrag einseitig zu ihrem Nutzen gewirkt hat. Denn nur dieser Vertrag hat es ihr ermöglicht, ruhig in den Krieg gegen Rußland zu gehen und in den ungestörten Genuss der gewonnenen Früchte zu gelangen. Dagegen hat derselbe Vertrag den Haß der russischen Politiker gegen England noch verstärkt. Eine weitere Folge dieses Krieges kann darin bestehen, daß Rußland in seinem Suchen nach einem freien Zugang zum Weltmeer sich dem Persischen Meerbusen zuwenden wird. Im Mai 1903 hat aber die englische Regierung durch Lord Lansdowne erklären lassen, daß sie dort eine Störung des status quo nicht dulden könnte. Dann fürchtete England, daß die russische Regierung gegen Afghanistan vorgehen könnte, um sich an England wegen dessen Verbindung mit Japan zu rächen. Denn es ist sicher, daß Japan nicht in den Krieg gegangen wäre, wenn es nicht auf englischen Weisung beim Friedensabschluss hätte rechnen können. In Japan ist die Dankbarkeit gegen England sehr groß und man will diesem Gefühle durch lauten Ausdruck geben. Die japanische Regierung hat sich deshalb bereit erklärt, England militärischen Beistand zu leisten, wenn es in Mittelasien angegriffen werden sollte. Der Vertrag wurde auch demgemäß erweitert. Beide Mächte verpflichten sich, den status quo in Asien zu wahren. Wird eine der Vertragsmächte angegriffen, so haben sie sich gegenseitig Hilfe zu leisten: England mit seiner Flotte, Japan mit einem Teile seiner Armee. Ein Angriff Rußlands auf Indien würde demnach Japan verpflichten, einen Teil seiner Armee an der Seite Britanniens kämpfen zu lassen. Für Japan ist das Bündnis sehr wertvoll; es wird ihm ermöglichen, sich von der finanziellen Erschöpfung zu erholen und Korea und die Mandchurien wirtschaftlich zu erschließen. Für die politische Zukunft Asiens kann es eine Bedeutung haben, deren Tragweite sich noch gar nicht voraussehen läßt. Unbewußt und widerwillig arbeitet England an der Wiedergeburt Asiens, an der Erweckung seines Selbstbewußtseins.

Das neue Bündnis kann aber auch dazu führen, daß Rußland sich wieder der alten orientalischen Frage zuwendet, um die Dardanellen in seine Gewalt zu erhalten. Ein solcher Gedanke dürfte in England und Frankreich kaum auf Widerstand stoßen. Freilich wäre eine solche russische Politik ein harter Schlag gegen Deutschland, das sich in Konstantinopel eine vorherrschende Stellung errungen hat.

## „Standard“ über das Bündnis.

London, 2. September. („Bureau Laffan.“) Was gewinnt England durch das englisch-japanische Bündnis, und was gibt England darauf? fragt der „Standard“ in einem Leitartikel. Wir verlangen nicht, daß Japan unsere Säckelchen in Indien auskämpfe. Unter solchen Bedingungen könnten wir unsere Stellung als eine herrschende Macht nicht behaupten. Es ist kein Gedanke daran, daß auf der einen Seite Japan in seiner Seerüstung nachlasse, oder daß auf der anderen Seite England die Verpflichtung zu militärischer Vereinfachung umgehe. Die öffentliche Meinung beider Länder würde derartiges nicht zulassen, und was tatsächlich erreicht wurde, ist eine sehr natürliche und absolut billige Arbeitsteilung. Für uns ist es leichter und bequemer, eine große Flotte zu mobilisieren, ebenso wie das bei Japan mit der Armee der Fall ist. Demgemäß würde unser Verbündeter von uns eine Stärkung zur See zu erwarten haben, ebenso wie wir das Recht haben sollten, auf die Hilfe der Truppen des Mikado zu rechnen, um dem ersten Stoß eines Feindes in Asien zu begegnen. Es ist jedoch ausdrücklich zu hoffen, daß das Bündnis niemals eine praktische Probe auszuhalten haben wird. Die Verteidigungskräfte, die dem Kaiser von Indien und dem Mikado zur Verfügung stehen, sind zu Lande und zur See so übermächtig, daß durch das Bündnis die Gefahr einer Herausforderung eines der beiden Herrscher in erwünschter Weise vermindert wird. Wir möchten fast sagen, daß für die nächsten 20 bis 30 Jahre keine derartige Gefahr besteht. Angenommen indes, die Herausforderung sei erfolgt. Es ist nicht angenehm, selbst nur theoretisch davon zu sprechen, aber es würde Aektiertheit sein, zu behaupten, eine andere Macht als Rußland könne als Feind in Betracht kommen. Welchen Dienst würde das Bündnis uns dann leisten? Erstens könnte der Mikado binnen drei Wochen so viel japanische Truppen, wie wir brauchen zum aktiven Dienst oder als Reserve, nach Indien schicken, bis wir selbst unsere Vorkehrungen mit Rußland in Ordnung getroffen haben. Doch wäre das nicht die einzige Hilfe, die unser Verbündeter uns leisten könnte. Er könnte eine schnelle Diverfion in Ostasien unternehmen. Die Japaner könnten den nördlichen Teil Sachalins überrennen, Vladivostok angreifen und in Sibirien einfallen. Diese Maßnahmen würden einen erheblichen Teil der Streitkräfte Rußlands ablenken, besonders da die Japaner infolge der durch unsere Marine gesicherten Seeherrschaft so viel Truppen in russisches Gebiet hineinwerfen könnten, wie sie für nötig halten. Damit wäre die Möglichkeit japanischer Hilfeleistungen für uns noch nicht erschöpft. Der schwache Punkt in der Verteidigung Indiens ist die Abhängigkeit, in der wir uns bezüglich schneller Truppenbeförderung vom Suezkanal befinden. Durch Zufall oder Verrat könnte der Suezkanal im kritischen Augenblick gesperrt werden, sodas wir den Weg um Kap der guten Hoffnung benutzen müßten. Die Nachteile dieser Verzögerung würden aufgehoben werden, wenn wir im Bedarfsfall auf die ungehinderte Beförderung japanischer Truppen direkt zur indischen Grenze mit der Schnelligkeit wie von England aus rechnen könnten. Einen solchen Dienst würden wir unter gewöhnlichen Umständen von unseren Verbündeten nicht verlangen, aber die Tatsache, daß wir ihn verlangen könnten, und daß er gern geleistet werden würde, dürfte von den Feinden Englands kaum übersehen werden. Die in den vereinigten Streitkräften beider Reiche zusammengefloßene Machtstärke muß anderen Mächten so deutlich in die Augen fallen, daß wir nicht zögern, das englisch-japanische Bündnis als eine dauernde Bürgschaft für Indien und für den Frieden in Ostasien zu erklären.

## Deutsches Reich.

### Neue Wilow-Ehrung.

Fürst Wilows Ruhm mehrt sich von Tag zu Tag. Nun soll eine frisch gezeichnete Weizenweide als „Fürst Wilow-Weizen“ die Erhabenheit des Bismarck-Tabaks und der Bismarck-Deringe übertragen und den Namen des großen Mannes fernem Generationen zutragen, die mit Wilow-Weizen den Magen füllen. Ein Landesökonomierat Cimbat in Fromsdorf hat den neuen weltbeglückenden Weizen gezeichnet und durch die Patenschaft Wilows die Trefflichkeit seiner Züchtung erwiesen. Fürst Wilow zeigt sich der neuen agrarischen Ehrung mehr noch wert als einst Bismarck der Perings- und Tabakweide. Da ihn die Kunde des frohen Ereignisses in Korderny erreichte, erstahlte er freudig und entsandte das in der Geschichte großer Staatsmänner denkwürdige Schreiben:

Korderny, den 28. August 1905.

Euer Hochwohlgeboren danke ich verbindlich für die freundlichen Zeilen vom 22. d. M. Gern habe ich meine Zustimmung dazu gegeben, daß Sie dem in erster Arbeit von Ihnen neu gezeichneten Weizen meinen Namen geben. Die Anerkennung, welche meine Bemühungen für die Landwirtschaft dadurch gefunden haben, daß mein Name mit einer Ihrer ehrenvoll bekannten Züchtungen verknüpft worden ist, hat mir eine besondere Freude bereitet. In vorzüglicher Hochachtung Euer Hochwohlgeborenen aufrichtig ergebener  
Wilow.

Früher hielten verständnislose Leute den Kaiser Wilhelm-Schnaps und den Bismarck-Wälzing für Erzeugnisse widerwärtigen Angechmades und die also Geachteten duldeten, was sie nicht hindern konnten. Der neben anderen bedeutenden Fähigkeiten sich besonders verdienstlichen Empfandens in Fragen des zivilisierten Geschmades erfreuende Fürst Wilow hat jene Verständnislosigkeit endlich beseitigt. Er bekundet aller Welt seine besondere Freude am „Fürst Wilow-Weizen“. So wissen denn die Zahllosen, welche Herrn Wilow besondere Freude bereiten wollen, wie sie es anfangen müssen: Fürst Wilow-Seife, Fürst Wilow-Stiefelweiche, Fürst Wilow-Dünger... Herrliche Perspektiven eröffnen sich dem großen Deutschen Reich und unendliche Freuden seinem großen Kanzler! —

Englisch-deutsche Höflichkeit. Zivile und bürgerliche Behörden von Danzig haben mit den Offizieren des englischen Geschwaders Zoofte getauscht, in denen es überflüssig von gemeinsamer Kulturarbeit und freundschaftlichen Empfindungen erlangt. Die übermäßig aufgetragenen Höflichkeitsbezeugungen vermögen erst recht nicht die Heberzeugung zu erwecken, als herrsche echtes gegenseitiges Vertrauen. Die Komplimente tönen erzwungen und hinter ihnen lauert der Verdacht. Wirkliches Vertrauen wird zwischen den Nationen nicht durch frostige Höflichkeiten hergestellt, deren Bedeutung und Bedeutungslosigkeit die raslose militärische Betrüfung beweist.

### Kasernenbild.

Vor dem Kriegsgericht der 19. Division zu Hannover hatte sich der Feldwebel Paul von der achten Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 78 zu verantworten. Er war angeklagt wegen Ermordung von Strafbefugten, Ungehorsam und vorchriftswidriger Behandlung Untergebener. Der Sachverhalt war der: Am 25. Juli hatte Oberleutnant Hesse als Vertreter des Kompaniechefs angeordnet, daß eine Abteilung nachexerzieren sollte, jeder Mann beschwert mit Sandsäcken bis zu 10 Pfund, für einen Einjährigen waren nur 8 Pfund angeordnet. Diefen Befehl hatte der Angeklagte eigenmächtig geändert und alle Zornister mit 16 Pfund beschwerten lassen; ja ein Fünftler bekam sogar 32 Pfund Sand in den Zornister, und zwar als Strafe, weil er nicht ganz 16 Pfund eingepackt hatte! Die Leute mußten

nun in dem dunstigen Exerzierhuppen 20 Minuten lang ohne Pause abwechselnd Laufschrift machen und strammen March. Der Einjährige suchte dabei untwohl, aber das kimmerte den Feldwebel nicht, er ließ draustos ergerieren, bis der Einjährige unter Krampfscheinungen ohnmächtig zusammenbrach! Der Ohnmächtige kam ins Lazarett. Am anderen Morgen meldeten sich zwei andere Fünftler wegen der erlittenen Mißhandlung krank. Statt diese zum Arzt zu schicken, befohl der Feldwebel ihnen, sich auf die Montierungskammer zum Arbeiten zu begeben! Der als Sachverständiger vernommene Stabsarzt betonte, daß die an jenem Nachmittag im Exerzierhuppen herrschende geradezu ungewöhnliche und unerträgliche Temperatur mit ihrer Schwüle schon allein hingereicht hätte, die Leute zu ermatten, geschweige denn die Uebung. Der Angeklagte habe die Leute über Gebühr angestrengt. Das letztere bestritt auch ein Unteroffizier, der, nachdem der Einjährige ohnmächtig zusammengefallen, den Eindruck hatte, daß die Soldaten nicht mehr imstande waren, die Gewehrgriffe ordentlich zu machen. Deshalb ließ er sie meist „rühren“! Der Angeklagte behauptete nun, er habe sich für berechtigt gehalten, das Gewicht der Sandsäcke zu erhöhen, da die Leute nicht wie beim Marchieren das volle Schanzzeug zu tragen hätten. Und merkwürdigerweise unterjügte diese Ansicht auch der Kompaniechef des Angeklagten, Hauptmann v. d. Lann. Ja, der Hauptmann erklärte weiter, daß der Angeklagte auch das Recht habe, Leute, die sich leicht krank melden, ohne Befragen des Arztes in der Montierungskammer zu beschäftigen! Auf Grund dieser Aussage ließ der Vertreter der Anklage das Delft des Ungehorsams bezüglich des Uebergewichts der Sandsäcke und der Krankenkommandierung fallen. Er beantragte aber vier Wochen gelinden Arrest wegen der Verletzung eines Fünftlers mit 32 Pfund Sandsäcken und weil der Feldwebel „planmäßig darauf ausgegangen sei, die Leute unter dem Deckmantel des Dienstes zu schinden!“ Das Gericht hielt drei Tage gelinden Arrest für genügend! Es stellte fest, daß die große Hitze an der Ohnmacht des Einjährigen schuld war. Der Einjährige behauptete nämlich selbst, er wäre gar nicht überanstrengt worden; nach seiner Ansicht sei der Unfall nur eingetreten, weil er während der Uebungen den Mund geschlossen gehalten habe! Diese Erklärung ist genial. Denn giebt es ja ein einfaches Mittel um Ohnmachtsanfälle zu vermeiden; man muß bei ermüdender Ueberanstrengung nur den Mund möglichst weit aufreißen! Hätte der Feldwebel dem einen Fünftler nicht 32 Pfund Sand in den Zornister gepackt, dann wäre er freigesprochen worden, da ja die übergroße Hitze und der geschlossene Mund schuld an dem Unfall war und nicht, wie der Vertreter der Anklage annahm, das „planmäßige Schinden“ der Leute durch den Feldwebel.

### Ueber den Aufstand in Deutsch-Ostafrika

wird dem „Tag“ aus Dar es Salam vom 2. September noch gemeldet:

Der Aufstand im Lindibezirk hat sich weiter verbreitet. Die Rebellen überfielen die Missionen Zukuledi und Massaji. Sämtliche Europäer von dort sind in Mikindani angelangt. Auffständische bei Khangao überfielen die dortige Mission; die Schwester Walburga wird vermißt, die anderen Weifen sind gerettet. Die nächste Umgebung Kilwas ist vom Feinde verlassen. Südlich Kiswera schlug der den Deutschen treugebliebene Jumbo (Vorhaupteing) Daffan Dafa auffständische Wangindo, welche 15 Tote zuzählten. Der südliche Teil des Mgororo-bezirks ist auch vom Aufstand ergriffen. In beiden Seiten des Ruaha sind alle Fremden überfallen, viele ermordet worden. Die Verbindung mit Mahenge ist noch nicht wieder hergestellt.

Eine fernere Meldung des Blattes, das wieder einmal rascher berichtet, als der offiziöse Telegraph, besagt:

Dar es Salam, 4. September. Oberleutnant von der Karwiz von der ostafrikanischen Schartruppe schlug die Rebellen im Hinterland von Kilwa gründlich. Der Feind hatte 40 Tote sowie zahlreiche Verwundete.

Baron Karl v. Binder-Kriegelstein, der als Kriegsberichterstatter während des russisch-japanischen Krieges öfter genannt wurde, ist in Charbin bei der Reinigung eines Gewehres verunglückt und gestorben. Der Verstorbenen war erst österreichischer, dann preussischer Offizier, um sich seit zwei Jahren ganz der Militärschriftstellerei zu widmen. Binder-Kriegelstein wurde wegen seiner Kriegsberichte auch vom „Vorwärts“ mehrfach zitiert. Einmal, als er darüber klagte, daß seine Kriegsberichte aus der Mandchurien von der russischen Zensur nicht durchgelassen wurden, trotzdem sie vorsichtshalber im „schmutzigsten Russenstil“ abgefaßt seien. Ein andermal, als er auf den Waffenrock so begeisterte Dithyramben anstimmte, daß man einen Anfall von Kriegs-Tropenkolik annehmen mußte.

## Ausland.

### Die Zivilisatoren am Kongo.

Die englische Kongo-Kommission hatte bekanntlich an Ort und Stelle Untersuchungen geführt über die am Kongo begangenen Grausamkeiten gegenüber der Regerverbölkerung. Die Ergebnisse der Untersuchung sind, in einer Broschüre zusammengefaßt, veröffentlicht worden. Einer der Hauptzeugen war der Engländer Harris, der erst dieser Tage vom Kongo zurückgelehrt ist und nach dessen Aussage die Verhältnisse auch jetzt noch ganz die gleichen sind. Nach den Feststellungen der Untersuchungskommission, die von vielen Zeugen gestützt sind, sind die Grausamkeiten gegen die Eingeborenen mit Wissen und im Einverständnis mit der Regierung des Kongo-Reiches geschehen. Die Hauptträger der Handelsgesellschaft von Abir sind verurteilt und verschwägert mit den jetzigen und ehemaligen Leitern der Kongo-Regierung; die Regierung selbst hat die Hälfte der Aktien der genannten Gesellschaft im Besitz. Im Aufsichtsrat der Gesellschaft sitzen u. a. als Präsident der Senator Van den Nest und als Aufsichtsräte der Graf Ultemont, Großmarschall am Hof von Brüssel, der Baron Dhanis, früherer General-Gouverneur des Kongo-Reiches und Van Covelde, der Sekretär des Kongo-Reiches. Seit Jahren hat die Kongo-Regierung Kenntnis von den Verträgen, durch welche die Eingeborenen gezwungen werden, bestimmte Quantitäten Kaufkauf abzuliefern bei Strafe der Einsperrung von Weifen. Die Regierung weiß auch ganz genau, welche ungeheure Mengen Kaufkauf ausgeführt worden sind, sie weiß auch, daß die Wächter und Aufseher der Handelsgesellschaft bewaffnet sind und in welcher Art diese von ihren Waffen Gebrauch gemacht haben.

Herr Harris hat als Zeuge noch folgende Einzelheiten bezeugt: Wenn die Eingeborenen nicht genügend Kaufkauf brachten, erhielten sie von den Aufsehern der Gesellschaft bis zu 100 Weifenknäuel; in einem Falle ist ein ganzes Dorf niedergebrannt, Männer, Frauen und Kinder zum Teil getötet oder gefangen genommen und zur Arbeit gezwungen. Die Agenten der Gesellschaft, die Aufseher und die Wächter führen ein despotisches Regiment; jeder diktiert auf eigene Faust Strafen und sucht sich zu bereichern. In einzelnen Fällen legten die Agenten den Eingeborenen außerordentliche Steuern auf oder zwangen sie, Lebensmittel abzuliefern. Die Angestellten der Handelsgesellschaft führen alle ein luxuriöses Leben, verlangen nicht bloß, daß die Eingeborenen sie erhalten, sondern fordern auch deren Frauen und Töchter zur Verfügung. Die Frau Boast wurde verstümmelt, weil sie sich den Küffen eines Wächters nicht

hingeben, sondern ihrem Manne treu bleiben wollte. Die Missionäre seien außerstande, sofern sie es wollten, den Eingeborenen zu helfen; auch sie sündeten unter der Tyrannei der Gesellschaft. Auch Harris und seine Frau haben, wie er erzählt, ihr Leben riskiert, als sie gegen die Brutalitäten Van Caelfens opponierten.

Vor der Kommission erschienen 16 Zeugen aus Fanga. Sie gaben klare und ausführliche Details über die Ermordung ihrer Väter, Mütter, Brüder, Söhne und Töchter, die alle mit kaltem Blute getötet worden waren, immer nur, weil sie den Angehörigen der Gesellschaft zu wenig Skautschuf geliefert hatten. Auch der Häuptling von Volima erschien vor der Kommission. Er deutet mit dem Finger auf 20 Zeugen, die er mitgebracht hatte und legte auf der Tafel 110 Messer nieder, von denen jedes einzelne ein dem Skautschuf geopfertes Leben bedeutete. Es waren große und kleine Messer; die größten bedeuteten die getöteten Häuptlinge und Männer, die kleineren die Frauen und die kleinsten die Kinder. Ein anderer Häuptling legte 18, ein zweiter 34 solcher Messer nieder. Selbst Kannibalismus wird den entmenschten Kulturträgern zum Vorwurf gemacht; die unter dem Kommando des Leutnant Forci stehenden Kämpfer sollen Getötete verzehrt haben. Beschwerden und Anklagen bei den Behörden des Kongostaates sind den Eingeborenen fast zur Unmöglichkeit gemacht. Um zu den Beamten zu gelangen, müssen sie Erlaubnischeine von der Gesellschaft haben (selbst wenn sie in ein anderes Dorf gehen, müssen sie solche haben), und im übrigen ist es die Gesellschaft, welche die Herrschaft im Staate hat. — Harris, ein englischer Geistlicher, ist, wie schon oben bemerkt, erst in diesen Tagen in London eingetroffen. Er hat einem Journalisten gegenüber versichert, daß die Zustände auch jetzt noch genau dieselben seien; noch kurze Zeit vor seiner Abreise seien 15 Eingeborene in einem Dorfe seines Distrikts getötet worden, weil sie zu wenig Skautschuf geliefert hätten. Dabei wird von der Gesellschaft ein Raubsystem betrieben, daß bald die Gewinnung von Skautschuf ganz aufhören wird; die Eingeborenen könnten schon jetzt beim besten Willen und allem Fleiß Skautschuf nur noch in ganz geringen Quantitäten liefern und es werde nichts getan, um den Boden weiter ertragsfähig zu erhalten. Wie man den Boden durch Raubwirtschaft auslaugt, so hat man auch die Eingeborenen ausgeplündert und bestohlen, sodaß die ehemals wohlhabenden Leute dem Hunger preisgegeben sind. — Das sind die Errungenschaften der europäischen Kulturträger, die im Namen des Christentums nach Afrika gehen, um die „Heiden“ zu ihrer Religion zu bekehren. Wie können die Schwarzen Reizung haben, eine solche Religion anzunehmen, deren Vertreter sie in so unmenschlicher Weise behandeln, welche die scheußlichsten Grausamkeiten begehen, um sich zu bereichern. Welch ungeheurer Haß muß bei den Eingeborenen aufgeschworen werden gegen die fremden Eindringlinge, die in ihr angestammtes Vaterland kommen, ihnen Land, Vieh und alles abgenommen, was sie hatten, die sie, ehemals frei, zu Sklavenarbeit zwingen, ihre Frauen und Töchter schänden und mit kaltem Blute töten, wenn die Sklaven ihnen nicht genügend Beute bringen. Ist es nicht geradezu verwunderlich und ein Zeichen von der Geblud und Zügellosigkeit der Schwarzen, wenn nicht viel häufiger von einem Mordakt, ausgeführt an einzelnen Weißen, berichtet werden kann? Und keine der europäischen Nationen hat in diesem Punkte der anderen etwas vorzuzusetzen. Haben die Belgier ihren Van Caelfen und Forci, die Franzosen ihren Geud, Loque und andere, die Engländer ihre zahlreichen Peiniger des indischen Volkes, so haben wir unsere Leist, Behlan, unseren Hänge-Peters, Krenberg und noch manche andere Kolonialhelden, die sich mit ihren Taten würdig den oben bezeichneten an die Seite stellen können.

### England.

#### Der Trades-Union-Kongress.

London, 2. September. Am 1. September beginnt in Hanley die Tagung des 38. Gewerkschaftskongresses. Die Zahl der eingelaufenen Anträge und Zusatzanträge ist ungefähr hundert. Sie behandeln Arbeiterlohn, Gewerkschaftsrecht, innere Organisationsfragen, Geschäftsordnung und Schulwesen. Eine der wichtigsten Fragen ist die Zusammenfassung der verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen. Die britische Arbeiterchaft hat jetzt drei Hauptorganisationen:

1. den Kongress der Gewerkschaften, dessen Organ das Parlamentarische Komitee ist und die Aufgabe hat, den Kongress zu organisieren und die von ihm angenommenen Beschlüsse zu verwirklichen; 2. die General-Föderation der Trades-Unions, die nur ein einheitliches Zusammenwirken der Gewerkschaften erzielen will; 3. das Labour Representation Committee, das eine politische Arbeiterpartei ist. Diese Organisationen arbeiten jede für sich, halten ihre Kongresse besonders ab, haben ihre besonderen Beamten und Bureaus. Und dennoch haben diese Organisationen dieselben Mitglieder. Es liegen nun drei Anträge vor, die drei Organisationen zu verschmelzen. Werden die Anträge angenommen, so könnten zwar die Trades-Unions einen ausgeprochenen politischen Charakter erhalten, aber die politische Arbeiterpartei würde eine Gewerkschaftspartei werden, die politisch im Parlament mit den Liberalen zusammenarbeiten würde. Mehrere Anträge beschäftigen sich mit der bereits dreimal vom Parlament verworfenen Gewerkschaftsvorlage. Sie verlangen die Wiedereinbringung der Bill. Dazu kommen Anträge über Ausdehnung und Verbesserung der Arbeiterlohngeetze, über die Einführung des Achtstundentages, über die Festsetzung von Mindestlöhnen in Staatswerkstätten, über Alterspensionen u. Erwähnung ist folgender Zusatzantrag zur Geschäftsordnung: „Kein Delegierter darf den Kongress ohne die Einwilligung des zweiten Vorsitzenden verlassen. Delegierte, die ohne die Einwilligung des Vorsitzenden während einer ganzen Sitzung abwesend sind, sollen vom Vorsitzenden öffentlich getadelt werden.“

Der Kongress dauert sechs Tage.

### Spanien.

Ein Bombenattentat ist in Barcelona am Sonntagmorgen verübt worden. Nach den ersten Meldungen kamen 20 Personen zu Schaden; eine Frau ist bereits gestorben, eine andere liegt im Sterben; 10 Personen sind schwer verletzt. Die Bombe wurde an dem Fuße eines Baumes niedergelegt; der Täter wurde nicht verletzt. In der Umgebung wurden sämtliche Fenster der Häuser zersplittert. Die Bombe war mit Nägeln und Eisenstücken geladen. Der Knall wurde bis in die äußeren Stadtteile vernommen.

Nach den letzten Zeitungsmeldungen sind durch die am Sonntag geschleuderte Bombe mehr als 60 Personen verwundet worden, von denen die meisten schwer verletzt sind. Zwei Frauen wurden getötet. Nach den von der Polizei vorgenommenen Ermittlungen war die Höllemaschine in einem Gipswürfel eingeschlossen. Die Nachforschungen sind bisher ohne Ergebnis geblieben. —

### Schweden.

Sozialdemokratischer Wahlsieg. Die Wahlen zur Zweiten Kammer des schwedischen Reichstags, die am 1. September begonnen haben und während des ganzen Monats dauern, haben bereits am Sonnabend zu einem Wahlsieg für die Sozialdemokratie geführt, indem in Helsingborg unser Parteigenosse Christiernson mit 1088 Stimmen gewählt wurde. Ihm standen im Wahlkampf zwei bürgerliche Kandidaten gegenüber, von denen der eine 1067 Stimmen, der andere, Direktor Tranog, der bisherige Vertreter des Reiches, nur 412 Stimmen erhielt.

Von den Wahlen zur Zweiten Kammer haben bisher 20 stattgefunden, wovon gestern 21. Von den bis jetzt abgehaltenen Wahlen waren 21 Wiederwahlen. Die Neuwahlen brachten der Rechten und damit der proportionalen Wahlmethode einen Verlust, der auf 3—5 Sitze geschätzt wird. Die Sozialdemokraten gewannen einen Sitz in Helsingborg. Unter den wiedergewählten befindet sich der neue Landwirtschaftsminister Peterson. Die Wahlbeteiligung war bisher sehr lebhaft.

### Afrika.

Marokkanische Zustände. Aus Tanger wird vom 4. September gemeldet: Heute morgen brach auf dem Markte von Tanger unter den Leuten vom Stamme Beni Mesmad eine Schlägerei aus. Ein Mann wurde dabei getötet. In der Stadt herrscht starke Panik, alle Läden sind geschlossen worden. Die Leute Marokkos benutzen die Unruhen, um eine Anzahl Leute vom Angerastamm zu verhaften. In einem Streite erschlugen am Sonnabend zwei Araber einen französischen Juden.

In Paris wird berichtet, der englische Gesandte in Marokko habe den Befehl erhalten, zugleich mit dem französischen Herzog zu verlassen, wenn der Sultan die Forderungen des französischen Ultimatus, nämlich Geldbuße, Bestrafung des schuldigen Raids und öffentliche Entschuldigung, nicht erfüllt. Das französische Ultimatum an den Sultan von Marokko läuft am Dienstag ab. —

## Immer noch Waffenbrüderschaft!

Einer Petersburger Meldung zufolge ließ Wilhelm II. dem dortigen Leibgarderegiment, dessen Chef er ist, anlässlich des Regimentesfestes auf ein Begrüßungstelegramm die folgende Drahtantwort zugehen:

„Ich danke aufrichtig für den Gruß, der mir vom Regimentskommandeur General v. Becker übermittelt wurde, und erwidere denselben von ganzem Herzen. Meine wärmsten Glückwünsche geleiten das Regiment in diesen schweren Tagen. Mögen in denselben nach wie vor seine Traditionen und der Geist fortleben, welche einst unsere alte Waffenbrüderschaft schufen, deren höchster Ausdruck in grenzenloser Ergebenheit für den Zaren auf Tod und Leben besteht. Ein „Hurra“ dem ruhmvollen Regiment! Wilhelm I. R.“

Seit den Friedensverhandlungen mehren sich die Sympathie- und Umgebungen in auffälliger Weise.

### Die Dumawahlen

sollen um ein Jahr hinausgeschoben werden. Das Ende der Pöbel!

### Die „Verfassung“ lebt — nieder mit der Freiheit!

Moskau, 4. September. Gestern fand in der Wohnung des Semitowmitglied Bajenoff eine Aussprache der Vertreter der städtischen Semitows statt. Als die Sitzung begonnen hatte, traten Polizisten mit einem Befehl des Generalgouverneurs von Moskau ein, um die Versammlung zu schließen. Als die Versammelten sich weigerten, diesem Befehl Folge zu leisten, trotzdem die Polizisten mit der Anwendung von Gewaltmaßnahmen drohten, wurde zum Schluss die Erlaubnis zur Fortsetzung der Versammlung unter der Bedingung erteilt, daß die Polizei ihr beiwohnen könnte.

### Ein neuer Massenstreik.

Die „Voss. Ztg.“ berichtet: Der Gesamtverband der Berufsverbände der Ärzte, Juristen, Ingenieure usw. (der „sojus sojusow“), hat die einzelnen Verbände mit der Aufgabe der praktischen Durchführung eines allgemeinen Aufstandes betraut. Dieser Schritt ist eine Folge davon, daß die Regierung es nicht der Mühe wert erachtet hat, sich über die Resolutionen der Petersburger und der Moskauer Stadtduma zu äußern, in denen die Gewährung allgemeiner bürgerlicher Rechte verlangt wurde. Am 27. v. Mts. fand eine Konferenz sämtlicher demokratischer Gruppen statt, die die Forderungen der genannten beiden Stadtvertretungen wiederholte und den Beschluß faßte, bis zum 2. September auf eine Antwort der Regierung in Angelegenheit der Wort-, Press- und Versammlungsfreiheit und der Unantastbarkeit der Person zu warten; sollte bis dahin eine entsprechende Regierungserklärung nicht erfolgen, so war ein Ansdluß der demokratischen Gruppen an die sozialistischen Arbeiter zum Zwecke eines gemeinsamen Vorgehens in Aussicht genommen. Man hat nicht erfahren, wie die Beratungen ausgefallen sind, die auf Grund jenes Beschlusses zwischen dem von der Demokraten-Konferenz eingeleiteten Ausschusse und den Sozialdemokraten der verschiedenen Nationalitäten geführt wurden, da aber der Gesamtverband der Berufsvereine jetzt einen allgemeinen Ausstand ins Leben zu rufen versucht, so ist anzunehmen, daß eine Einigung erzielt wurde, die darauf ausgeht, daß die Arbeiter und die bürgerlichen Berufe zu gleicher Zeit alle Tätigkeit einstellen. Gelingt es, diese Absicht durchzuführen, so würde man den gewaltigsten Ausstand vor sich haben, den die Welt je gesehen hat. Der Ausstand, der jetzt beabsichtigt wird, wäre rein politisch.

## Gewerkschaftliches.

### Lernt von den Scharfmachern!

Der Rannheimer „Vollstimme“ sind einige Scharfmacher-Zirkulare „auf den Redaktionstisch gelallert“. Dem, der die Verhältnisse kennt, bieten sie eigentlich nichts Neues; sie bestätigen nur, daß das Privatkapital eines der schlimmsten Kulturhemmnisse für die Menschheit geworden ist. Dennoch muß man diese und ähnliche Erscheinungen immer wieder vorführen, damit ihre Verwertung sich fest einprägt in das Bewußtsein des Proletariats.

Eines der Zirkulare lautet:

Verband der Metallindustriellen Badens, der Pfalz und angrenzender Industriebezirke. Rannheim, Mai 1906.

An unsere Mitglieder! Da in letzter Zeit Fälle vorgekommen sind, wo Mitglieder bei Differenzen mit ihren Arbeitern nicht nach den Satzungen des Verbandes und nach den erteilten Instruktionen gehandelt haben, so sehen wir uns veranlaßt, die im Geschäftsberichte für das Jahr 1906 gegebenen Instruktionen hiermit wieder in Erinnerung zu bringen.

Dieselben lauten künftighin:

1. Eine Verminderung der zehnstündigen Arbeitszeit darf auf Drängen der Arbeiter hin nicht zugestanden werden.
2. Der 1. Mai ist unter keinen Umständen als Arbeiterfeiertag anzuerkennen.
3. Ein Minimallohn darf nicht zugestanden werden.
4. In Fabriken, in welchen Kündigungsfrist eingeführt sind, müssen solche eingehalten werden.
5. Treten jedoch zahlreiche Arbeiter unter vorhergegangener Kündigung infolge unberechtigter

Forderung in großer Anzahl und zu gleicher Zeit aus, um einen Druck auf den Arbeitgeber auszuüben, so ist auch dies Vergehen als Streik anzusehen und entsprechend Abschnitt 4 der Satzungen zu verfahren.

6. Das unberechtigte Verlangen der Arbeiter, daß Kollegen, Meister oder sonstige Beamte aus dem Betriebe scheiden, ist abzulehnen.
7. Das Verlangen der Arbeiter nach Ausschließen von Affordisten und nach Mitwirken von unbeteiligten Arbeitern beim Festsetzen von Affordisten ist abzulehnen.

Diese Instruktionen müssen den Mitgliedern als Richtschnur dienen, und erfordern wir dringend, bei Differenzen und Streiks genau Abschnitt 4, § 16 ff., der Satzungen, die wir hier nochmals beilegen, zu verfahren.

Ferner schließen wir noch die Bitte an, sämtlichen vom Verband zugesandten Rundschreiben und Drucksachen sorgfältige Beachtung zu schenken und dieselben aufzubewahren.

Verband der Metallindustriellen Badens, der Pfalz und angrenzender Industriebezirke. Der Vorstand. Rannheim.

Jeden sozialen Fortschritt sucht man so einseitig im Unternehmer-Interesse zu unterbinden. Forderungen, wie die Verkürzung der Arbeitszeit, ein Minimallohn usw., über deren Notwendigkeit man sich in allen außerhalb des Unternehmertums stehenden und von diesen nicht ausgehaltenen Kreisen einig ist, werden rundweg abgelehnt. Das Koalitionsrecht macht man den Arbeitern zunutze, indem man sich weigert, deren gewählte Vertreter anzuerkennen, und wenn die Arbeiter unter Wahrung der gesetzlichen Kündigungsfrist in größerer Zahl einen Betrieb verlassen wollen, läßt man gegen sie all die zahlreichen Repressalien, welche dem Unternehmertum infolge seiner wirtschaftlichen Uebermacht gegen den einzelnen Arbeiter möglich sind.

Aber man begnügt sich nicht damit. In einem Aufruf, der die Bildung einer gemeinsamen Unternehmer-Organisation fordert, heißt es:

Es handelt sich dabei um eine lokale Vereinigung der gesamten Arbeiterchaft (Industrie, Handel und Gewerbe) des Industriebezirks Rannheim-Ludwigshafen. Diese Vereinigung soll eine wertvolle Ergänzung bilden zu den bereits bestehenden Arbeitgeberverbänden (Fachvereinen). Sie soll ausschließlich abwehrend wirken gegen über ein verunzichtigtes Ziel hinausgehendes Verlangen der Arbeiterorganisationen und sie sollen ferner zum Ziel haben, die Interessen der Arbeitgeber durch die Wahl einer möglichst großen Anzahl geeigneter Vertreter in die städtischen Kollegien besser vertreten zu sehen, als dies bisher der Fall war. Endlich ist die Schaffung eines Arbeitgebersekretariats geplant.

Das Unternehmertum führt also seinen Kampf nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf politischem Boden, in den Reichs-, Staats- und Gemeinde-Parlamenten. Das ist ein deutlicher Fingerzeig für die Arbeiterchaft, daß auch sie sich in Angriff und Abwehr gegen das übermächtige Kapital unter keinen Umständen auch nur vorwiegend auf dem einen oder anderen Felde allein betätigen darf. Der Kampf muß auf politischem und ökonomischem Boden mit gleicher Schärfe geführt werden!

### Berlin und Umgegend.

Die bei der Firma Lugins u. Co. beschäftigten Puffer und Pufferträger waren am Montag im Gewerkschaftshause versammelt. Frisch führte den zahlreich erschienenen Kollegen nochmals die Gründe vor Augen, welche die Veranlassung zur Aufstellung der in der Versammlung vom 30. August d. J. gestellten Forderungen gegeben haben. Gleichzeitig gab er den Anwesenden die Antwort der Firma auf diese Forderungen bekannt. In einer sehr ausgedehnten Diskussion wurden nochmals die bei der Firma herrschenden Zustände einer scharfen Kritik unterzogen. Da die Antwort der Firma in keinem Falle die Kollegen befriedigt hat, die Firma es sogar ablehnt, auf die ihr unterbreiteten Forderungen einzugehen, beschloß die Versammlung, die Arbeit bei der Firma so lange ruhen zu lassen, bis die Forderungen vollständig bewilligt sind.

Die Forderungen sind:

1. Vom Montag, den 4. September 1906, ab wird die Affordarbeit bei der Firma eingestellt und an deren Stelle die Lohnarbeit eingeführt. Die angefangene Affordarbeit wird aufgemessen und der etwa erzielte Ueberschuß am Sonnabend, den 9. September, ausgezahlt.
2. Die Arbeitszeit beträgt von jetzt ab für sämtliche Puffer und Träger 8 1/2 Stunden pro Tag mit den üblichen Abänderungen bei der kürzeren Tageszeit.
3. Der Stundenlohn beträgt für sämtliche Puffer 85 Pf. und für die Pufferträger 75 Pf.
4. Im übrigen sollen die Bestimmungen, die im neuen Vertrage für 1905/06 mit dem „Berliner Betonverein“ etwa vereinbart werden, auch für die Firma Lugins u. Co. Gältig sein haben.

Die Firma ist demnach bis auf weiteres gesperrt und wird die Arbeit nur dann wieder aufgenommen, wenn die Forderungen bewilligt sind und die Beteiligten die Aufhebung der Sperre beschlossen haben.

Der Streik der Kürschner ist gestern vormittag von der Versammlung der Streikenden für beendet erklärt worden, nachdem der Arbeitgeber-Verband sich schließlich doch noch zu mündlicher Verhandlung und zum Abschluß eines Vertrages bereit erklärte, der annehmbare Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse enthält. Ueber die Arbeitszeit bestimmt der neue Vertrag, daß sie neun Stunden täglich betragen soll; Sonnabend und an den Tagen vor den hohen Festen soll jedoch 1/2 Stunde früher Feierabend gemacht werden, so daß also die Normalwoche 53 1/2 Stunden beträgt. Der Minimallohn ist für Gefellen auf 27 Mk. für Stepperinnen auf 18 Mk. und für Wamfells auf 15 Mk. festgelegt. Ueberstunden, die nur in dringenden Fällen gemacht werden dürfen, werden mit 33 1/2, soweit sie über 3 Stunden betragen mit 66 1/2 Proz. Aufschlag bezahlt und bei Affordarbeit mit mindestens 25 Pf. für Gefellen und mit 15 Pf. für Arbeiterinnen. Wichtig ist auch die Bestimmung, daß Hausarbeit zu übernehmen niemand gezwungen werden, und an Tagen, wo Ueberstunden gemacht wurden, überhaupt Hausarbeit weder übernehmen noch ausgegeben werden darf. Der Vertrag gilt bis zum 1. Juli 1908 und tritt sofort in Kraft. — Durch einstimmige Annahme einer Resolution erklärten sich die Streikenden mit dem Vertrage einverstanden. Des weiteren erklärte die Versammlung alle die Werkstätten für gesperrt, welche dem Arbeitgeberverbande nicht angehören und die Forderungen nicht unterschrittlich anerkannt haben. Die Versammelten verpflichten sich, vorläufig keine Ueberstunden zu machen und hauptsächlich auf Erhöhung des Lohnes zu dringen; sollen später Ueberstunden gemacht werden, so nur unter der Bedingung, daß die Pausen bezahlt werden.

Endlich erklärten die Versammelten, soweit sie nicht an ihre alten Plätze zurückkehren, nur durch die Arbeitsnachweise der Organisationen Arbeit zu entnehmen, und werden alle, bis sie Arbeit haben, weiter unterstützt.

Achtung, Portefeinler! Bei der Firma Parlowicz, Ritterstr. 76, haben die Kollegen wegen Nichtbewilligung des Tarifes die Arbeit niedergelegt. — Es wird gebeten, den Zugang fernzuhalten.

Die gemeinsame Lohnkommission des Portefeinler- und Buchbinder-Verbandes.

Achtung, Buchbinder und Buchbinderei-Arbeiterinnen! Bei der Firma W. Kämmerer, Kochstraße 67/71, haben sämtliche Buch-

Binder und Buchbinder-Arbeiterinnen die Arbeit niedergelegt. Zugunsten ist ferngehalten.

Die Disziplinarverteilung des Deutschen Buchbinderverbandes.

### Deutsches Reich.

Die Arbeiter der Vereinsbrauerei Apolda, N.-O., befinden sich seit einigen Wochen in der Tarifbewegung. Da sämtliche Forderungen abgelehnt wurden, hat eine öffentliche Versammlung, die von 800 Personen besucht war, über das Bier aus der genannten Brauerei den Boykott verhängt. Mit der Ausführung des Beschlusses wurde das Gewerkschaftsamt beauftragt, das jetzt eine Liste derjenigen Wirtschaften in Apolda, Jena, Weimar, Erfurt, Eisenach und den umliegenden Ortschaften veröffentlicht, in denen das boykottierte Bier verzapft wird. Mehrere Gastwirte sind deshalb bereits mit anderen Brauereien befaßt Lieferung boykottfreien Bieres in Verbindung getreten.

**Lohnbewegungen in Hamburg.** Die Malergehilfen von Hamburg, Altona und Wandsbeck haben einen neuen Lohn- und Arbeitstarif bei der Zunft eingeleitet, in dem an Stelle der neunstündigen die achteinhalbstündige Arbeitszeit und an Stelle des Stundenlohnes von 60 Pf. für 1906 ein Stundenlohn von 70 und für 1907 ein solcher von 75 Pf. verlangt wird. — Die Elektromonteurs, die bisher noch 10 und 1/2 Stunden arbeiten mußten, haben den neunstündigen Tag und eine Lohnhöhung von 6 bis 11 Pf. pro Stunde bewilligt. Ein Teil der im Städtekomplex beschäftigten Monteurs hatte in der vorigen Woche die Arbeit eingestellt, worauf die Arbeitgeber Zugeständnisse machten, die in der am Sonnabendabend stattgehabten Versammlung nach lebhafter Aussprache akzeptiert wurden, allerdings nur mit geringer Mehrheit, da einem großen Teil der Versammelten die Zugeständnisse zu gering erschienen. Die Versammlung beschloß, daß in allen Betrieben die Arbeit fortgesetzt resp. wieder aufgenommen werden kann, in denen die neunstündige Arbeitszeit, der von den Arbeitgebern vorgeschlagene Minimallohn von 60 Pf. für Monteurs und 40 Pf. für Hilfsmonteurs und außerdem die von den Arbeitgebern zugestandene Bezahlung der Ueberstunden anerkannt wird. — Die Glasergesellen haben am Freitag die Arbeit eingestellt. Am Sonnabend fand unter dem Vorsitz des Ortsvereins des Dr. Schäfer eine Sitzung des Zunftvorstandes und des Gesellenausschusses statt, in welcher eine vorläufige Vereinbarung erzielt wurde, wonach der Stundenlohn für volljährige Gesellen 90, für minderjährige 55 Pf. betragen soll. Die Zunftversammlung lebte noch an demselben Abend den in der Sitzung stipulierten Lohn für minderjährige Gesellen ab und erklärte, nur 50 Pf. zu bewilligen. Die Gesellen nahmen am Sonntag hierzu Stellung und lehnten das Angebot der Zunft mit 108 gegen 63 Stimmen ab. Im Streit befinden sich etwa 170 Gesellen, während zu den neuen Bedingungen — 8 1/2 stündige Arbeitszeit und Mindestlohn für volljährige Gesellen von 65 und für minderjährige Gesellen von 60 Pf. — 27 Gesellen arbeiten.

### Achtung, Moskauer, Pumper usw.!

Bei der Firma Fleischhader in Dresden, Lampenkompanie, Großenhainerstraße 90, ist sämtlichen Mitgliedern wegen Zugehörigkeit zum Deutschen Glasarbeiterverbande gekündigt worden. Die Firma will keine Organisation im Betriebe dulden. Kollegen, Kolleginnen allerorts! Weidet diese Firma, damit die Entlassenen wieder eingestellt werden. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

### Metallarbeiter-Aussperrung in Dresden.

Die bekannte Firma Seidel u. Raumann (Allienengesellschaft) in Dresden, die Nähmaschinen, Fahrräder und Schreibmaschinen herstellt und gegen 2000 Arbeiter beschäftigt, hat ihre kürzlich erlassene Drohung wahr gemacht und, wie schon auf telegraphischem Wege mitgeteilt, am Sonnabend ihren Betrieb völlig bis auf weiteres geschlossen. Die Ursache dieser Maßregel ist in dem Streik der Schleifer dieses Betriebes zu suchen. Eine Anzahl Schleifer war mit Lohnabzügen von 15 bis 20 Proz. bestraft worden. Da die Arbeiter mit Recht darin den Anfang zu einer allgemeinen Reduktion der ohnehin schon knappen Löhne erblickten, erklärten sich sämtliche Schleifer mit denen solidarisch, die mit Lohnabzügen beglückt worden waren und legten — 120 an Zahl — die Arbeit nieder. Da die Firma trotz aller Versöhnungen Erfolg nicht fand, mangelte es bald an fertig geschliffenen Maschinenteilen und es konnten zuletzt überhaupt keine Maschinen mehr fertig gestellt werden. Anstatt nun die Lohnreduktion, die bei der Firma, die im letzten Jahre 18 Proz. Dividende ausgezahlt und 90 M. auf Geschäftsschuld einverleibt hat, an sich schon empfindend ist, wieder rückgängig zu machen, drohte sie die allgemeine Aussperrung an. Jeder Vermittlungsversuch wurde brüskl zurückgewiesen. Die Forderung des Gewerkschafters vom Metallarbeiterverband kamen mit der Bemerkung zurück: „Ausnahme verweigert.“ Die Firma hat offenbar geglaubt, durch dieses Verhalten die Arbeiter einschüchtern zu können. Sie hatte sich gründlich getäuscht. Und als die Arbeiter der Firma in einer Massenversammlung am Sonnabend zu der Angelegenheit Stellung nahmen, herrschte eine Kampfstimmung, eine Erbitterung gegen die Firma vor, die in elementarer Weise zum Ausdruck kam. Nachdem die Gewerkschaft des Metallarbeiterverbandes und des Holzarbeiterverbandes den Sachverhalt dargestellt hatten, wurde mit über 2000 gegen eine Stimme beschloffen, den Kampf aufzunehmen. Das war die Antwort der Arbeiter auf das brutale Verhalten der Firma. Daraufhin ist nun am Sonnabend die Fabrik geschlossen worden.

Die angebrochene Aussperrung war nur der Punkt, der in das Publikum fiel. Seit Monaten hat sich der Arbeiter eine große Erbitterung über die unerträglichen Arbeitsverhältnisse, die fortwährenden Lohnreduktionen und Maßregelungen organisierter Arbeiter bemächtigt. Nur mit Mühe ist es bisher der Leitung des Metallarbeiterverbandes gelungen, einen Streik zu verhüten. — Von den Arbeitern sind 80 Proz. organisiert. Es wird ein erbitterter Kampf werden. Aber wenn die jetzige Stimmung der Arbeiter anhält, ist ihnen der Sieg sicher. Sie wehren sich gegen Lohnrückläufe und kämpfen um Anerkennung ihrer Organisation.

**Sam Holzarbeiterstreik in Fürth.** Bis jetzt ist es nur gelungen, in den Bauhilfsvereinen eine Einigung zu erzielen, die dahin geht, daß ab 3. September die 5stündige Arbeitswoche eingeführt wird, auch die übrigen Forderungen der Arbeiter wurden zum großen Teil bewilligt. In den Möbel- und Spiegelrahmenfabriken dauert dagegen der Streik unverändert fort, da die Unternehmer sich nach wie vor hartnäckig verhalten.

## Aus Industrie und Handel.

**Unsere prächtigen Kolonien.** Selbst in solchen kapitalistischen Kreisen, die durchaus nicht als „kolonialfeindlich“ gelten können, bricht sich immer mehr die Ueberzeugung Bahn, daß die mit schweren Menschen- und Geldopfern erkaufenen deutschen Kolonien in Afrika und der Südsee nahezu wertlos sind und nie die Erwartungen erfüllen können und werden, die einst sich an ihre Erwerbung knüpften. Nicht deutlich kommt diese pessimistische Stimmung in einem „Deutschlands Erfahrung mit seinen Kolonien“ überschriebenen Artikel des „Deutsch. Ozeanist“ zum Ausdruck, der nach einer Untersuchung der Bedeutung unserer sogenannten Schutzgebiete für das deutsche Wirtschaftsleben zu folgendem Resultat gelangt:

Zweierlei muß vollständig über Bord geworfen werden: der Glaube, daß unsere Kolonien ein Ziel für die deutsche Auswanderung werden könnten, und der andere Glaube, daß sie und nennenswerte Absatzmärkte werden könnten, um uns zu entschädigen für Verluste durch die Schutzpolitik fremder Länder. Beides hat bei Gründung der deutschen Kolonialpolitik eine große Rolle gespielt. Diese

Kolonien sollten uns vor dem Unglück bewahren, daß unsere auswandernden Landsleute noch länger als „Wasserländer“ dienen und ihrem alten Vaterlande Konkurrenz machen. Kein Gedanke ist daran. Alle Kolonien, mit Ausnahme Südwestafrikas, können nur wenige tausend Deutsche aufnehmen, und wenn Südwestafrika wirklich 50 000 Deutsche nehmen kann, was fraglich ist, so werden die für unsere Auswanderung wenig bedeuten. Damit ist zugleich gesagt, daß der Absatz nach unseren Kolonien sich in sehr engen Grenzen halten muß. Er übersteigt wenig das, was die auf Reichslosten erhaltenen Deutschen brauchen. Die wenigen Millionen, die dort unterzubringen sind, verschlagen gar nichts gegen die 5 1/2 Milliarden, die wir dem Auslande liefern können. Güten wir uns doch vor der Illusion, daß wir auch nur irgend etwas von unserem Absatz ins Ausland entbehren könnten. Ein guter oder schlechter Handelsvertrag selbst mit einem mittleren Lande ist viel wichtiger als unser ganzer Handel mit den eigenen Kolonien.“

**Erhöhung der Kohlenpreise.** Das Rheinisch-westfälische Kohlen-Syndikat hält zwar formell an seiner Zustimmung, vorläufig keine Preis erhöhungen eintreten lassen zu wollen, fest; auf einem Umwege, nämlich durch das von ihm abhängige Kohlenkontor, sucht es aber dennoch, erhöhte Preise durchzusetzen. Die die „Köln. Volksztg.“ mitteilt, hat das Kohlenkontor — angeblich wegen der außerordentlichen Nachfrage nach Hausbrand-Kohlen — an den ober-rheinischen Häfen die Preise für den nicht im Rahmen der vertraglichen Abmachungen erfolgenden Absatz um zwei Mark für zehn Tonnen erhöht. Darob entstand große Erregung bei den Abnehmern, von denen viele ungeachtet der entgegenstehenden Bedingungen des Kohlenkontors Erschläufe bei den subventionierten Ruhrzweigen abschließen. Englische und belgische Kohlen finden verstärkten Absatz.

**Russische Finanzschemata.** Das Buch des Regierungsrats Martin über Russlands Finanzlage hat nicht nur bei der deutschen Regierung, sondern auch im russischen Finanzministerium große Verwirrung hervorgerufen. Nachdem am Sonnabend schon die „Norddeutsche Allgem. Ztg.“ die Tendenz des Buches in einer Weise zurückgewiesen hatte, die sich mit Recht als Stimmungsmaße für russische Rentenswerte bezeichnen läßt, kommt nun auch die offizielle Petersburger Telegraphen-Agentur mit einer Ankündigung, in der es heißt:

„In Kompetenzen russischen Finanzkreisen wird beabsichtigt, die Schrift des Regierungsrats Rudolf Martin, „Die Zukunft Russlands und Japans“, einer objektiven und erschöpfenden Besprechung zu unterziehen. Man läßt sich dabei von dem Zwecke leiten, den wahren Wert dieses Wertes, von dem, wie verlautet, auch Uebersetzungen ins Französische und Englische ins Auge gefaßt sind, klar und deutlich darzutun.“

Die „Kompetenzen russischen Finanzkreise“ sind natürlich der russische Finanzminister und seine Beamten. Sie werden, wie in dem jährlichen Finanzbericht, wieder mal nachweisen, daß es um Russlands Finanzen geradezu glänzend bestellt ist — nur finden sich immer weniger Leute, die diesen geschminkten und frisierten Auslassungen noch eine Bedeutung beimessen.

## Soziales.

### Zum Fleischwunder.

Aus Lhan in Esch-Lothringen wird geschrieben: „Die Leute, welche in der Nähe der Grenze wohnen, haben nicht unter der derzeitigen Fleischnot zu leiden; sie brauchen nur über die Grenze nach Rotterdam oder La Chapelle zu gehen, wo sie das fastigste Pfund Rindfleisch für 40 Pf., das Schweinefleisch für 60 Pf., und das Kalbfleisch für 64 Pf. erhalten.“

Zahlreiche Protestversammlungen finden jetzt im Königreich Sachsen, besonders in Ostsachsen statt. Auch eine öffentliche Versammlung in Dortmund erhob Protest gegen die Aushungerung der Arbeiter.

Das Stadtverordneten-Kollegium in Erfurt beschloß die Einsetzung einer Kommission zur Vorbereitung von Maßregeln gegen die Fleischnot.

### Berechtigte Entschädigungsansprüche bei Kündigungsausschluß.

Der Dreher M. war von der Deutschen Telephongesellschaft, wo er mit Kündigungsausschluß arbeitete, gegen Abend, aber vor Beendigung seiner Schicht, entlassen worden. Seine „Papiere“ erhielt er erst am nächsten Tage, da das Kontor bereits geschlossen war. M. klagte beim Berliner Gewerbegericht auf volle Bezahlung der Schicht — er hatte nur die geleisteten Stunden bezahlt erhalten — und beanspruchte außerdem wegen nicht rechtzeitiger Aushändigung der Invalidentarte eine Entschädigung für einen Tag, zusammen 6,95 M. Die Kammer V unter dem Vorsitz des Gewerberichters W. Bölling verurteilte die Telephonwerke nach dem Klageantrag und führte aus: Kläger sei vor Beendigung der Schicht deshalb entlassen worden, weil er „zu laut gewesen“ sei. Das sei aber kein Grund zur plötzlichen Entlassung, es müsse deshalb hier, wo Kündigungsausschluß vorlag, angenommen werden, daß die Tageseinheit hätte gewahrt werden müssen. Erst nach Beendigung der Schicht hätte Kläger entlassen werden können. Somit sei der volle Lohn für die Schicht zu zahlen. Aber auch die Entschädigungsforderung für den nächsten Tag sei berechtigt. Wenn eine Entlassung vorgenommen werde, dann müsse es so geschehen, daß der Arbeitgeber in der Lage sei, allen im Anschluß an die Entlassung sich ergebenden Ansprüchen zu genügen. Diesen Ansprüchen (Aushändigung der Invalidentarte etc.) habe hier der Vertreter der Firma wegen Kontorklusses nicht genügen können. Infolge dessen müsse Vellage für den Schaden aufgenommen, der dem Kläger aus der Kündigungsbeendigung der Papiere erwuchs. Da Kläger sei erst am nächsten Tage erhielt, so wäre anzunehmen, daß es ihm an diesem Tage mangels des Besizes der Invalidentarte wirklich nicht möglich gewesen sei, eine andere Stellung anzutreten, denn nach allgemeinen Erfahrungen werde in Berlin ein Arbeiter nicht neu eingestellt, wenn er nicht in Besitze einer Invalidentarte sei. Einer besonderen Weisung hätte es deshalb nicht erst bedurft.

## Versammlungen.

**Die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen der Seifenfabriken** war das Thema, über das am Sonntag in einer öffentlichen Versammlung dieser Arbeitergruppe verhandelt wurde, die vom Verband der Fabrik-, Land- und Hülsenarbeiter und Arbeiterinnen einberufen war. Der Referent Bruns bemerkte, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Seifenfabriken Berlins als die miserabelsten anzusehen seien, die hier in irgend einem Industriezweige existierten, und nachdem, was der Redner selbst aus Grund eingehender Untersuchungen ausführte, wie auch nach dem, was die rege Diskussion ergab, zu urteilen, scheint dieser Ausspruch nur allzu berechtigt. Die Zustände und die traurigen Löhne in der Seifenfabrik von Hermann in der Hoffenerstraße sind bereits am 30. August im lokalen Teil des „Vorwärts“ erwähnt worden. Dieser Fabrikant sucht seine Arbeiter über den Mangel an Schutzvorrichtungen, der vor kurzem den schrecklichen Unfall zu Folge hatte, sowie über die erbärmlichen Löhne mit schönen Widersprüchen hinwegzutäuschen. Mit den Löhnen und ebenso mit den sanitären Verhältnissen ist es offenbar in den meisten Seifenfabriken nicht minder schlecht bestellt. Daß man einem Familienvater, der nicht weniger als 8 Kinder zu ernähren hat, 18,50 M. Wochenlohn anbietet, scheint den Herren etwas Selbstverständliches. Ein in allen Zweigen tüchtiger Arbeiter hat es z. B. bei Volckenhauer in der Gollnowstraße nach 15jähriger Tätigkeit auf 19 M. Wochenlohn verdient; er hat einen Arbeiter, der dort bereits 28 Jahre tätig ist, erhält 12 M. Und von diesen Löhnen werden auch noch die Klassenbeiträge abgezogen. Ein Seifenschneider erzielt, nachdem er

27 Jahre für die Firma arbeitet, für eine volle Woche bei täglich 10 Stunden Arbeit, 21 M. Mäglich wurden von einer Seifenfabrik „Lehrmädchen“ verlangt, und zwar für ganze 2,50 M. Wochenlohn, wobei noch die Klassenbeiträge abgezogen werden. Ferner sollen diese Mädchen die Einpacken von Seife. Daß es sich hierbei um eine ganz unverschämte Ausbeutung junger Arbeiterinnen handelt, ist selbstverständlich. Die eifrige Agitationsarbeit, die der Fabrikarbeiter-Verband seit einiger Zeit unter den Arbeitern der Seifenfabriken entfaltet, hat dazu geführt, daß man hier und da kleine Lohnerbahungen zugestanden hat. Gleichzeitig aber haben sich die Fabrikanten die größte Mühe, den Arbeitern und Arbeiterinnen das gesetzlich gewährleistete Vereinigungsrecht zu rauben, und leider ist ein Teil der Arbeiter auch noch rückständig und dumm genug, diesem Treiben Vorschub zu leisten und Mitarbeiter, die für die Befreiung der allgemeinen Lage zu wirken trachten, zu verlasten. Dennoch wird wohl über kurz oder lang auch in diese Kreise der Arbeiterschaft allgemein die Ueberzeugung dringen, daß sie sich nur durch die Organisation anständige Löhne und erträgliche Arbeitsverhältnisse erreichen können. Die Versammlung am Sonntag lieferte einen Beweis dafür, daß mindestens bereits ein kleiner Stamm von aufgeklärten Arbeitern und Arbeiterinnen vorhanden ist, der ernstlich diesem Ziele zustrebt.

**Berichtigung.** In dem Bericht über die Vorstände- und Delegiertenversammlung der Berliner Gewerkschaftsartell aus geschlossenen Organisationen läßt mich der Berichterstatter im Schlußwort sagen:

„Wir waren im Keenpalast unfähig zu diskutieren; wir haben uns durch schwächliche Redensarten überdelpeln lassen. Das wird im nächsten Kreise nicht der Fall sein.“

Einem derartigen Sinn haben meine Ausführungen natürlich nicht gehabt. Ich habe vielmehr gesagt:

„Man wirt uns vor, wir sind im Keenpalast unfähig gewesen zu diskutieren. Im nächsten Wahlkreis, wo Dr. Friedeberg demnächst über dasselbe Thema spricht, wird das ja nun wohl nicht der Fall sein; dort werden sich die gelehrten Theoretiker doch nicht durch schwächliche Redensarten überdelpeln lassen. Es fragt sich nur, ob die Mehrzahl der Mitglieder mit der grauen Theorie oder mit Dr. Friedeberg gehen wird usw.“

Theodor Fischer.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**München, 4. September. (W. T. U.)** Der Landtag ist auf den 28. September einberufen.

### Die Zustände in Marokko.

**Mkn, 4. September. (W. T. U.)** Die der „Münchener Zeitung“ unter dem heutigen Datum aus Tanger gemeldet wird, ist der gestrige Markttag dank der Maßnahmen der Regierung ruhig verlaufen, heute jedoch ist eine weitere Zuspitzung des Verhältnisses zwischen den Leuten von Angerostamm und den Leuten Marokkos zu befürchten, da erstere das geraubte Vieh nicht zurückgeben wollen und letztere Vergeltung dafür üben. Als der Vertreter der „Times“, Harris, trotz dieser Sachlage heute noch seinem eine Stunde entfernten Hause ritt, wurde von Angeraleuten zweimal auf ihn geschossen, ohne daß er jedoch getroffen worden wäre. Eine Leiche, wonach der Wagen selbst bei dieser Angelegenheit beteiligt sei, verdient keinen Glauben. Auch die Ermordung des französischen Juden und die Verwundung eines Freireisenden auf dem Markte haben nichts mit dieser Sache zu tun, sondern sind auf private Rache zurückzuführen.

### Unterzeichnung des Friedensvertrages.

**Wormouth (New Hampshire), 4. September. (Melbung des „Newerischen Bureaus“.)** Die Unterzeichnung des Friedensvertrages wird erst morgen nachmittag 3 Uhr erfolgen.

### Vom holländischen Kolonialkriege.

**Haag, 4. September. (W. T. U.)** Amtlich wird gemeldet: Fünf der sechs Fürsten von Bomi (Süd-Guinea) haben sich unterworfen. Die Bevölkerung verhält sich ruhig. 1315 Gewehre sind ausgeliefert worden.

### Folgen der verkürzten Sanitätskontrolle.

**Petersburg, 4. September. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.)** Aus Warschau wird gemeldet: Infolge der Schwierigkeiten, die seitens der preussischen Grenzbehörden beim Durchlassen russischer Hölfe gemacht werden, sind in Warschau die Bauholzpreise stark niedergegangen. Hierdurch ist eine schwere Krise im Holzhandel hervorgerufen worden.

### Die Revolution in Rußland.

**Petersburg, 4. September. (W. T. U.)** Nach offiziellen Berichten begannen am 2. d. Mts. gegen 5 Uhr nachmittags in Wolu streikende armenische Straßenbahn-Angestellte Aufstürzungen, indem sie auf Soldaten schossen, welche sie auf den Straßenbahnwagen erschien. Darauf begann das Feuer auf die Truppen aus den Fenstern und von den Dächern der Häuser. Die Soldaten erwiderten daselbe. Am folgenden Morgen waren die Aufstürzungen eingestillt. Bis 1 Uhr nachmittags wurden verzeichnet an Toten: acht Mohammedaner, ein Russe, drei Armenier; an Verwundeten: ein Polizeikommissar, ein Armenier, zwei Russen, sieben Mohammedaner. Am Abend des 3. begann von neuem ein heftiges Feuer, doch fügten die Angriffe der Truppen keinen Schaden zu.

Am 2. d. Mts. wurde vier Werst von Gori der Leichnam des Geschäftsführers des Fürsten Grisow gefunden. — Am 3. wurde in Gori der Polizeikommissar durch fünf Schüsse getötet.

### Der Brand in Adrianopel.

**Adrianopel, 4. September. (Melbung des Wiener A. S. Telegraphen-Bureaus.)** Bei dem vorgestrigen Brande, der in der Kasernen Vorstadt ausbrach, wurden außer der katholischen Auf-erziehungskirche noch andere Kirchen und mehrere Schulen ein Raub der Flammen. Unter den abgebrannten Kaufhäusern befinden sich 1800 Wohnhäuser. Die Opfer des Brandunglücks sind größtenteils arme Griechen, Armenier und Israeliten. Die Lokalbehörden haben die erste Hülfaktion eingeleitet, der Sultan hat das weitere angeordnet.

**Konstantinopel, 4. September. (Melbung des Wiener A. S. Telegraphen-Bureaus.)** Hier eingetroffene Depeschen geben die Zahl der in Adrianopel niedergebrannten Häuser auf 2000, größtenteils Holzhäuser, an. Das Feuer ist gestern wieder ausgebrochen. Die Not ist groß. Trotz der türkischerseits eingeleiteten Hülfaktion ist auch fremde Hülf notwendig.

### Die Cholera.

**Rastenburg, 4. September. (W. T. U.)** Der Chemann der in der Nacht zum 31./8. an Cholera verstorbenen Arbeiterfrau Duddy ist ebenfalls an Cholera erkrankt.

**Wien, 4. September. (W. T. U.)** Gestern erkrankte in der Gemeinde Padow Karadowa (Gallizien) ein Gen darm unter Anzeichen von Cholera. Insgesamt sind dort bisher 5 Personen an Cholera erkrankt, davon sind 3 gestorben und einer genesen. An Cholerafranke blieben in Padow 2 Personen, in Grodzisko eine Person in Behandlung.

Debatten über Wenn und Aber.

II.

Unter den — wir wissen nicht, schlimmen oder hoffnungsvollen „Folgen des japanischen Sieges“ — stellte Karl Kautsky, wie wir gesehen haben, in der „Neuen Zeit“ vom 15. Juli 1905 die Unfähigkeit der Redaktion oder wenigstens der „ethisch-ästhetischen“ Redakteure des „Vorwärts“ fest, die Schrift der Genossin Roland-Holst zu verstehen. Wir halten es zwar für keine Folge des japanischen Sieges, auch für keine redaktionelle Unzulänglichkeit, sondern lediglich für einen bedauerlichen Fehler des großen Vortrags Karl Kautskys: in seinen eigenen Gedankengängen so fest eingeschient zu sein, daß es ihm schwer fällt, sich in die Ideenentwicklung eines anderen hineinzufinden, der nicht von vornherein identisch mit ihm zu denken fähig oder gewillt ist.

Unsere Kritik wies auf die Zweipoligkeit der Schrift der Genossin Roland-Holst hin: Einmal der Massenstreik als auch ein Mittel zur Erzwingung bedeutender politischer Veränderungen und zweitens der Generalstreik als das einzige Kampfmittel in jenem politischen Endkonflikt, in dem sich die alle politischen Rechte raubende Bourgeoisie mit dem um die Eroberung der politischen Macht ringenden Proletariat mißt. Dieser Zusammenhang muß — nach Roland-Holst — kommen, und in diesem kritischen Augenblicke muß als einziges mögliches Mittel der Generalstreik zur Anwendung gelangen.

Kautsky beweist nun unser Unverständnis auf eine für einen alten geschulten Dialektiker außerordentlich seltsame Art. Wir weisen auf einen Widerspruch hin, und Kautsky widerlegt diese Auffassung, indem er die eine Seite des Widerspruchs zitiert, und uns vorwirft, wir hätten diese eine Seite des Widerspruchs verkannt. Um dies unbegreifliche Verfahren an einem Beispiel zu vereinfachen und zu veranschaulichen: Ein Kritiker weist auf den Zweipol eines philosophischen Werkes hin, die Schrift sei dem Beweise gewidmet, daß die Seele sterblich sei, und komme dann zur Schlussfolgerung, daß sie unsterblich sei. Welche Verständnislosigkeit domiert der Antikritiker: Steht nicht auf dieser und jener Seite, daß die Seele sterblich sei?

Kautsky schlägt uns mit einem Zitat, in dem Roland-Holst ausführt, daß „der politische Massenstreik eine nur selten, in bestimmten geschichtlichen Situationen anwendbare Waffe ist“. In diesem Passus hätte also die Genossin Roland-Holst ausdrücklich jenen Gesichtspunkt hervorgehoben, den der „Vorwärts“ bei ihr vermisste, und jener Auffassung abgelehnt, die der „Vorwärts“ ihr vorwerfe. Ja, Kautsky führt noch ein gewichtigeres Zeugnis an, die Verfasserin selbst, die ihm seine Anschauung bekräftigt:

„Wie der „Vorwärts“ dazu kommt, aus meiner Schrift herauszulesen, daß ich den Massenstreik als die Methode des proletarischen Klassenkampfes betrachte, ist mir unbegreiflich. Gegen eine solche Ueberschätzung, wie er durch die revolutionären, antiparlamentarischen Gewerkschaftler stattfindet, ist die Schrift ja zum Teil gewandt. Auch habe ich mich gerade bemüht, den innerlichen Zusammenhang der verschiedenen Waffen des Proletariats und der verschiedenen Methoden des proletarischen Kampfes zu betonen, hervorzuhellen, wie sie einander ergänzen.“

Kautsky enttäuscht sich endlich noch darüber, daß wir in unserer ersten Entgegnung auf seine Antikritik seinem Zitat keine anderen schlagenden Zitate entgegen gehalten hätten; er vergaß nur, seine Leser darüber zu unterrichten, daß dies unmöglich gewesen, weil die in den schlagenden Zitaten schon in der ersten Besprechung abgedruckt waren, also nicht wiederholt zu werden brauchten.

Der „Vorwärts“ hat in jener Kritik durchaus nicht verkannt, daß die Genossin Roland-Holst den Parlamentarismus auch als berechtigt anerkennt. Ganz wie die Verfasserin in ihrem Verkräftigungsschreiben an Karl Kautsky, hatte der verständnislose, zu jeder führenden Stellung unfähige Kritiker hervorgehoben, „daß die Verfasserin die Schädigungen und Gefahren der antiparlamentarischen Generalstreik-Propaganda für die Arbeiterklasse in vorzüglichen Ausführungen darstellt“. Wir haben also so wenig verkannt, wie die Genossin Roland-Holst den Generalstreik als Ergänzung des Parlamentarismus betrachtete, daß vielmehr gerade auf dieser unserer Erkenntnis sich unser Vorwurf des zwiespältigen Charakters ihrer Schrift begründet. In dem sinnlosen System der Generalstreikarten, das Frau Roland-Holst scharfsinnig sondert, gibt es nämlich nicht nur wirtschaftliche, anarchistische, Solidaritäts- und Sympathiestreiks, es gibt nicht nur die politischen Massenstreiks im engeren Sinne, die wieder in legale Demonstrationstreiks und revolutionäre Ausstände zerfallen, sondern der realistische, revolutionäre Generalstreik, der in bestimmter Situation möglich ist, verflüchtigt sich in den wenn nicht utopistischen, so doch spekulativen Generalstreik des großen Zusammenbruchs, der Entscheidungsschlacht, der dann ebenso notwendig angewandt werden muß, wie der Endkonflikt selbst unvermeidlich ist. Damit aber wurde ein Mittel des Klassenkampfes zu dem Mittel des Klassenkampfes — das ist der schlafende Widerspruch des Werkes, der, wie wir zeigen werden, dadurch in eine höhere Einheit „dialektisch“ zu nähern versucht wird, daß man nun den Parlamentarismus mit seinem ganzen Zubehör politischer Rechte als eine Art dem Untergang notwendig geweihtes Prodigium entwertet. Auf den Trümmern des politischen Kampfes und der politischen Rechte taucht der politische Generalstreik als Retter auf und verwandelt sich jetzt unwillkürlich wieder, wenn auch noch so heftig verweigert, in den anarchistischen Endzielstreik, nur daß der Anarchist durch ihn gleich die Produktion unmittelbar übernehmen will, während Roland-Holst und Kautsky durch ihn nur die politische Macht erobern und sichern wollen.

Die Eigenart der Schrift besteht darin, daß sie, soweit sie das vorhandene Tatsachenmaterial durchgeht, über das Wenn und Aber nicht hinauskommt, daß ihr aber jenseits der Tatsachen, wenn sie jene katastrophische Hungerbarrikade des Generalstreiks in der Ferne am Ende ausmalt, alle Bedenken schwinden und nun die große Sicherheit und Ausschließlichkeit dieses Mittels kraftvoll, fast biblisch-rambisch feiert. Aus einem Chaos von Zweifeln und Einwänden, die aus den Erscheinungen der Vergangenheit und Gegenwart abgeleitet werden, erwächst dann die mythische Mathematik der Schlussrechnung.

Das Buch kann in der Tat insofern als die Bibel des Generalstreiks gelten, als man aus ihm alles beweisen kann. Greifen wir, um die zu unerlösen, in sich freibewegenden Debatten geradezu provozierende Methode der Schrift uns noch einmal zu vergegenwärtigen, ihre Behandlung der Form des politischen Streiks heraus, der am klarsten begrenzt ist und am Bestimmtesten sich in die Wirklichkeit der politischen Aktion einfügen läßt: den Manifestationstreik, diese verführerische Agitation und Demonstration für die Erzwingung politischer Rechte oder Abwehr von Attentaten auf Volksrechte.

Die Möglichkeit solcher Manifestationstreiks hängt ab von dem Charakter der verschiedenen Staatsformen. „In Staaten von ganz

oder halb absolutistischem Charakter, mit starker Zentralregierung und dürftig entwickelten, wenig einflussreichen parlamentarischen Einrichtungen, ist der politische Streik als politisches Demonstrations- oder Manifestationsmittel, wie er in Schweden und Italien gehandhabt wurde, unmöglich.“ Denn, so meint die Verfasserin, in solchen Fällen würde der friedliche, legale Streik sofort revolutionär werden, also seinen Begriff sprengen. Ist der Manifestationstreik in solchen Staaten unmöglich, so ist er andererseits in reinen, vollständig ausgebildeten Demokratien, wie z. B. in der Schweiz, überflüssig; in solchen Ländern würde er „von der Mehrzahl der Bevölkerung als eine unnötige Störung des wirtschaftlichen Lebens empfunden werden“. Eine Arbeiterklasse, die über die direkten politischen Waffen des allgemeinen Wahlrechts, der Volksinitiative und des Referendums verfügt, braucht für den Klassenkampf das indirekte Mittel, den politischen Streik, nicht, um ihren Willen durchzusetzen. Die normale Entwicklung des Klassenkampfes ist hier die Auslösung und Organisation zum richtigen, das heißt dem proletarischen Klassenbewußtsein dienenden Gebrauch aller bürgerlichen Rechte.“ (S. 117.)

Nachdem so für zwei extreme Sorten von Staatswesen die Anwendbarkeit des Generalstreiks ausgeschaltet, bleibt seine Anwendbarkeit vorbehalten für „parlamentarisch ausgebildete, halb demokratische Staaten“, besonders in kleineren, wo die Staatsgewalt weniger zentralisiert, der Militarismus zu keiner so fürchtbaren Macht geworden ist“. Unter welchen Bedingungen, in welcher Weise ist hier nun der Streik als Demonstrationsmittel möglich und aussichtsreich? Man lese:

„Es leuchtet ein, der Manifestationstreik macht nicht erforderlich, daß die gesamte Arbeiterschaft des Landes in den Aufstand tritt. Es handelt sich ja nur um einen Druck auf die öffentliche Meinung, und dieser kann durch das einige Tage währende Stilllegen der wichtigsten Erwerbszweige der Großindustrie, des Bergbaues, des Hafentransportes, erreicht werden. Hauptfrage ist die Frage der Feiern. Es ist nicht notwendig, das gesamte öffentliche Leben durch Stilllegen des Verkehrs usw. zu desorganisieren. Vielmehr könnte eine zu allgemeine Arbeitseinstellung in diesem Falle über ihr Ziel hinausschießen. Wohl werden sowieso die reaktionären Parteien immer bereit sein, den Demonstrationstreik zu einem revolutionären Professionsverbot aufzubauhen, die Führer als Aufrührer zu denunzieren — das ist unvermeidlich. Aber wenn sich die Arbeitseinstellung auch über die Produktionszweige von unbefangter, allgemeiner Notwendigkeit erstrecken würde, brächte sie den größten Teil der Bevölkerung gegen die Streikenden auf die Beine. Wo es also nur auf die feierliche Wirkung einer Demonstration abgesehen ist, wäre der von Zurati gegebene Rat zu beachten, die wesentlichen Erfordernisse des öffentlichen Lebens zu respektieren, wenigstens auch in geringerer Maße, als er dies vorschlägt. Denn wenn, wie Zurati verlangt, Eisenbahnverkehr, Post und Telegraph, Wasserzufuhr, Sanitätsdienst, Brotversorgung, Beleuchtung und Tagespresse, wenn alle diese Einrichtungen vom Streik unberührt bleiben sollen, so dürfte seine demonstrative Wirkung allzuweit geschwächt werden. Auch soll man, wie Oba Olberg mit Recht bemerkt, keine Maßnahme im Gewebe der Solidarität unnötig geräuschen.“ (S. 116 ff.)

Man lese diese Auseinandersetzung einmal, zweimal, dreimal. Man studiere sie, man durchdenke sie, man lerne sie auswendig, und dann sage man, was man aus ihr für einen gegebenen künftigen Augenblick sicheres entnehmen könne. Die ganze Argumentation dreht sich im Kreise: Der Streik soll auf die öffentliche Meinung wirken. Darum soll er fühlbar sein. Darum muß er entscheidende Zweige der Produktion umfassen. Ist er aber demnach fühlbar, so regt er die öffentliche Meinung gegen sich auf und verleiht somit den Zweck, um dessen willen er begonnen wurde. Solche Allgemeinheiten, die alles und nichts beweisen, bei denen jeder Satz den anderen aufhebt, sind keine Belehrungen, wie man es machen kann, sondern Rezepte, die Mischungen wägbarer Quantitäten angeben, nur daß eben menschliche Handlungen, menschliche Willen nicht auf der Waagschale dosiert werden können wie Pulver, Mehl und Eier oder wie die Chemikalien der Apotheke. Die Verfasserin schneidet eben in solchen Betrachtungen an der inneren Unmöglichkeit der Aufgabe, taktische Regeln für besondere zufällige Fälle zu generalisieren und zu präzisieren.

Genau die umgekehrte Erscheinung beobachtet man aber dann in der Schrift bei jenem Notwendigkeitstreik, der auf der Katastrophentheorie beruht. Der ist eine einfache Deduktion aus angenommenen Voraussetzungen, und derartige Deduktionen haben natürlich alle die Bestimmtheit formal logischer Schlussfolgerungen.

Roland-Holst verkennt die Idee des Generalstreiks mit der Zusammenbruchstheorie. Ihr Gedankengang ist der folgende:

Roland-Holst sieht die allgemeine kapitalistische Entwicklungstendenz — nicht etwa nur in reaktionären Feudal- und Militärstaaten wie Deutschland — sondern auch in Demokratien revolutionären Ursprungs so verlaufen, daß die Bourgeoisie, sobald die Klassenbewußte Anwendung der demokratischen Rechte für das Proletariat und den Sozialismus ihr gefährlich wird, diese politischen Rechte zerreiht, und dann kommt jener Augenblick des revolutionären Generalstreiks. In diesem Sinne wird der Generalstreik in der Tat, wie sehr es immer Kautsky bestreiten mag, das ausschließliche Mittel des Klassenkampfes. Ueber die Frage, ob die Entwicklung so verlaufen wird, ist hier nicht der Ort zu diskutieren. Aber über die Anwendbarkeit des Generalstreiks im Hinblick auf diesen Entscheidungskampf um die politische Macht als des einzigen nicht nur möglichen, sondern auch notwendigen Mittels läßt sich auf keinen Fall etwas Sicheres, nicht einmal etwas Wahrscheinliches, ja überhaupt gar nichts Greifbares denken. Im Gegenteil: Die spekulative, wie immer aus dem Boden der wissenschaftlichen Erkenntnis über Entwicklungen der Dinge erwachsenen Tatsache stellt sich lauter Undenkbaren vor. Nimmt man an — wir können natürlich hier nur ein paar flüchtige Striche einer systematischen Beweisführung zeichnen —, die Bourgeoisie in der ausgebildeten Demokratie greife bereits vorbeugend zum Staatsstreik, wenn die Gefahr erst im Anzug ist, wenn die große Masse des Volkes, (das unter dem Zwang der notwendigen wirtschaftlichen Entwicklung selbstverständlich seinem Klassen-

\*) Ansetzend in direktem Gegensatz dazu heißt es wenige Seiten weiter: „Träse dies ein“ — nämlich der Sieg durch den legalen Gebrauch politischer Rechte in der Demokratie — „so wäre der politische-revolutionäre Massenstreik wie jedes andere Zwangsmittel tatsächlich überflüssig. Die Sozialdemokratie könnte ihr Ziel durch die politische Demokratie erreichen, die einzige unter diesen Umständen angebrachte Kampfmethode wäre die unangenehme Auslösung und Organisation des Proletariats, um seine politischen Rechte richtig, das heißt: zur Befreiung seiner Klasse gebrauchend zu lernen.“ Solche Annahme aber sei besser Wahsinn. (S. 131.) Der scheinbare Widerspruch löst sich auf in dem Dualismus der Grundtendenzen. Hier handelt es sich eben nicht mehr um den „Manifestationstreik“, sondern um den revolutionären Endstreik. Die „normale“ Entwicklung in der Demokratie, von der S. 117 gesprochen wurde, erweist sich hier als eine, die nur heller Wahsinn phantastieren könnte, die wirklich normale Entwicklung ist vielmehr der Entscheidungskonflikt der Hungerbarrikade!

Charakter nach Proletariat ist), noch nicht vom Sozialismus erfasst ist, würde dann angenommen werden können, daß der Generalstreik, selbst wenn er nicht nur möglich wäre, sondern sogar zur Uebernahme der politischen Macht durch das Proletariat führen würde, dann zu einem endgültigen Siege verhelfen könnte? Dann stände ja die große Masse nicht hinter der Regierung, sie würde alsbald wieder über den Haufen gerannt werden, und das Spiel beginnt von neuem. Ist aber die Masse bereits sozialistisch, dann gibt es keine Macht der Welt, die ihr die politischen Rechte mehr zu entziehen vermöchte — dann ist der Generalstreik vielleicht möglich, aber sicher überflüssig.

Gerade in diesem revolutionären, universonalen Endstreik aber gipfelt die Tendenz des Buches. Und das ist auch ganz konsequent. Kommt es notwendig und überall zu gewalttätigen Entscheidungskämpfen und bildet dann der Generalstreik das einzige Mittel, so ist eben der politische Streik das Mittel, die Form des Klassenkampfes, und alles andere, wie z. B. der Parlamentarismus verflüchtigt sich zu einer Bedeutungslosigkeit — er verschwindet, sobald er ernsthaft wird —, daß man tatsächlich dann zu der anarchischen Konsequenz gedrängt werden kann, ob es überhaupt lohne, diesen mühsamen und nutzlosen Umweg zu machen, ob sich der Weg nicht abkürzen lasse durch die „direkte Aktion“.

Und hier nun ist es Zeit, die schlagenden Zitate wiederzugeben, die Karl Kautsky vermisst, weil er die „Vorwärts“-Kritik offenbar nur ganz flüchtig gelesen hat.

Schon aus den russischen Ereignissen entnimmt Roland-Holst, „welch' treffliche Waffe der Streik als die natürliche Form der proletarischen Revolution, sogar in den Händen eines an Zahl schwachen und wenig geschulten Proletariats ist“. (S. 150.) Der Streik ergebe sich „als Notwendigkeit von selbst in jeder wirklich revolutionären Bewegung unserer Gegenwart, weil er aus der ökonomischen Lage der Arbeiterklasse hervorgeht“. Der Streik ist die Einleitung, der erste Schritt jeder revolutionären Massenaktion, wie ihr weiterer Fortgang sich auch abspielen möge“. Der politische Massenstreik „ist die einzige mögliche Form des Bürgerkrieges, worin den mit den raffiniertesten Mitteln der modernen Technik ausgerüsteten Soldaten von der anderen Seite nur die „offene Brust und das ungefährtete Herz entgegengesetzt wird und dennoch nicht die bewaffnete Regierungsgewalt, sondern das unbewaffnete Heldentum der Masse entscheidend“. (S. 152.)

Handelt es sich bei diesen Stellen aber immer noch um ein gegenwärtiges revolutionäres Mittel für gegenwärtige Kämpfe und Konflikte, so weitet sich in den folgenden Sätzen der politische Streik zum revolutionären Universalmittel des zukünftigen Endkampfes um die politische Macht aus: „Der politische Massenstreik wird die Zusammenfassung der verschiedenen Kampfmittel der Vergangenheit und deren Ablösung durch eine Methode, die der Grundtatsache der modernen Gesellschaft: der kapitalistischen Ausbeutung, und dem Wesen des Proletariats als organisierter Klasse entspricht. (Seite 160.) Der politische Massenstreik ersetzt zwar nicht den Parlamentarismus, aber er wird — und hier wird die unabwendbare Konsequenz ängstlich durch ein eingefügtes „wahrscheinlich“ verborgen — „als ein Mittel in Betracht kommen, die parlamentarische Aktion des Proletariats erst möglich zu machen, zu erhalten und zu erweitern, und ebensowohl als die dem Proletariat eigenständige Waffe des Druckes oder des Zwanges, wo der Parlamentarismus versagt, wo der Arbeiterklasse der Rechtsboden des Klassenkampfes entzogen wird“. (Seite 162.) Hier also, am Schluß der ganzen Schrift erzittert der Gedankenbau wieder zaghaft, es wird alles wieder statt notwendige Entwicklung — Wahrscheinlichkeit. Roland-Holst und Kautsky sind eben auf halbem Wege stehen geblieben, sie sind erstarrt mitten im Widerspruch.

Der einzelne Schriftsteller, der seine Auffassungen über die Entwicklungstendenzen darlegt, ist ein wertvoller Berater einer Partei, deren Programm die wissenschaftliche Einsicht in diese Tendenzen erfordert. Auch um die Wege und Mittel, als notwendig erkannte Tendenzen der Zukunft durchzuführen — das Notwendige wirklich zu machen — muß die wissenschaftliche Diskussion sich bemühen. Kann aber eine große politische Partei ihre besondere Taktik für Zukunftsmöglichkeiten festlegen?

Die Sozialdemokratie lehnt es ab — vielleicht sogar allzu entschieden — fragern nach dem Inventar des Zukunftsstaates Auskunft zu geben, nicht weil wir verlegen sind um eine Antwort, sondern weil wir zu viele Antworten geben könnten, und weil wir doch genau wissen, daß keine vollständig der künftigen Wirklichkeit entsprechen wird. Was soll man aber erst dazu sagen, wenn man von uns verlangt, die Taktik zur Erzwingung des Zukunftsstaates schon im voraus zu bestimmen. In der Generalstreikfrage aber, so wie sie Kautsky zu verstehen scheint, sollen wir letzten Endes, zwar jetzt noch nicht über die Mittel zur Eroberung des Zukunftsstaates Beschluß fassen, aber uns doch über den Endkampf der Eroberung der politischen Macht resolvieren. Kann diese ausweichende Zurückziehung der drängendsten Probleme um einer möglichen Endation willen zu irgend einer fruchtbarer Diskussion führen? Wir verneinen das.

Für die sozialdemokratische Partei kann es sich nur und wird es sich nur um die ebenso nächterne und klare, wie unmittelbare Frage unserer politischen Existenz handeln: Gewähr der politischen Massenstreik in der gegenwärtigen Situation Deutschlands ein Mittel, um entweder die Dinge vorwärts zu drängen oder wenigstens doch unsere politischen Rechte gegen Attentate zu schützen? Das ist die einzige Frage, welche die Parteifunktion angeht kann; und da muß leider gesagt werden, daß gerade Kautsky die so gestellte und begrenzte Aufgabe im voraus entwertet hat — sowohl hinsichtlich der Möglichkeit wie hinsichtlich des Kampfsziels.

Aus der Partei.

In ihrem vierten Artikel „Zur „Vorwärts“-Frage“ knüpft die „Leipziger Volkszeitung“ an die Bochumer Resolution an und fährt dann fort:

Der „Vorwärts“ ist mit dieser Resolution einverstanden und macht nur die einschränkende Bemerkung dazu: aber wir sind nicht schuld, sondern „die in das Gewand der Parteirettung gekleidete Katastrophe der „Leipziger Volkszeitung“. Wir dagegen sind mit der Resolution der Bochumer Genossen nicht einverstanden, weil sie von falschen Voraussetzungen ausgeht, obgleich wir zugeben, daß, wenn ihre Voraussetzungen richtig wären, sie allerdings mit Recht die Schuld auf beide Seiten verteilen würde. Wir würden dann nicht so „rechthaberisch“ sein, unseren Teil der Schuld abzuschneiden; bei einem bloßen Literatenganz sind alle schuldig, die sich daran beteiligen.

Aus dieser verschiedenen Aufnahme, die ihr Vorschlag beim „Vorwärts“ und bei uns findet, können die Bochumer Genossen schon erkennen, daß es sich hier um wirkliche Gegensätze handelt, und nicht um bloße Rechthaberien. Wir verhehlen die Aufwallung zu würdigen, aus der heraus sie ihren Vorschlag gemacht haben, und wir freuen uns, daß sie ihn besser begründet haben, als mit der hergebrachten Abwendung, die große Masse der Arbeiterschaft volle von „persönlichen Fäulereien“

In ihrer Presse nicht wissen. Diese Phrase ist an und für sich ein selbstverständlicher Gemeinplatz, aber in seiner ewigen Wiederholung ein überaus trauriges Kompliment an die Adresse der Partei, das Kompliment nämlich, daß sie zwar eine feindliche Welt erbarmen wolle, aber nun schon seit Jahren nicht mit einer Handvoll „persönlicher Händel“ fertig werden könne. Der Grund, den die Bodumer Genossen an ihrem Teil für ihren Vorschlag anführen, hat leider Hand und Fuß; wir erkennen an, daß durch die Streitigkeiten, die sie aus der Welt schaffen wollen, worin wir ganz mit ihnen übereinstimmen, die werdende Kraft der Agitation geschädigt wird. Aber mit Aufwallungen in dem Stile: Nun soll endlich einmal ein Himmelkreuzdonnerwetter dreinschlagen! macht man keine gute Politik. Die Bodumer Genossen werden uns das offene Wort nicht übel nehmen, wenn wir hinzufügen, daß wir, nämlich die „Literaten“ der „Leipziger Volkszeitung“, vor einer Reihe von Monaten einer ganz ähnlichen Aufwallung unterlegen sind, und auch einen ganz solchen Vorschlag gemacht haben, von dessen völliger Unhaltbarkeit wir gerade durch Arbeiter überzeugt worden sind.

Es war im Januar d. J., als wir nach einem Konflikt zwischen dem „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ den Leipziger Partei-Anstalten sagten: Wir sind mit unserem Latein am Ende. Ihr habt uns die Direktive erteilt, Euer Blatt als ein Nares Prinzipienblatt im Sinne der Lassalle, Marx und Engels und mit Bekämpfung aller abweichenden Tendenzen zu redigieren, aber wir können diesen Auftrag nicht ausführen, ohne daß persönliche Händel in der Partei entstehen, die Euer Blatt ebenso schädigen, wie die Partei selbst. Giebt uns also eine andere Direktive, wonach wir die Flagge der Lassalle, Marx und Engels streichen und uns eine Meierse auflegen, die bei niemand in der Partei, der abweichenden Tendenzen folgen will, irgend welchen Anstoß erregt. Die Leipziger Partei-Anstalten haben diesen Vorschlag zurückgewiesen, da sie unsere Auffassung für viel zu pessimistisch hielten und namentlich auch wohl glaubten, daß wir durch eine größere Behutsamkeit in der Form allen „persönlichen Händel“ aus dem Wege gehen könnten. Sie werden sich inzwischen, namentlich aus unserem gefrigen Artikel, überzeugt haben, daß, je schonender und schüchtern in der Form wir die alten Parteiprinzipien vertreten, ein nur um so bestigerer Hagel persönlicher Beschuldigungen auf uns niederprasselt, und daß wir insoweit nicht zu pessimistisch, sondern sie zu optimistisch geurteilt haben. Allein in der Sache haben sie unabweisbar recht gehabt, wenn sie ihren wohlwollenden Entschluß nicht aufgeben wollten, weil andere Leute daraus den Anlaß zu „persönlichen Händel“ schöpfen.

Die Sache ist einfach die, daß heute kein Parteiblatt nach den alten Parteiprinzipien redigiert werden kann, ohne unausgesetzt mit dem Zentralorgan der Partei zu kollidieren, und daß kein Parteiblatt mit dem Zentralorgan der Partei kollidieren kann, ohne sofort wegen Mangels an „gutem Ton“, wegen „Krausefsucht“, wegen „unmöglicher Diskussion“, wegen der Annahme, die Lassalle, Marx und Engels zu „engeren Kollegen“ ermahnt zu haben, wegen „Literateneitelkeit“, „Literatenmähen“, „Literatenreibeien“, peinlich angeklagt zu werden. Das ist nicht nur das Schicksal der „Leipziger Volkszeitung“, sondern auch sehr vieler anderer Parteiblätter, denn glücklicherweise herrschen die alten Parteiprinzipien ja noch in der Partei vor. Selbstverständlich wollen wir mit der Feststellung dieser Tatsache nicht etwa nach dem Vorbilde des „Vorwärts“ sagen: der „Vorwärts“ ist der allein Schuldige und wir anderen sind die reinen Anschuldblämer; es wird unsere Aufgabe sein, demnächst nachzuweisen, daß diese heillosen Zustände in den Zuständen und nicht in den Personen wurzeln. Wir stellen einstweilen nur die Tatsache fest, um daraus die Schlussfolgerung zu ziehen, daß die gegenwärtigen Streitigkeiten kein Ende finden werden, bis entweder kein Parteiblatt mehr nach den alten Parteiprinzipien redigiert wird, oder der „Vorwärts“ denen gegeben wird, denen er gehört, den Berliner Genossen, in denen die alten Parteiprinzipien so lebendig sind, wie an irgend einem anderen Orte des Reiches. Es ist die schiefste und, wie wir nachweisen werden, historisch unmögliche Stellung des „Vorwärts“ als eines angeblichen Zentralorgans der Partei, die die heillosen Reibungen erzeugt, denen die Bodumer Genossen mit gutem Rechte den Garau machen wollen.

Wenn ihr Antrag nun aber einen falschen Weg einschlägt und gerade das herbeiführen würde, was er vermeiden will, nämlich den Parteitag zum Kummelplatz persönlicher Literatenstreites zu machen, so schlägt dagegen der Antrag der Berliner Genossen, den „Vorwärts“ seiner Eigenschaft als eines Zentralorgans zu entkleiden, den durchaus richtigen Weg ein. Er packt das Uebel an der Wurzel und gestattet nicht nur, sondern ermöglicht eine durchaus sachliche Diskussion der Frage. Wir begrüßen den Antrag, von dem wir noch nichts wußten, zurzeit wo wir diese Artikel in einem Sommeraufenthalte zu schreiben begannen, da er unsere Aufgabe zum Teil wesentlich abtut, zum Teil aber auch um so notwendiger macht. Denn wenn die Berliner Genossen, wie durchaus berechtigt und natürlich ist, zunächst ihr gutes Recht beanspruchen, so werden wir nachzuweisen haben, daß die Annahme des Antrages auch im allgemeinen Parteinteresse notwendig ist.

Es trifft sich nicht minder gut, daß, wie wir in der Parteipresse lesen, die Redaktion des „Vorwärts“ selbst den Antrag der Berliner Genossen lebhaft befürwortet. Wir sind also diesmal mit ihr in vollkommener Uebereinstimmung und dürfen unserer Aufgabe gerecht werden, ohne den Vorwurf der „Krausefsucht“, der „Literateneitelkeit“ und ähnlicher schöner Dinge mehr befürchten zu müssen.

Dieser Artikel zeichnet sich durch zwei Behauptungen aus. Erstens habe die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ den Leipziger Genossen vorgeschlagen, sie sollten ihr ausgeben, die Flagge der Lassalle, Marx und Engels zu streichen, die Leipziger Parteigenossen hätten die Redaktion aber befehrt, daß ein solcher Vorschlag falsch sei. Das beweist nur, daß die „Leipziger Volkszeitung“ in allen Dingen führend ist. Es gebührt ihr das Verdienst, die erste Parteiredaktion zu sein, die ihren Auftraggebern einen solchen Vorschlag machte. Auch die Leipziger Parteigenossen unterscheiden sich, immer nach der Darstellung der „Leipziger Volkszeitung“, von anderen Parteigenossenschaften derart, daß sie über den Vorschlag, die Flagge der Lassalle, Marx und Engels zu streichen, ernsthaft diskutieren und ihre Redaktion nur des Bestimmens zeihen.

Die zweite auszeichnende Behauptung ist die, daß heute kein Parteiblatt nach den alten Parteiprinzipien redigiert werden kann, ohne mit dem „Vorwärts“ unausgesetzt zu kollidieren. Danach wären von den 55 Tageszeitungen der Partei reichlich 50 nicht mehr nach den alten Parteiprinzipien redigiert.

Wir gratulieren zu beiden Behauptungen.

Daneben ist aus dem Artikel nur noch das mitleiderregende Geständnis hervorzuheben, daß die „Leipziger Volkszeitung“ die alten Parteiprinzipien jetzt nur noch in schüchternen Form vertritt, von uns also eingeschüchtert sei.

### Auch ein Prinzipienkampf.

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Frankfurter Volksstimme“ einen Zeitartikel, der so beginnt: „Mit aufrichtiger Trauer folgen in diesen Tagen Tausende deutscher Sozialdemokraten dem Streite „Leipziger Volkszeitung“ und „Neue Zeit“ gegen „Vorwärts“. Nun ist allen Versicherungen zum Trotz, daß es sich um fundamentale sachliche Auseinandersetzungen handle, glücklich vor dem diesjährigen Parteitage wieder der ärgste persönliche Händel im Gange, der namentlich von Leipzig aus mit bekannter Virtuosität geübt wird. Die gegnerischen Blätter, von der „Frankf. Ztg.“ und der „Frei. Ztg.“ herab bis zum letzten Kreis- und Pfaffenblatt, wimmeln von Proben aus den Liebendwürdigkeiten, mit denen sich unsere besten und größten Parteiorgane bedecken, das Leipziger und die „Neue Zeit“ unter der schönen Devise, die Prinzipien von Marx, Engels und Lassalle zu verfechten. Und es ist unläugbar, daß die von unseren Gegnern geschickt verbreiteten Anschuldigungen gegen unsere Partei machen. Wenn es niemand sonst sagen will, so wollen wir daher für unseren Teil erklären, daß die gegenseitige Selbstzerfleischeri, bei der sich der „Vorwärts“ allerdings in der Hauptsache nur in der Abwehr, die „Leipziger Volkszeitung“ und „Neue Zeit“ in beinahe

bestimmungsloser Angriffsstimmung befinden, bei zahlreichen Genossen geradezu das Gefühl des Efels erweckt. Und dieser Efel muß sich mit jedem Tag deshalb steigern, weil wir uns in Zeitschriften befinden, die eine Betätigung der Lust, für die Prinzipien von Marx, Engels und Lassalle zu wirken, nach einer ganz anderen und äußerst lobnenden Richtung ebenso gebieterisch heißen, wie sie durch den schamigen Händel geradezu verhindert oder wenigstens stark gehemmt und gestört wird.

Der Artikel führt dann aus, daß die Bekämpfung der Fleischnot bis jetzt die grundsätzliche Behandlung vernissen lasse, die so dringend nötig wäre, um auch die Blinden über die kapitalistischen Quallen des heutigen deutschen Volksebens aufzuklären, verweist auf ungenügende, unprinzipielle Haltung unserer Genossen in Gemeindeparkamenten in dieser Frage und schließt:

„So verwirklichen wir die Prinzipien von Lassalle, Marx und Engels“ in der politischen Praxis und selbst dort, wo unser unmittelbarer Einfluß noch am größten ist! Aber unsere drei besten Parteiorgane bekämpfen sich zum höchsten Gaudium der Gegner zur selben Zeit mit ausgerechneten Wodheiten, um „den Prinzipien von Lassalle, Marx und Engels“ zur Geltung zu verhelfen — in literarischen Polemiken, während alles zum geschlossenen und zielbewußten politischen Handeln, zum Sammeln, Verleihen und Anfeuern ruft! Da ist es schwer, keine Satire zu schreiben. Vielleicht schreibt sie endlich der Jenaer Parteitag.

Ueber die Taktik bei den Gemeindevahlen macht der Bericht des Parteivorstandes eine tabelnde Bemerkung über die Vorgänge bei der Wahl in Darmstadt. Darauf hat Genosse Cramer in Darmstadt eine Verwahrung an den Parteivorstand gerichtet, worin er dem Parteivorstande Unrichtigkeiten vorwirft. Der Vorgang wird in Jena bei der Behandlung des Vorstandsberichts sicher zur Sprache kommen, so daß wir uns jetzt ein Eingehen darauf umso mehr ersparen können, als wir uns ja seinerzeit zu den Wahlen in Darmstadt ebenfalls kritisch geäußert haben.

Ein Langjahr hatte der „Frankfurter Zeitung“ berichtet, ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter aus Württemberg habe es als einen Fehler bezeichnet, daß kein Sozialdemokrat an der Kolonial-Ausschreibung bei Herrn Börmann teilgenommen habe. Von der „Schwäbischen Tagblatt“ aufgefordert, nannte die „Frankfurter Zeitung“ darauf den Genossen Hildenbrand als den, der im Privatgespräche mit einem demokratischen Landtagsabgeordneten diese Äußerung getan habe. Hildenbrand gibt darauf eine öffentliche Erklärung ab, daß es ihm natürlich gar nicht eingefallen sei, die Nichtteilnahme sozialdemokratischer Abgeordneter an der Börmann-Ausschreibung als Fehler zu bezeichnen, daß er diese ganze Reise auf Kosten der Kolonialinteressenten entschieden verurteilt habe, daß er es aber als nützlich bezeichnet habe, wenn Reichstags-Abgeordnete, auch sozialdemokratische, Gelegenheit nehmen könnten, die Verhältnisse in den Kolonien kennen zu lernen. Das ist natürlich etwas ganz anderes, als was sich die „Frankfurter Zeitung“ hat berichten lassen.

Der Parteitag für Schleswig-Holstein und Hamburg findet am 15. und 16. Oktober in Elmshorn statt. Auf der Tagesordnung steht auf den geschäftlichen Angelegenheiten und der Organisation die Fleischnot und die Grenzperre.

Kopenhagens „Social-Demokraten“ wird vom 1. Oktober ab sieben Mal die Woche, also auch Montagsvormittag erscheinen, ohne daß damit der Abonnementspreis von 20 Dore pro Woche erhöht wird. Die organisierte Arbeiterchaft Kopenhagens, die das Blatt herausgibt, hat lange danach gestrebt, daß der Sonntag so viel wie möglich für alle Arbeiter frei sein sollte, und demgemäß versucht, die gesamte Presse zu veranlassen, keine Montagsausgaben zu veranstalten. Bei dem starken politischen Interesse, das das dänische Volk auszeichnet, und dem Umstande, daß häufig gerade an Sonntagen wichtige politische Ereignisse eintreffen, blieb jedoch dieses Bestreben erfolglos. Die Montagsausgaben wurden zu einem Bedürfnis, dem nun auch „Social-Demokraten“ Rechnung tragen mußte. Unsere Kopenhagener Parteigenossen hoffen mit Hilfe dieser Neuierung die Auflage des Blattes von 42 000 auf 50 000 steigern zu können. Bei den ungefahr 500 000 Einwohnern Kopenhagens läme damit auf je 10 ein Exemplar. Bereits jetzt erscheint das Verhältnis der Auflage des Blattes zur Bevölkerungszahl seines Verbreitungsgebietes außerordentlich günstig.

### Zweite General-Versammlung des Zentralvereins der Bureau-Angestellten Deutschlands.

Die Generalversammlung begann ihre Sitzungen am Sonntagvormittag im Gewerkschaftshause. Als Gäste sind erschienen: Sassenbach von der Generalkommission, Josephson, der Vorsitzende des Zentralverbandes der Handlungsgehülften und Gehilfen Deutschlands, und Siebel, der Vorsitzende des Verbandes der Orts-Krankenkassen Deutschlands. Mit der Leitung der Generalversammlung wurden Bauer und Rundi betraut.

Aus dem Geschäftsbericht, den Bauer erstattete, ist hervorzuheben, daß seit der ersten Generalversammlung sich die Stabilität wesentlich gebessert habe, dank der neu eingeführten Unterstützungseinrichtungen und des Rechtschutzes. Allerdings sei anfänglich nach der Erhöhung der Beiträge ein kleiner Rückgang in der Mitgliedschaft eingetreten, dann aber sei allmählich die Mitgliedschaft, die von 380 auf 289 gesunken war, auf annähernd 700 gestiegen. Die Klassenverhältnisse seien verhältnismäßig recht günstige. Während die erste Generalversammlung so gut wie nichts vorand, habe man jetzt einen Klassenbestand von 5662 M. Die Unterstützungseinrichtungen hätten nicht das gefordert, was man erst annahm. An Arbeitslosen-Unterstützung seien in den drei Jahren seit der ersten Generalversammlung nur etwa 600 M. ausgegeben worden. Es gelang meist mit Hilfe der Arbeitsnachweise, die stellenlosen Kollegen noch innerhalb der vierzehntägigen Karenzfrist wieder unterzubringen. — Die Agitation gestaltet sich insofern schwierig, als vielfach von der Anwaltschaft ein Druck auf die Kollegenschaft dahin ausgeübt wird, dem als sozialdemokratisch verfahrenen Zentralverein fernzubleiben. — Der Zentralvorstand ersucht um Indemnität dafür, daß er dem erst löse angeschlossenen Leipziger Anwaltsgehilfenverein bis zu dieser Generalversammlung besondere Vorrechte einräumte. — An einigen Lohnbewegungen war der Zentralverein beteiligt.

Kaffierer Ebersbach gab den Klassenbericht für die Zeit vom 1. Januar 1902 bis zum 1. Juli 1905. Bestand am 1. Januar 1902 war 215,11 M. Die Gesamteinnahme, einschließlich dieses Bestandes, betrug 15 104,30 M., die Gesamtausgabe 9441,73 M., so daß am 1. Juli 1905 ein Bestand von 5662,06 M. verblieb.

Jaddach, der bis zu seinem Weggange von Berlin Redakteur des Verbandsorgans war, gab eine Uebersicht über die Zeitungsverhältnisse.

Krüger, der Obmann des Ausschusses, berichtete über dessen Tätigkeit. Neben diesem anderen erwähnte er auch eine Beschwerdeangelegenheit Rieger-Spandau, betreffend Berweiterung der Aufnahme eines Artikels Riegers in den „Bureau-Angestellten“, der Anregungen für die Generalversammlung geben sollte und sich auf die Kaiserzeit bezieht. Der Ausschuss (Sig. Dresden) erachtete zwar einige Ausfälle in dem Artikel für nicht gut, war aber der Meinung, daß der Artikel, aus dem ein erfreulicher Idealismus spreche, ruhig hätte gedruckt werden können. Damit wäre die Sache erledigt gewesen, wenn nicht Rieger „das Organ für Zerstörung und Unfrieden“, die „Einigkeit“, benutzte, dort seinen Artikel, ein Schreiben Bauers und die Entschuldigung des Ausschusses zu veröffentlichen. Hier wäre anzunehmen, daß Rieger die Absicht geleitet habe, die Organisation in der Öffentlichkeit herabzusetzen. Das sei jetzt zu mißbilligen und daraus müßten die erforderlichen Konsequenzen gezogen werden.

Auf Anregung des Vorstehenden wird über die Beschwerde selbst unter dem 6. Punkt der Tagesordnung „Agitation und Presse“ näher verhandelt werden. Es wurde dann festgestellt, daß Delegierte aus Berlin, Chemnitz, Dresden, Hamburg, Königsberg, Leipzig, Wandsbeck und Regensburg anwesend sind.

Dann folgten die Diskussion über die Geschäftsberichte, die nicht viel Zeit in Anspruch nahm, und die Schlussworte der Berichterstatter.

Dem Zentralvorstande wurde einstimmig Decharge erteilt. Danach erstatteten die Delegierten Bericht über die Verhältnisse und die Tätigkeit der einzelnen Mitgliedschaften. Es ging auch daraus hervor, daß die werdende Kraft des Zentralvereins stetig zugenommen hat und sich die gegnerischen Verbände seinem Einflusse nicht entziehen konnten. In einzelnen Städten ist es zu gemeinsamem Vorgehen gegen die Mißstände gekommen. In Dresden ist der Arbeitsnachweis ein gemeinsamer. Verschiedene Aktionen haben Verbesserungen im Gefolge gehabt. In Königsberg i. Pr. waren bei der Anwaltskammer Schritte gegen Ueberarbeit getan worden. Die Anwaltskammer wollte nur berechnigte Ausnahmefälle anerkennen. Auf Beschwerden beim Justizminister wurden Erhebungen veranstaltet, und die Folge war die Feststellung der Mißstände und eine Anweisung des Ober-Landesgerichtspräsidenten, die Mißstände abzustellen. — Von einem Leipziger Delegierten wurde in Aussicht gestellt, daß der Leipziger Anwaltsgehilfenverein aus dem bisherigen losen Anschluß an den Zentralverein (Vertragsverhältnis) wahrscheinlich herauszutreten würde, um sich dem Zentralverein als Mitgliedschaft einzufügen. Die Entscheidung liege bei der nächsten Generalversammlung des Leipziger Vereins. — Der Delegierte von Regensburg gab ein Bild von den traurigen Verhältnissen der bayerischen Anwaltsangeestellten. Nach einer Statistik beziehen 108 noch weniger als 50 M. Monatsgehalt, während 150 M. und mehr nur 16 haben. Sogar die Handels- und Gewerbekammer Regensburg zahlt einem Kollegen, der nachhine schreibt, nur 30 M. — Im Anschluß an die Berichte verteilte Bauer darauf, daß in Berlin die Bewegung, besonders die rückhaltlose Kritik der schreienden Mißstände in bestimmten Anwaltsbüros, nach und nach auf die Gehaltsverhältnisse heftend gewirkt und auch einen regelnden Einfluß auf die Arbeitszeit geübt habe. Die Statistik der Ortskrankenkasse zeige dies. Während 1896 nur 12 Proz. der Anwaltsgehilfen über 100 M. Monatsgehalt erhielten, waren es 1901 schon 18 Proz. und 1904 bereits 22 Proz. Und umgekehrt ist der Prozentsatz derer, die weniger als 50 M. Gehalt hatten, gesunken.

Die Stellungnahme zu anderen Berufsverbänden betraf der nächste Punkt der Tagesordnung. Es kam zu einer Ansprache mit dem Vertreter des Verbandes der Verwaltungsbeamten der Orts-Krankenkassen in Sachen der erstrebten Verschmelzung mit diesem Verbande. Die Generalversammlung des Verbandes hat sich nicht für eine Verschmelzung ausgesprochen, sondern nur dafür, daß ein Kartellzusammenschluß angebahnt werden soll mit Organisationen, die auf dem Boden der modernen Gewerkschaftsbewegung stehen. Außerdem hatte der Verband der Verwaltungsbeamten den Anschluß an die Generalkommission beschlossen. Hierzu stellt der Zentralvorstand des Zentralvereins den Antrag, gegen den Anschluß der Verwaltungsbeamten-Organisation an die Generalkommission Widerspruch zu erheben. Bauer begründete den Antrag namentlich damit, daß der Zentralverein der Bureau-Angestellten, dessen Organisationsgebiet die Verwaltungsbeamten der Krankenkassen ebenfalls umfasse und der auch eine größere Anzahl solcher Beamten als Mitglieder habe, die ältere und darum maßgebende Organisation sei.

Die Diskussion wurde recht lebhaft. Die Delegierten, darunter auch die, welche in Kassenstellungen sind, sprachen sich alle für den Antrag des Zentralvorstandes aus. — Siebel als Vertreter des Verbandes der Verwaltungsbeamten warnte davor, den Protest zu beschließen. Das Bestreben des Zentralvereins, schließlich eine Einigung mit dem Verband zu erzielen, würde dadurch nur erschwert werden. Durch Zwang sei eine Fusion nicht zu erzielen.

Schließlich wurde auf Antrag des Zentralvorstandes folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die zweite Generalversammlung des Zentralvereins der Bureau-Angestellten Deutschlands begrüßt es, daß der Verband der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen Deutschlands auf seinem letzten Verbandstag sich auf den Boden der modernen Arbeiterbewegung gestellt hat, indem er Anschluß an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands sucht.“

Die Generalversammlung steht aber nach wie vor auf dem Standpunkt, daß als zuständige gewerkschaftliche Organisation für die Bureau-Angestellten aller Branchen nur der Zentralverein der Bureau-Angestellten in Frage kommen kann.

Die Generalversammlung beauftragt daher den Zentralvorstand gegen den Anschluß des Verwaltungsbeamten-Verbandes an die Generalkommission Widerspruch zu erheben. Sie erklart eine Lösung dieser Angelegenheit in einem Zusammenschluß der beiden Verbände und verpflichtet den Zentralvorstand auf diesen Zusammenschluß nach Möglichkeit hinzuwirken.“

In der Sitzung am Montag wurden zunächst die Angelegenheiten erledigt, die auf die

Stellungnahme zu anderen Berufsverbänden Bezug haben. Es handelt sich hier um zwei Punkte. Der eine betrifft das Zusammengehen mit anderen Organisationen der Bureau-Angestellten. Wie aus dem Referat des Vorsitzenden Bauer hervorgeht, kommt für ein gemeinsames Zusammengehen hinsichtlich der Verbesserung der Lage der Kollegen nur der in Leipzig domizilierende Verband der deutschen Bureaubeamten in Frage. Dieser Verband ist ernstlich bemüht, seine Einrichtungen den Grundgedanken der modernen Gewerkschaftsbewegung anzupassen. Deshalb steht eine Kartellierung mit dem Leipziger Verbande, die auch von demselben angestrebt wird, nichts im Wege.

Diese Angelegenheit wurde ohne erhebliche Debatte durch die Annahme der nachstehenden Resolution erledigt:

Die zweite Generalversammlung des Zentralvereins der Bureau-Angestellten Deutschlands erklart, daß es dringend notwendig ist, die Bureau-Angestellten aller Branchen in eine einheitliche auf gewerkschaftlichem Boden stehende Kampforganisation zu vereinigen.

Um diesem Ziele näher zu kommen und Aktionen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und rechtlichen Lage der Berufsangehörigen mit größerem Nachdruck führen zu können, ermächtigt die Generalversammlung den Vorstand in zweckdienlicher Weise ein solches Zusammenarbeiten herbeizuführen.

Ein dauernder kartellartiger Zusammenschluß kann aber nur mit solchen Berufsorganisationen in Frage kommen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen.

Der andere Punkt, der noch zu erledigen war, betrifft das von anderen Organisationen des Berufes ausgehende Verlangen auf Einführung staatlicher Pensionskassen für die Privatbeamten, die im Anschluß an die gesetzliche Alters- und Invaliditätsversicherung gedacht ist. Die Generalversammlung trat diesen Bestrebungen durch Annahme der folgenden Resolution bei:

Die zweite Generalversammlung des Zentralvereins der Bureau-Angestellten Deutschlands erklart sich mit der bisherigen Unterstützung der Bewegung der Privatangestellten Deutschlands auf eine staatliche Pensionsfürsorge durch den Zentralvorstand einverstanden.

Die Generalversammlung erklart ferner, daß eine solche Fürsorge für den begrenzten Kreis unserer Berufsangehörigen ebenso notwendig ist wie für das Gros der Privatangestellten. Sie betont jedoch ausdrücklich, daß diese staatliche Pensionsfürsorge zu erfolgen hat mittels Ausbaues der bestehenden Sozialgesetzgebung und daß eine derartige Fürsorge nicht geeignet ist, die wirtschaftlichen Interessengegenstände zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufzuheben und daß deshalb der Kampf für eine Verbesserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse nach wie vor nachdrücklich zu führen ist.

Hierauf erfolgte die

Veratung des Unterstützungswesens. Dazu lagen vom Zentralvorstande Anträge vor auf Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung und Gewährung eines Sterbegeldes. Von anderer Seite ist die Gewährung einer Erwerbslosenunterstützung beantragt worden. Nach eingehender Debatte erklart sich die Versammlung im Prinzip gegen die Erwerbslosenunterstützung.

und entschied sich für die Einführung der Krankenunterstützung, des Sterbegeldes, der Kassenunterstützung sowie für den Ausbau der Arbeitslosenunterstützung. Die Beratung der Einzelheiten dieser Unterstützungsart wurde einer Kommission übertragen.

Zunächst ging die Versammlung zur Beratung des nächsten Punktes der Tagesordnung:

### „Presse“

über. Hierzu lag unter anderem ein von drei Mitgliedern gestellter Antrag vor, der eine Beschwerde darüber enthält, daß das Vereinsorgan die von der ersten Generalversammlung gefassten Beschlüsse hinsichtlich der Taktik nicht beachtet, insbesondere daß es keinen Artikel zur Maßfeier gebracht habe. — In der Debatte wurde nur vereinzelt der Standpunkt des Antrages eingenommen. In der Hauptsache kam die Ansicht zum Ausdruck, daß der Zentralverein hinsichtlich der Maßfeier auf dem von der modernen Arbeiterbewegung vertretenen Standpunkte stehe, jedoch sei es mit Rücksicht auf die eigenartigen Verhältnisse und die noch weit verbreitete Rücksichtlosigkeit der Bureau-Angestellten nicht opportun, eine besondere Agitation für die Maßfeier im Vereinsorgan zu betreiben. Der vortehend bezeichnete Antrag wurde hiernach abgelehnt. — Die beantragte Einlegung einer Protestkommission wurde ebenfalls abgelehnt. — Beschlössen wurde, das Organ „Der Bureau-Angestellte“, welches bisher monatlich einmal erschien, zweimal im Monat herauszugeben und die soziale Gesetgebung in einer besonderen Rubrik zu behandeln. — Dem Redakteur soll eine angemessene Entschädigung gewährt werden, deren Höhe die Berliner Lokalverwaltung gemeinsam mit dem Zentralvorstande und dem Ausschuss festzusetzen hat. — Ferner wurde eine Resolution angenommen, welche die Veröffentlichung eines vom „Bureau-Angestellten“ zurückgewiesenen von Nieger-Spandau verfaßten Artikels in dem lokalistischen Organ „Die Einheit“ mißbilligt.

Hierauf legte die Kommission ihre

### Anträge zum Unterstützungswesen

vor, die mit geringen Änderungen angenommen wurden. Es werden danach an Arbeitslose folgende Unterstützungssätze gewährt: Nach einjähriger Mitgliedschaft an Mitglieder unter 20 Jahren 6 M., an Mitglieder über 20 Jahre 10 M. wöchentlich auf die Dauer von 6 Wochen. Nach zweijähriger Mitgliedschaft 8 M. bzw. 12 M. wöchentlich auf die Dauer von 8 Wochen. Nach fünfjähriger Mitgliedschaft die gleichen Sätze auf die Dauer von 13 Wochen.

Krankenunterstützung wird gewährt an Mitglieder, die während der Krankheit kein Gehalt beziehen und zwar nach einjähriger Mitgliedschaft an Mitglieder unter 20 Jahren 4 M., an solche über 20 Jahre 6 M. pro Woche auf die Dauer von 6 Wochen. Dieselben Sätze werden nach zweijähriger Mitgliedschaft auf die Dauer von 8 Wochen, nach fünfjähriger Mitgliedschaft auf die Dauer von 13 Wochen gewährt. Die Unterstützung wird vom Beginn der dritten Krankheitswoche an gezahlt. — Das Sterbegeld beträgt nach einjähriger Mitgliedschaft 50 M., nach fünfjähriger Mitgliedschaft 100 M. — Die Gemahregelungen zur Unterstützung, soll in der einundeinhalbfachen Höhe der Arbeitslosenunterstützung gewährt werden, ohne daß eine Karenzzeit erforderlich ist. In Notfällen soll eine Unterstützung bis zu 30 M. gewährt werden.

Zum folgenden Punkt der Tagesordnung:

### „Gesetzliche Regelung unserer Berufsverhältnisse“

wurden folgende Resolutionen angenommen:

Die Generalversammlung des Zentralvereins der Bureau-Angestellten spricht die Erwartung aus, daß die verbündeten Regierungen endlich dem seit Jahren geltend gemachten Verlangen nach gesetzlicher Regelung unserer Berufsverhältnisse nachkommen und einen dementsprechenden Gesetzentwurf dem Reichstage vor-

legen werden. Der Vorstand wird beauftragt, mit aller Energie die Forderung nach gesetzlichem Schutze dahin geltend zu machen, daß

- a) gesetzliche Bestimmungen zur Regelung der Berufsverhältnisse im Anschluß an die Gewerbeordnung bzw. das Handels-gesetzbuch getroffen werden,
- b) die Gewerbegerichte bzw. die Kaufmannsgerichte,
- c) das Unfallversicherungsgesetz

auf die Bureauangestellten ausgedehnt werden.“ Die Generalversammlung des Zentralvereins der Bureau-Angestellten Deutschlands tadelt aufs Schärfste die Verzögerung der von uns seit Jahren geforderten gesetzlichen Regelung unserer Berufsverhältnisse durch die Regierung bzw. die gesetzgebenden Körperschaften.

Die Generalversammlung beurteilt insbesondere die von der Regierung unter Ausschluß der Öffentlichkeit bewirkten Erhebungen über unsere Berufsverhältnisse durch Befragung der Vorstände der Anwaltskammern. Diese Erhebungen können naturgemäß nur einseitige Resultate aufweisen.

Die Generalversammlung spricht deshalb jenen Erhebungen jeden Wert ab und fordert von der Regierung ausdrücklich die unverzügliche Vornahme von schriftlichen und mündlichen Erhebungen durch den Beirat für Arbeiterstatistik.“

Die nun folgende Statutenberatung zeitigte eine längere Debatte. Das Ergebnis derselben war die Annahme einiger Änderungen, deren wesentlichste die folgenden sind: Außer den bisherigen Beitragsklassen (1,20 M. monatlich für Mitglieder über, 0,80 M. für solche unter 20 Jahren) wird eine dritte Klasse zu 0,40 M. monatlich für Mitglieder bis zu 17 Jahren eingerichtet, die aber keinen Anspruch auf Unterstützungen hat. — Die Aufnahmegebühr fällt fort. Zwei Sechstel der Einnahmen sind für Unterstützungszwecke zu verwenden, ein Sechstel verbleibt den Lokalverwaltungen. — Ferner wurde beschlossen, daß zu geeigneter Zeit ein Kongreß der Berufsangehörigen veranstaltet werden soll.

Der nächste Punkt der Tagesordnung lautete:

### „Die Frauenarbeit in unserem Beruf.“

Der vorgeleitete Zeit wegen wurde von der Erstattung eines Referats abgesehen und ohne Debatte folgende Resolution angenommen:

Die durch den Wettbewerb der Frau hervorgerufenen schädigenden, die Bezahlung der Männerarbeit herabdrückenden Wirkungen sind einzig und allein durch Erziehung und Organisierung der weiblichen Angestellten zu bewähren. Die Generalversammlung fordert darum alle weiblichen Bureau-Angestellten auf, sich dem einzigen ihnen offen stehenden Berufsvereine, dem Zentralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands, anzuschließen.“

Als letzter Punkt der Tagesordnung erfolgten die Wahlen zum Zentralvorstand. Der Sitz desselben bleibt in Berlin. Gewählt wurden als Vorsitzender Bauer, als Redakteur Lehmann. — Als Sitz des Ausschusses wurde Dresden bestimmt.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Nach einer Schlußrede des Vorsitzenden wurde die Generalversammlung mit einem Hoch auf den Zentralverein und die moderne Arbeiterbewegung geschlossen.

## Gerichts-Zeitung.

Im hohen Maße geistig minderwertig — doch nicht ganz unzurechnungsfähig! Auf verächtlichen Wuch war ursprünglich das gegen den Schlächtergesellen Otto Schirrmann eingeleitete Verfahren gerichtet, welches schließlich zu einer Anklage wegen Körperverletzung

mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung geführt hat. Schirrmann wurde gestern unter dieser Beschuldigung der Ferienstrafkammer des Landgerichts II aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Der Angeklagte, ein schon vielfach vorbestrafter Mensch, heiratete, als er 1902 eine längere Fuchthausstrafe verbüßt hatte, die unberechnete Marie Berg. Diese führte einen lieblichen Lebenswandel, war dem Trunke ergeben und der Polizei als Prostituierte bekannt. Der Angeklagte behauptete gestern vor Gericht, daß er versucht habe, seine Frau auf ordentliche Wege zu bringen, daß ihm dies aber nicht gelungen sei. Schirrmann wurde eines Tages wegen der Zuhälterdienste, die er seiner eigenen Frau geleistet haben sollte, zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt und dann noch ins Arbeitshaus geschickt. Auch seine Frau wanderte ins Arbeitshaus, von wo aus sie in brieflichen Verkehr miteinander trat. Der Angeklagte wurde am 14. März aus dem Arbeitshaus entlassen, drei Wochen später erlangte seine Ehefrau die Freiheit wieder und zog wieder zu ihm. Am 2. Mai nachts gegen 1 Uhr traf er sie in stark angetrunkenem Zustande am Mahlsack-Wege. Der absteigende Schirrmann bemerkte, daß die beiden eine heftige Auseinandersetzung hatten und handgreiflich wurden. Der Schirrmann hörte, wie der Angeklagte seiner Frau u. a. zurief: „wenn Du ins Wasser fiegst“, er sah, wie er sie plötzlich hochhob und sie über das Geländer hinweg ins Wasser stürzte. Unmittelbar darauf ertönten auch gellende Hilferufe aus dem Kanal herauf und als nun der Schirrmann hinzueilte, sprang der Angeklagte auf einem dort anliegenden Rahm, packte die Frau und suchte sie aus dem Wasser zu ziehen. Zwei Arbeiter der Straßeneinigung, die von dem Lärm herbeigelaufen waren, befreiten schließlich den Rettungsaktes schie die letztere wiederholt aus Leibeskräften, „daß ihr Mann sie habe erdrosselt wollen“. Der Angeklagte behauptete im gestrigen Termin, daß er infolge der langen Freiheitsstrafen, die er verbüßt, sehr nervös sei. Er habe seine Frau in jener Nacht in einem unsagbar betrunkenen Zustande am Mahlsack-Wege angetroffen und da sie sich mit aller Gewalt dort in den Not habe legen wollen, habe er sie hochgehoben und auf das Hofgeländer gesetzt. Dabei müsse sie wohl das Gleichgewicht verloren haben und über die Böschung in das Wasser gestürzt sein. — Nach dem Gutachten des Gerichtsarztes Dr. Marks ist der Angeklagte ein erblich stark belasteter, mindertätiger, durch Alkoholgenuss entarteter Mensch. Sein Vater ist i. J. 1870 wegen Widerstandes und Hehlerei vor dem Feinde zum Tode verurteilt, aber begnadigt worden, dann der Weisheitskur verfallen und fristet jetzt als Harmonikspieler sein Leben. Der Angeklagte selbst, der eine Narbe auf der Stirn hat, hat sowohl im Fuchthaus, als auch im Untersuchungsgefängnis Zustände auserwählter Verwirrtheit gezeigt, er ist geistig im hohen Grade minderwertig, seine Zurechnungsfähigkeit aber nicht ganz aufgehoben. — Der Staatsanwalt hielt die Schuld des Angeklagten im Sinne der Anklage für nachgewiesen und beantragte mit Rücksicht darauf, daß er erregt war und der Frau der größere Teil der Schuld beizumessen ist, 9 Monate Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte auf 8 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 3 Monaten Untersuchungszeit.

Wann wird wohl die akute Berrücktheit dieses Menschen zu einer chronischen werden?

Wasserstand am 2. September. Elbe bei Kuffa — 0,29 Meter, bei Dresden — 1,66 Meter, bei Magdeburg + 0,74 Meter. — Unstrut bei Ertrahfurt + 1,30 Meter. — Oder bei Ratibor — Meter, bei Bredlau Oberpegel — Meter, bei Bredlau Unterpegel — Meter, bei Frankfurt + 0,84 Meter. — Weichsel bei Grabenmünde + 2,22 Meter. — Warthe bei Posen — Meter. — Reghe bei Uch — Meter.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am Freitag, den 1. d. M., verstarb unser Mitglied, der Schneider **Emil Moldenhauer**, Strellitzerstr. 71.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 5. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Neute nachmittags 4 Uhr verschied nach schwerem Krankenlager mein innigstgeliebter Mann, unser herzenguter Vater, Schwiegervater und Großvater, der Restaurateur **Wilhelm Grüneberg** im 57. Lebensjahre.  
Dies zeigen tiefbedrückt am **Augusto Grüneberg geb. Harzer**, Oskar Grüneberg und Frau Anna geb. Lindow, Karl Schloiff und Frau Ella geb. Grüneberg, Fritz Strolow und Frau Anna geb. Grüneberg.  
Berlin, den 2. September 1905.  
Llegnitzerstr. 25.

**Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.**  
**Nachruf.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schantwirt **Gustav Dühring** (1. Bezirk) verstorben ist. 295/10  
Ehre seinem Andenken!  
**Der Vorstand.**

**Dankfagung.**  
Allen Freunden und Bekannten, die meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, Schwiegermutter und Großmutter das letzte Geleit gegeben, sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank.  
**Ernst Schill nobst Familie.**  
**Zahn-Klinik.** Preis beliebige Teilzahlung. Invalidentstraße 145.  
**Olga Jacobson,**

**Gänsefedern 60 Pf.**  
je 1/2 Pfund (gelblich zum Käufen).  
Schlachtsfedern, wie sie v. d. Gans fallen, mit allen Daunen M. 1,50, halbfertiger Gänseputz M. 2,00, bessere Gänsehalbdunen M. 2,50, 3,00, beste schwedische M. 3,50, russische Daunen M. 3,50, weisse böhm. Daunen M. 5,00, erdfeine Federn M. 1,50, 2,00, 2,50, Prima geriffelte M. 3,00, 3,50, Versand gegen Nachnahme.  
**Gustav Lustig,** Berlin S., Erls. Weißfedernfabrik m. städt. Betriebe, Dierke Anrechnungsbüro.

**Für Vereine etc.**  
Sonnabend, 4. und 11. November, sind Säle zu Festlichkeiten noch frei.  
**Buss' Salon,** Gr. Frankfurterstraße 85.  
**Feys Gesellschaftshaus**  
Brunnenstr. 184.  
In Versammlungen und Vergnügungen empfehle meinen Saal, bis 500 Pers. fassend. Sonntag, 26. 11. (Totensonntag), ist noch zu vergeben. 10633\*

**Todes-Anzeige.**  
Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß mein lieber Mann, unser guter Vater und Großvater, der Arbeiter **Friedrich Henschke** am 2. d. M., abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, verstorben ist. 18356  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Pauls-Kirchhofes in Wlakensee aus statt.  
Die trauernde Witwe nebst Kindern, Grünhaldenstr. 8.

**Vereinigung der Maler, Lackierer, Aufstreicher.**  
(Filiale Berlin.)  
**Todes-Anzeige.**  
Am Freitag, den 1. September, starb nach langem Krankenlager unser langjähriger Mitglied **Karl Spreer.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 5. d. M., nachmittags 9<sup>1/4</sup> Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes, Krugsteige in Wlakenberg, aus statt. 125/9  
Die Ortsverwaltung.

**Verhandl. d. Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften Deutschlands.**  
Bezirksgruppe Berlin-Brandenburg.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Bernhard Lillinger** am 1. d. M. verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 5. September, nachmittags 5<sup>1/2</sup> Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Friedhofes, Landsberger Allee, aus statt. 293/7  
Zahlreiche Beteiligung erwartet **Der Vorstand.**

**Anhaltische Kohlenwerke**  
ANHALTISCHE KOHLENWERKE Mariengrube  
„mit dem Kleeblatt“  
**Altrenommierte Briquets** bester Qualität  
aus den 201/15\*  
Anhaltischen Kohlenwerken Mariengrube, Senftenberg.

**Wer-Stoff-hat,** fertige Herrenanzug, 20 M., ohne Konkurrenz, feinste Zutat, 2 Knir, für guten Sitz belam gold. Medaille. **Ludwig Engel, Preussischestraße 23, II.** (Alexanderplatz). — Begründet 1892. 10633\*

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am Sonnabend, den 2. d. M., verstarb unser Mitglied, der Arbeiter **Friedrich Henschke** Grünhaldenstr. 8.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des neuen Pauls-Kirchhofes in Wlakensee aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.** 240/6

**Todes-Anzeige.**  
Am 2. d. M. entließ nach langem schwerem Leiden unser werter Sportgenosse und Ehrenmitglied **Karl Schuchholz.**  
Wir verlernen in demselben ein äußerst tüchtiges Mitglied und werden seiner stets in Ehren gedenken. 41822  
Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Thomas-Kirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.  
Freie Vereinigung d. Tourensogler „Grünau“.

**Dankfagung.**  
Für die herzliche Teilnahme sowie zahlreichen Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Restaurateurs **Hermann Vits** sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Gesangsverein „Solidarität“ für den erhebenden Gesang, dem Verband der Buchdrucker-Druckarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Berlin, Zuhälter II, den Stammgästen und allen denen, die mir in meinen schweren Stunden zur Seite gestanden haben, sowie den Direktoren der Branerrien Friedrichshain, Oswald Berliner und Wlener meinen herzlichsten Dank. 13275  
Die trauernde Witwe **Berta Vits geb. Papke.**

**H. & P. Uder,** Berlin SO. 10, Engel-Ufer 5.  
**Tabak-Großhandlung u. Tabakfabrik.**  
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.  
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.  
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.  
Sämtliche bekannten **Zigaretten zu Originalpreisen.**  
Amt 4, 3014.

**Versuchten Sie schon**  
das darmeinstufige u. absolut konkurrenzlose Mittel zum Aus- oder Umverändern des Knabens, Mädchen, Damen- und Herren-Garben, Vorlieber, Gardinen, Vorhänge, Bänder, Spitzen etc.? Eine anderleichte Anwendung, kein Wärfen an Haut oder Unterzeug, saubere Hände und Töpfe sind Annehmlichkeiten, die Ihnen kein anderes Hausmittel bietet. Alle Farben und untereinander mischbar und deshalb sehr, auch die neueste Färbung bei einigem Farbenverändern sofort herzustellen. Die geliebten Stoffe sind wachst. **Dr. Ed. Arnold's**

Hiermit allen Bekannten und Verwandten die betrübende Nachricht, daß unsere teure Mutter, Schwieger- und Großmutter, Frau **Auguste Schmidt,** geb. Horn, am Sonntag, den 3. September, abends, infolge Herzschlages ganz plötzlich verstorben ist. 13115  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. September, nachmittags 4<sup>1/2</sup> Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakob-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

**Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer,** nur Mariannen-Straße 2.  
Bereits-Kränze, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Girlande usw. werden fein u. preiswert geliefert.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben unergeliebten Mannes, unseres herzensguten Vaters, des Maurers **Robert Harder** sagen wir allen Teilnehmern unseren tiefgefühltesten Dank.  
Die trauernde Witwe **Anna Harder** nebst Kindern. 13365  
**Dr. Schönemann,** Spezial-Arzt für [41022\*] Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten, Soyolstr. 9, dicht am Spittelmarkt. Boyentags 1/2, 12-1/2, 3, 1/2, 6-1/2, 8.

Die **Möbel-Fabrik** von 30780\*  
**A. Schulz, 5 Reichenbergerstr. 5**  
empfiehlt Wohnungs-Einrichtungen von 210-10 000 M. in nur anerkannt gediegener Ausführung in jeder Holz- und Metallart sowie auch Polsterwaren eigener Fabrikation zu äußerst billigen Preisen. Erzeugt reelle und gewissenhafte Bedienung. Kulante Zahlungsbedingungen. Tel. Amt IV 6877.

**Schottland - Farbseife**  
erhalten Sie in den einschlägigen Geschäften a 30 u. 50 Pf. **Dr. Ed. Arnold,** Chemische Fabrik, Berlin C. 54, Sophienstr. 8.  
**Carra** ist die beste ägypt. Cigarette der Welt

### Orts-Kassenkasse Lichtenberg.

#### Einladung zur Wahlversammlung.

In Gemäßheit der §§ 51, 51a in Verbindung mit den §§ 65 und 71 der Reichsgesetze finden im Monat September 1905 die **Neuwahlen der Delegierten zur Generalversammlung** für die Periode vom 1. Oktober 1905 bis 31. September 1907 statt.

Wahlberechtigt sind die Mitglieder der Kassenmitglieder, die großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Die Wahlen finden in getrennten Wahlgängen (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) statt.

Zur Vornahme der Wahlen laden wir die Herren

**Arbeitgeber**  
zum **Mittwoch, den 13. September 1905**, abends von 6-8 Uhr, in das Lokal der Herren Gehr. Arnold, Frankfurter Chaussee 5 (Zimmer rechts vom Ausgang), hiermit ergeben ein.

Die Herren **Arbeitnehmer**, Kassenmitglieder, die in zwei Wahlabteilungen wählen, laden wir zur Vornahme der Wahl, die I. Wahlabteilung, umfassen die Betriebe Müll der Gürtelstraße, der Dorfstraße und des Weichenberger Weges, ausschließlich der drei genannten Straßen, sowie die Kassenmitglieder, die in Wilhelmshagen beschäftigt sind, zum **Donnerstag, den 14. September 1905**, abends von 5<sup>1/2</sup> bis 8<sup>1/2</sup> Uhr, in das Lokal von Gehr. Arnold, Frankfurter Chaussee 5.

Die II. Wahlabteilung, umfassen die Betriebe in der Gürtelstraße, der Dorfstraße und des Weichenberger Weges sowie den Ortsteil westlich dieses Straßenzuges zum **Freitag, den 15. September 1905**, abends von 5<sup>1/2</sup> bis 8<sup>1/2</sup> Uhr, in das Lokal von Gehr. Arnold, Frankfurter Chaussee 5, hiermit ergeben ein.

Die Kassenmitglieder, die Ihre Beiträge selbst zahlen (freiwillige Mitglieder) wählen in der Abteilung, in der Ihre Wohnung gelegen ist.

Die Arbeitgeber haben aus ihrer Mitte

37 Delegierte, die Kassenmitglieder der I. Wahlabteilung  
45 Delegierte und 24 Erfahrmänner, die Kassenmitglieder der II. Wahlabteilung

30 Delegierte und 15 Erfahrmänner mittels geheimer Wahl zu wählen.

Die Wahlhandlung wird pünktlich eröffnet und gilt als Legitimation für die Kassenmitglieder das Mitgliedsbuch oder Karte.

Für die Arbeitgeber die letzte Beitragsquittung.

Zur zahlreichen Beteiligung einladend

Der Kassenvorstand.  
P. Lovyn, I. Vorsitzender.

### Kranken- und Begräbniskasse des Vereins der deutschen Kutscher und verwandter Berufsgenossen.

(Eingel. Nr. 53 zu Berlin.)  
Montag, den 6. November,  
abends 8<sup>1/2</sup> Uhr:

#### Ordentl. General-Versammlung

Große Frankfurterstr. 47.  
Der Vorstand. 1317b  
A. G. u. M. u. S.

Namen eingetragten 10 Pf. mehr.  
**Neuheit! Gefährlich geschützt!**  
**Blitz-Geldbörse** mit 3 Rollen aus Messing, hochseid verwickelt, bequem in die Westentasche zu fassen. Die einfachste und bequemste aller Geldbörsen, kein Herumfallen, kein Verwechseln des Geldes. Nur einen Druck u. das gewünschte Geld fällt sofort automatisch heraus.

Garantioschein.  
Retournahme in 30 Tagen, wenn nicht gefällt.



Nur bei uns zu haben.

**Kirberg & Comp.** in Foche bei Solingen.

Bestes Fabrikationsgeschäft  
Solinger Stahlwaren mit Versand direkt an Private.  
Widerverkauf hohe Provision.

Dr. Lell wohnt jetzt:  
Rosenthaler-Strasse 26 II.  
Spezialarzt für Haut-, Horn- und Geschl.-Leiden.  
11-2 u. 8. Sonntag 11-3.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.  
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.  
10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.

Arbeitsnachweis: Zimmer 34, Amt 4, 3353.

### Achtung! Rohrleger und Helfer!

Diejenigen Kollegen, welche bei organisierten Unternehmern arbeiten und nicht nach dem neuen Tarife bezahlt werden, ersuchen wir, dies sofort in unserem Bureau zu melden. Diejenigen Kollegen, welche bei nicht organisierten Unternehmern arbeiten, werden ersucht, darauf zu sehen, daß der Tarif unterschrieben wird. Sollte sich der Unternehmer weigern, die Unterschrift zu leisten, ersuchen wir, uns die Firmen und die von der Firma in Arbeit genommenen Bauern sofort mitzuteilen, damit beides veröffentlicht werden kann.

Die Ortsverwaltung.

Berantw. Redakteur: Paul Dätmer, Berlin. Für den Informatenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

## Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Osten.  
Dienstag, 5. September, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im „Elysium“, Landsberger Allee 40/41:  
**Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
Bertrag des Genossen Th. Glöde über: „Unsere Bewegung und unsere Ziele“. Diskussion. Verschiedenes.  
Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste willkommen.  
Um zahlreichen Besuch bitten  
244/14\* Der Vorstand.

## Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 5. September, abends 8 Uhr:  
**General-Versammlung**  
in den Germaniasälen, Chausseest. 103.

Tages-Ordnung: 1. „Weltanschauung und Taktik des Proletariats“ (Generalstreik).  
Referent: Dr. R. Friedeberg. Korreferent: Genosse Georg Ledebour.  
2. Diskussion.  
Mitgliedsbuch legitimiert. — Zahlreichen Besuch erwartet  
244\*

NB. Den Genossen zur Kenntnisnahme, daß zum 16. September von der Vorstadt „Wedding und Orlanburger Vorstadt“ ein Herbstfest veranstaltet ist. Desgleichen ist zum 23. September ein Kunstabend seitens der „Schönhauser Vorstadt“ arrangiert.  
D. D.

## Deutscher Buchbinder-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)  
Morgen, Mittwoch, 6. September, abends präzis 1/9 Uhr, bei Buggenhagen  
(im großen Saal) am Moritzplatz:

### Anßerordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Wahl eines Bureaubeamten. 2. Beratung des neuen Ortsstatuts.  
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Wir ersuchen alle Mitglieder, in dieser wichtigen Versammlung pünktlich und vollzählig zu erscheinen.  
Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

**Reste.**  
Kostumstoffe  
Mantelstoffe  
Konfektion.  
Jackets  
Röcke  
Blusen  
C. Pelz  
Kottbuserstr. 4

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.  
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.  
Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.  
Mittwoch, den 6. d. M., abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Gewerkschaftshause,  
Engel-Ufer 15 (Saal VII): 122/13

### Versammlung der Drahtarbeiter Berlins u. Umgegend.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Cohen. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der  
Branchenkommission. 4. Verbandsangelegenheiten.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Die Ortsverwaltung.

## Arbeitervertreter-Verein Berlin.

Donnerstag, 7. d. M., abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Gewerkschaftshause,  
Engel-Ufer 15:

### Anßerordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:  
Fortsetzung der General-Versammlung vom 3. August d. J. eventuell  
Beschlußfassung über das Weiterbestehen des Vereins und Neuwahl des  
Vorstandes und der Revisoren.  
Es ist Ehrenpflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung  
zu erscheinen.  
Der Vorstand.  
J. U.: F. Pionisch, Vorsitzender, Gartenstr. 61.

## Tapezierer.

Mittwoch, den 6. September, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, bei Wendt  
(großer Saal), Beuthstr. 20:

### Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Einführung der Hauskassierung. 2. Verbandsangelegenheit.  
Kollegen! Erscheint Mann für Mann, da die Tagesordnung eine  
überaus wichtige ist.  
Die Verbandsleitung.

### Achtung! Bauhandwerker! Achtung!

Für die in der  
Treppengeländerbranche beschäft. Arbeiter  
gegeben. — Da häufig die getroffenen Vereinbarungen durchbrochen werden,  
bitten wir die in Frage kommenden Bauhandwerker, überall die Vorzeigung  
der Karten zu verlangen.  
Die Branchenkommission des Holzarbeiter-Verbandes.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin: Engel-Ufer 15.  
Arbeitsnachweis: Zimmer 34, Amt 4, 3353.  
Hauptbureau: Zimmer 1-5, Amt 4, 9679.

### Achtung! Rohrleger und Helfer!

Diejenigen Kollegen, welche bei organisierten Unternehmern arbeiten und nicht nach dem neuen Tarife bezahlt werden, ersuchen wir, dies sofort in unserem Bureau zu melden. Diejenigen Kollegen, welche bei nicht organisierten Unternehmern arbeiten, werden ersucht, darauf zu sehen, daß der Tarif unterschrieben wird. Sollte sich der Unternehmer weigern, die Unterschrift zu leisten, ersuchen wir, uns die Firmen und die von der Firma in Arbeit genommenen Bauern sofort mitzuteilen, damit beides veröffentlicht werden kann.

Die Ortsverwaltung.

Berantw. Redakteur: Paul Dätmer, Berlin. Für den Informatenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 6. September, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr:  
**Vertrauensmänner-Versammlungen:**

Tagesordnung in allen Versammlungen:  
Besprechung über die Aufnahme einer Statistik und Ausgabe  
des Materials hierzu.

**Nordosten:** bei Mann, Straußbergerstr. 3.  
**Osten I, Osten II:** bei Litka (Gesellschaftshaus „Osten“),  
Memelerstr. 67.

Tagesordnung: 1. Bericht der Obleute. 2. Werkstattangelegenheiten.  
3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

**Rosenthaler Vorstadt:** bei Wilke, Brunnenstraße 188.  
Tagesordnung: 1. Bericht der Werkstattkontrollkommission. 2. Werk-  
stattangelegenheiten. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

**Schönhauser Vorstadt:** bei Wernau, Schwedterstr. 23/24.  
Tagesordnung: 1. Bericht der Werkstattkontrollkommission. 2. Werk-  
statt- und Verbandsangelegenheiten.

**Wedding und Gesundbrunnen:** bei G. Milbrod,  
Müllerstraße 7.  
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Verbands- und Werkstatt-  
angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

**Moabit:** bei Nagel, Ostfischstr. 10.  
Tagesordnung: 1. Bericht des Obmannes. 2. Bericht der Vertrauens-  
männer. 3. Verbands- und Werkstattangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

**Westen und Süd-Westen:** bei Habel, Bergmannstr. 5-7.  
Tagesordnung: 1. Bericht der Werkstattkontrollkommission. 2. Bericht  
der Werkstattvertrauensleute. 3. Verschiedenes.

**Süden:** bei Glesing, Wassertorstr. 68.  
Tagesordnung: 1. Bericht der Werkstattkontrollkommission. 2. Ver-  
bands- und Werkstattangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Diejenigen Kollegen, welche in Rixdorf arbeiten, in der Zahl-  
stelle Berlin angehören, sind verpflichtet, einen Vertrauensmann zu ent-  
senden.  
Der Obmann.

**Südosten:** bei Muss, Mantelstr. 95.  
Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Kommission. 2. Werk-  
stattangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

**Bezirk Friedrichsberg:** bei Wildner, Friedrich  
Karlstraße 11.  
Tagesordnung: 1. Bericht des Obmannes. 2. Werkstattangelegenheiten.  
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Im Gewerkschaftshause, Saal V:  
**Brande der Musikinstrumentenarbeiter.**

Tagesordnung: 1. Die gedenken wir in diesem Jahre die beginnende  
gute Geschäftslage auszunutzen? 2. Unsere Statistik. 3. Bericht der  
Kommission und Verschiedenes.

Jede Werkstatt muß vertreten sein.  
Die Branchenkommission.

## Möbelpolierer.

Für **Osten** bei Kubat, Blumenstraße 38.  
Für **Südosten** bei Deier, Stollherstraße 22.  
Für **Norden** bei Maack, Brunnenstraße 96.

Jede Werkstatt muß vertreten sein!  
Hiermit mache ich den Kollegen bekannt, daß die Zahlstelle von Tschadisch,  
Kammanstr. 6, nach Stollherstr. 22 bei Deier verlegt worden ist. Die  
Kollegen des Südostens mögen diese Zahlstelle als Verzeichnistotal betrachten.

## Bilderrahmenmacher

bei Ladewig, Alte Jakobstr. 83.  
Die Kommission erscheint um 7<sup>1/2</sup> Uhr.

## Branche der Stellmacher

bei Pfeffer, Rosenthalerstr. 57.  
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Bericht der Vertrauens-  
leute. 3. Verschiedenes.

## Branche der Korbmacher

bei Krause, Kopenstraße 41.  
Tagesordnung: 1. Branchenangelegenheiten. 2. Verschiedenes.  
Jede Werkstatt muß vertreten sein. Der Obmann.

## Branche der Kistenmacher

bei Baudach, Breslauerstr. 28.  
Jede Werkstatt muß vertreten sein.

## Bürstenmacher

bei Pfeffer, Rosenthalerstr. 57.  
Jede Werkstatt muß durch einen Kollegen vertreten sein.

## Kammacher.

Kommissionssitzung mit den Vertrauensmännern  
Kopenstraße 41.  
Jede Werkstatt muß vertreten sein.

## Stockarbeiter

bei Barinz, Brandenburger Ufer 7.

## Drehfleser und Treppengeländerbranche.

**Osten:** bei Krause, Kopenstraße 41. 89/15  
**Norden:** bei Bergmann, Brunnenstr. 79.

**Südosten und Westen:** bei Stramm, Ritterstraße 123.  
Tagesordnung: 1. Aufnahme der Statistik. 2. Bericht der Kommission.  
3. Werkstattangelegenheiten. 4. Verbandsangelegenheiten. 5. Verschiedenes.

Jede Werkstatt muß vertreten sein; auch die in Tschadisch be-  
schäftigten Drehfleser haben einen Delegierten zu entsenden. Aus Treppen-  
geländer-Beschäftigten hat jede Branche einen Delegierten zu entsenden.  
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt-Paul Singer & Co., Berlin SW







Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Am Sonntag, den 10. d. M., hatten folgende Gesangsvereine in der Philharmonie ein Vergnügen ab: „Constantin“, „Eintracht“, „Euterpe“, „Hermann“, „Vornblume“, „Liederverein“, „Lombogardia“ und „Pensioio“.

Berliner Nachrichten.

Wie ein Sozialdemokrat bestattet wird.

Das Beamte der Kirche die Ruhestatt der Toten zum Tummelplatz ärgernisregender Ausritte machen, haben wir in der letzten Zeit leider mehrfach mitteilen müssen. Rüstler oder Totengräber glauben wunder was zu tun, wenn sie mit herausfordernden Worten von sozialdemokratischen Leidtragenden die Entfernung roter Kranzschleifen verlangen.

Der Leichenzug war mittlerweile am Grabe angelangt, die Kränze wurden niedergelegt und die Sponder sprachen in kurzen Worten ihre Widmung aus. Während so die Würde des feierlichen Augenblicks wiederhergestellt wurde, eilte der Totengräber zu einem Gendarmen, damit dieser den Namen unseres Parteigenossen Thöns vom Zentralverband der Maurer notiere.

Unsere Parteigenossen werden sich nicht sonderlich über die Frage aufregen, ob die Kirchenbehörde dem Friedhofsbeamten beisteht oder ob sie ihm bedeutet, daß ein Vernehmen, wie das bei dieser Beerdigung an den Tag gelegte, der Kirche tiefere Wunden schlägt als alle atkeijische Agitation und daß es mit solchen Ungehörigkeiten daher schon im Interesse der Religion endlich einmal ein Ende haben müsse.

Das eine werden sich die Vertreter und Beschützer der Kirche allerdings merken müssen, daß es nicht die Sozialdemokraten sind, die in solchen Fällen nachgeben.

Die Prüfung der Gemeindevählerliste wurde diesmal von den Wählern in einem Umfang vorgenommen, wie wohl nie zuvor in Berlin. Wir haben schon Anfang August mitgeteilt, daß in der Zeit vom 15.—30. Juli über 21 000 Personen die Liste eingesehen haben.

Nicht weniger als 80 Wähler, die zwar in der Liste standen, aber nicht völlig genau bezeichnet waren, haben Verichtigung der irrigen Personalien verlangt.

Obenein hätten diese Wähler auch noch in den Verdacht eines Versuches der Wahlkäufung kommen können. Auch die Korrektur der Wohnungsangaben ist angehts der „Genauigkeit“ mancher Wahlvorsteher keineswegs überflüssig.

Unter den 238 Anträgen auf nachträgliche Aufnahme in die Wählerliste, die zu Unrecht unterblieben sei, sind nur 44, die der Magistrat als begründet ansieht.

Mancher Wähler wird hoffentlich aus diesem und jenem eine Lehre für später entnehmen, damit es ihm nicht zum zweitenmal passiert, daß er um sein Wahlrecht kommt.

Die Sedanfeier ist am Sonnabend vom Hauptverband Berliner Kriegervereine in verschiedenen Lokalen begangen worden.

Warum haben nun in Berlin die Kriegervereine ihren in den Vororten betätigten Grundbesitzer schurktrads entgegen gehandelt, warum brachten sie in demselben Raum, wo am Tage vorher vielleicht noch ein sozialdemokratischer Vortrag gehalten wurde, ihre patriotischen Hochs aus?

Die Fleischnot im Rathaus. Von seiten der Fraktionen der Linken, der Freien Fraktion und der Neuen Linken der Berliner Stadtverordneten-Versammlung ist heute durch die Stadtverordneten Cassel, Rommsen und Kreiting der folgende dringliche Antrag bei der Stadtverordneten-Versammlung eingebracht worden:

Unter dem Einfluß der Fleischteuerung hat in Berlin die Zunahme des Pferdefleischverbrauchs, die im zweiten Vierteljahr von 1905 so frappant hervorgetreten war, auch im Juli noch fortgedauert.

Arge Beklemmungen scheinen die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen bei einer Gruppe freisinniger Herborzuzuführen, über die nicht die Gnadenföhne des Herrn Jacobi und seiner Wahlmacher strahlt.

Erst Ullmann, Rechtsanwalt Dr. Wieber unterzeichnet ist, wird darauf hingewiesen, daß sich die Wahl einer erheblichen Anzahl liberaler Kandidaten nur mit äußerster Anstrengungen ermöglichen lasse.

Die dritten Abteilungen werden aufs festigste von der Sozialdemokratie angegriffen werden, und die ersten, vor allem aber die zweiten Abteilungen den Ansturm der antisemitisch-konserverativen Koalition auszuhalten haben.

Der Stadtkämmerer und Stadtrat Naack hat mit seinem Pensionsantrag zugleich ein Urlaubsgesuch an den Oberbürgermeister eingereicht, so daß er, da das letztere genehmigt worden ist, seine Dienstgeschäfte überhaupt nicht wieder aufnehmen wird.

Ein vaterländisches Trauerspiel, dessen Ende noch niemand abzusehen vermag, ist die diesjährige Herbstparade. Am Sonnabend wurde sie wegen schlechten Wetters abgesetzt, nachdem ihr die Schulen bereits ihre Sedanfeier hatten opfern müssen.

Wenn ein Chinese stirbt. Auf dem Luisen-Kirchhof in Charlottenburg wurde am Sonntag die Leiche eines Chinesen beigelegt. Der Legationsrat Lingtsuhai in Berlin war gestorben.

Die Leiche wurde am Sonntag in Aussicht genommen. Auch dieser Plan mußte wegen der Ungunst der Witterung wieder aufgegeben werden, doch scheint man nicht rechtzeitig alle Schulen davon benachrichtigt zu haben, daß nun der Unterricht am Montag nicht ausfallen brauchte.

Wenn ein Chinese stirbt. Auf dem Luisen-Kirchhof in Charlottenburg wurde am Sonntag die Leiche eines Chinesen beigelegt. Der Legationsrat Lingtsuhai in Berlin war gestorben.

Die Leiche wurde am Sonntag in Aussicht genommen. Auch dieser Plan mußte wegen der Ungunst der Witterung wieder aufgegeben werden, doch scheint man nicht rechtzeitig alle Schulen davon benachrichtigt zu haben, daß nun der Unterricht am Montag nicht ausfallen brauchte.

Eine suchtbare Schredenskat wird uns aus Roabit gemeldet: In der Vergeßlichkeit verlor gestern nachmittags die in der Wittföderstraße 20 wohnhafte Frau des Arbeiters Schmeinta erst ihren drei Kindern und dann sich selbst das Leben zu nehmen.

Eine suchtbare Schredenskat wird uns aus Roabit gemeldet: In der Vergeßlichkeit verlor gestern nachmittags die in der Wittföderstraße 20 wohnhafte Frau des Arbeiters Schmeinta erst ihren drei Kindern und dann sich selbst das Leben zu nehmen.

gekommen und mit seiner Frau in Streit geraten. Während der Nacht sah Frau Sch. einen furchtbaren Entschluß. Um dem traurigen Dasein zu entfliehen, wollte sie in den Tod gehen. Von den Kindern, an denen sie mit großer Liebe hing, vermochte sie sich jedoch nicht zu trennen. Sie wollten mit ihr vereint sterben. Das jüngste Kind ist ein vierjähriges Mädchen mit Namen Martha. Dann folgte der sechsjährige Sohn Kurt und der achtfährige Sohn Alfred. Gestern morgen schickte die Mutter ihre Kinder wie gewöhnlich zur Schule. Daraus machte sie die Wohnung sauber und verließ diese dann. Einer Nachbarin gegenüber fragte die Arme ihr Leid. Später begab sich die Arbeiterfrau nach einer Drogerie und holte dort eine Flasche Jpsol, angeblich zum Zimmerreinigen. Als die Kinder nachmittags ahnungslos nach Hause kamen, gab sie ihnen Schinkenbrötchen zu essen. Nachdem sich die Kleinen gesättigt hatten, holte die Mutter die Jpsolflasche herbei, um ihren furchtbaren Entschluß zur Ausführung zu bringen. Jedes der Kleinen mußte aus der Flasche trinken. Sie spien jedoch das Gift wieder aus. Inzwischen hatte Frau Sch. die Flasche an den Mund gefügt und getrunken. Sie wollte an ihr Bett und fiel darauf. „Kommt, Kinder, zu mir ins Bett, wir wollen zusammen sterben!“ rief die Unglückliche den Kleinen zu. Die armen Geschöpfe waren jedoch kaum imstande, der Aufforderung der Mutter zu folgen. Mund und Nasen waren durch Jpsol furchtbar verbrannt. In wildem Schreie rannte der älteste Sohn in der Wohnung umher. Schließlich lief er zu den Nachbarn und nun wurde die schreckliche Tat entdeckt. Alle vier Personen wurden sofort nach der Infirmität XIX. in der Hüttenstraße gebracht, wo ihnen der Magen ausgepumpt wurde. Frau Sch. wurde sodann nach dem Krankenhaus Moabit gebracht. Ihr Zustand ist hoffnungslos. Die drei Kinder, die schwer erkrankt sind, konnten bei Nachbarn untergebracht werden. Als der Familienvater gestern Abend von der Arbeit ahnungslos heimkehrte, brach er unter der Wucht der furchtbaren Nachricht zusammen.

**Jpsol.** Der 55 Jahre alte Webermeister Julius Bellah aus der Kastanien-Allee 29/30, der dort in der Fabrik von Loewenberg seit 27 Jahren beschäftigt war, litt seit vier Jahren an den Nieren. Da er keine Aussicht auf Heilung mehr hatte, so geriet er in Verzweiflung, riegelte sich gestern nachmittag, als seine Frau und die 13jährige Tochter in der Küche zu tun hatten, in der Wohnstube ein und trank Jpsol. Dann kopfte er an die Tür, öffnete selbst noch, rief den Seinen ein Lebewohl zu und brach bewußtlos zusammen. Frau und Tochter brachten den Unglücklichen mit einer Droschke nach der Rettungswache in der Kastanien-Allee, die ihn dem Lazarus-Krankenhaus zuführte. Dort starb er nach anderthalb Stunden.

**Unglückliche Liebe hat die 17 Jahre alte Verkäuferin Frida Pelsgang aus der Laufgr. 9 ins Wasser getrieben.** Als Lehrmädchen hatte sie in einem Geschäft in der Alten Jakobstraße den Buchhalter Eugen Sch. kennen gelernt. Seit einem halben Jahre unterhielt sie mit ihm ein Liebesverhältnis. Davon wollten jedoch ihre Eltern nichts wissen, weil sie meinten, sie sei noch zu jung. Als sie nun am Sonntag vor acht Tagen erst in der Nacht um 3 Uhr nach Hause kam, machten sie ihr heftige Vorwürfe. Am nächsten Tage lehrte das Mädchen, das einen Hinterausgang benutzte, während der Vater es vorn auf der Straße erwartete, aus dem Geschäft nicht mehr zurück, sondern ging ins Wasser. Gestern fand man es an der Pfuelstraße und dem Gröbenufer als Leiche in der Spree wieder.

**Die Reuen auf der neuen Steglitzer Bahn, denen man mit so großen Erwartungen entgegen sah, konnten des starken und anhaltenden Regens wegen leider nicht stattfinden.** Zahlreiche Besucher hatten sich trotz der unglücklichen Witterung eingefunden, die enttäuscht die Bahn, welche einen guten Eindruck machte, verließen.

**Die Ruffenliste 9425 ist dem betreffenden Bezirksführer verloren gegangen.** Es wird gebeten, solche bei Siepmann, Linienstr. 242 I. abzuliefern.

**Beim Spielen am Treppengeländer tödlich verunglückt ist am Sonntagabend nachmittag der fast zehn Jahre alte Sohn Paul des Formers Schirmer aus der Linienstr. 77.** Das Haus hat eine Wendeltreppe, an deren Geländer sich die Kinder gern hinabgleiten lassen. Zum Entsetzen seiner Spielkameraden stürzte nun am Sonntagabend Schirmer aus dem zweiten Stock auf den asphaltierten Hof hinab und blieb bewußtlos liegen. Während die Kinder davonliefen, sorgten Gäste einer in dem Hause gelegenen Wirtschaft, die das Aufschlagen des Körpers auf den Plurbeleg hörten, für Hilfe und holten die Mutter des Verunglückten aus der Wohnung. Diese ließ ihn nach dem Hebeweg-Krankenhaus bringen, wo die Ärzte einen Schädelbruch, eine schwere Gehirnerschütterung und eine Perforation der Leber feststellten. Nach acht Stunden erlag der Knabe den furchtbaren Verletzungen.

**Bei einem entsetzlichen Unglücksfall ist der 40 Jahre alte Händler Weininger gestern schwer verletzt worden.** Er hatte sich vor der Zentralmarkthalle am Alexanderplatz eingefunden, um einzukaufen. Auf dem Straßendammbau geriet er vor dem Portal der Halle vor ein ansehendes Geschäftsfuhrwerk und hierbei wurde ihm die Deichsel des Wagens in den Unterleib hineingestoßen. Der Unglückliche wurde förmlich aufgespießt. Die Eingeweide drangen ihm aus der Wunde heraus. In fast hoffnungslosem Zustande wurde M. nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

**Von einem Radfahrer überfahren und schwer verletzt wurde gestern (Montag) Abend gegen 7 Uhr der achtjährige Sohn Wilhelm des Portiers Schmidt aus der Lindenstraße 44.** Das Kind spielte vor dem Hause mit einem Altersgenossen „Zed“ und lief dabei auf den Bahndamm, als im selben Augenblick ein zwölfjähriger Radfahrer die Straße daherkam. Der Kleine wurde zu Boden gerissen und überfahren. Er erlitt dabei einen komplizierten Beinbruch und mußte, nachdem er auf der nahen Hauptfeuerwache einen Rotverband erhalten hatte, nach dem Krankenhaus am Urban geschafft werden.

**Feuer in einem Porzellanbrenner.** Gestern Abend gegen 9 Uhr kam in der Mitterstr. 82, Ecke der Jakobikirchstraße, in einem ersten bezogenen Porzellanbrenner ein Brand aus, der der Feuerwehre viel zu schaffen machte. Er war durch die Unvorsichtigkeit eines Knaben entstanden und hatte im Ru ein großes Kosten Holzwohle, Strohh. erfasst. Es trat sofort eine starke Verqualmung ein und aus allen Kelleröffnungen quollen dicke Rauchwolken. Anfanglich konnte die Feuerwehre nicht an den Brandherd heran, benutzte dann aber zum erstenmal den neuen königlichen Rauchapparat, der Verieselung hat und mit einem Sprachrohr verbunden ist. Der Träger dieses Apparates konnte sich vom Keller aus mit dem die Abdichtung leitenden Offizier leicht verständigen, wodurch der Lösungsangriff wesentlich erleichtert wurde. Immerhin dauerte es aber doch über eine Stunde, bevor die vollständige Abdichtung erfolgt war. Ein großer Posten Porzellanwaren ist durch den Brand zerstört worden.

**Feuerbericht.** Durch die Explosion einer Petroleumlampe kam auf dem Expeditionsboote der Firma Förster, Ruitmann u. Co., Nachfolger, in der Ragerstraße ein Feuer aus. Die Wehre war schnell zur Stelle und konnte die Gefahr leicht beseitigen. — In der Chauffeestr. 67 brannte es bald darauf ebenfalls auf dem Hofe; Risten und Verpackungsmaterialien standen in Flammen. Die Abdichtung nahm aber hier auch nur kurze Zeit in Anspruch. — Möbel, Kleidungsstücke etc. hatten am Galleischen Ufer 16 Feuer gefangen, während in der Schönhauser Allee 66 der Schornstein brannte. — Schließlich wurde die Wehre noch nach der Saarbrückerstraße 82 und nach der Ecke der Charlotten- und Leipzigerstraße gerufen. Hier war in dem Ausschaltermast ein Kabel, dort eine Automobilbrosche in Brand geraten.

**Das Kasino-Theater ist am Sonnabend wieder eröffnet worden.** Der erste Abend ging gut an, denn große Plakate verkündeten im Theater, daß alle Plätze ausverkauft seien. Der alte Grundplan der Bühne, sich in Vielseitigkeit von keiner Konkurrenz übertrumpfen zu

lassen, hat auch diesmal Erfolg gehabt. Als Einleitung wurde Offenbachs Operette „Die Zaubergeige“ gegeben, ein Stück, das in Musik und Text den jungen unbeduldsamen Offenbach zeigt, der noch keine Ahnung davon hat, daß er einst der „Schönen Helena“ und der „Großherzogin von Gerolstein“ ebenso sünden- wie genierreicher Vater werden wird. Das Stück wurde mit der feinsten Inbalt angepaßten Reiztheit gespielt. Dann kamen zwei Spezialitätennummern und hierauf ein dem „geadelten Kaufmann“ nachgearbeitetes Volksstück „Der Adelsnarr.“ Der Inhalt blieb der alte; wir sehen den Kaufmann Mohrbeck in bürgerlicher Schlichtheit und Behäbigkeit, wie sehen dann, wie er und seine Gattin die Nase hochtragen und das Glück ihrer Kinder mit Füßen betampeln. Die Kleite kommt und führt zum Verbrühen aller kaufmännischen Entwidlungsmöglichkeiten, zur primitiven Heringstonne zurück; zum Schluß aber öffnet die Liebe der Schwiegermutter und die Wiederkehr des schlichten Schwagers aus der Werkstatt dem Schwagergeprüften Mann die Bahn zu neuen Reichtümern. So ein Stück paßt für's Kasino-Theater; jede Sentenz, die gegen Adelshochmut und Verachtung bürgerlicher Schlichtheit gerichtet war, wurde mit Weisheitschärmen überschüttet. Der „Adelsnarr“ wurde von den bewährtesten Kräften der Bühne gespielt; daß Direktor Berg sich in der Titelfrolle wieder von seiner besten Seite zeigte, bedarf wohl kaum der Erwähnung.

**Passage-Theater.** Auch in den Kunsttempeln, die den ganzen Sommer hindurch geöffnet sind, beginnt mit dem September die Saison, und die Sorge um Verbeisung neuer Jungkräfte macht sich mit verstärkter Gewalt geltend. Im Passage-Theater fehlen allerdings die Sterne erster Größe, doch sorgt ein mit Bedacht zusammengestelltes Programm trotzdem für amüsante Unterhaltung. Bekannt ist den Berlinern die Wiener Soubrette Földi Augustin, die vor zwei Jahren im Apollo-Theater in der Operette „Frühlingsluft“ ihren Namen fand und auch jetzt wieder Großen ihrer Unverwundlichkeit zum besten gibt. Internationale Soubrette nennt sich ein Fräulein Doguare, die auf französisch Mittelmaßigkeiten singt. Recht thätig ist der von einem Regier assistierte komische Jongleur Charles Montrail, dem auch schwierige Sachen gelingen. In der Akrobatik leitet die Lagard-Truppe vorzügliches, auch die Eggenriths Georgis sind vortrefflich; den Gipfel der Kunst aber erreichen die Dinos in ihrer Stierkampfpantomie. Der Humorist Karl Bernhardt bewährt sich im Erzählen drolliger Anekdoten, während in der Tanzkunst die Raworzy-Truppe und das Duo Ballino und Marinette mit ansprechenden Leistungen aufwarten. Ein Damenkomiker Tariano weiß in Stimme und Haltung weibliches Wesen täuschend vorzuspielen; unheimlich bleibt einem Menschen von normalen Empfinden immerhin solche Verwandlungskunst. Alles in allem läßt das Programm erkennen, daß die Direktion erfolgreich bemüht ist, mit den Variétébühnen ersten Ranges zu konkurrieren.

**Theater.** Im Theater des Westens beginnen die unter Leitung von Hermann Schmelzer stehenden Klassiker (Schiller) Vorstellungen zu kleinen Preisen, welche regelmäßig an jedem Sonntagabend nachmittags 3 Uhr stattfinden, mit dem 16. September. Als erste dieser Vorstellungen geht „Demetrius“, historisches Trauerspiel in 5 Akten mit Benutzung des Schiller-Fragments von Heinrich Raabe, in Szene. — Das Schiller-Theater bringt in dieser Woche zwei Neueinstudierungen: „Iphigenia Aulide“, die im Schiller-Theater zum erstenmal gegeben wird, und Angenrubers „Gwissensurteil“, der Donnerstag, den 7. d. M., im Schiller-Theater O. (Wallner-Theater) zum erstenmal in Szene gehen wird. — Fräulein Ella Rotti, die Soubrette vom ungarischen Stadttheater in Budapest, ist für das Carl Weich-Theater verpflichtet worden. Ebenfalls die Balletmeisterin Josephine Weiß vom herzoglichen Hoftheater in Altenburg. Beide Damen werden bereits in der nächsten Woche „Der Weltumsegler wider Willen“, welche im Laufe der nächsten Woche in Szene geht, mitwirken. „Im Hause der Sünde“ gelangt nur bis inklusive Freitag zur Aufführung. — Im Lustspielhaus ist am 13. September die erste Aufführung des dreiaktigen Lustspiels „Die Jungfrau Ambrosia“ von Franz Serovec, dem alsbald am 22. September als zweite Kobiata „Der Jahrmarkt zu Pulsnit“ von Walter Harlan folgen wird. — Im Lutsen-Theater wird Eduard Jacobsons Komödie „Der jüngste Leutnant“ heute Abend zuerst aufgeführt.

**Orgelkonzert.** Am Mittwoch, den 6. September, abends 7 1/2 Uhr, veranstaltet der königliche Musikdirektor Bernhard Jergan in der St. Marienkirche das nächste Orgelkonzert unter Mitwirkung von Frau Martha Dreier-Wolff (Sopran), Fräulein Elise Vetter (Alt) und Herrn Königl. Kammermusiker Walter Habenschütz (Violine). Orgelkompositionen von Bach, Regner und Renner jun. Der Eintritt ist frei.

## Gerichts-Zeitung.

**Unter der Anklage des Wuchers stand der Kaufmann Artur Claus vor der Ferienkammer des Landgerichts I.** Der Angeklagte, welcher der verantwortliche Geschäftsführer der „Piano-Bank“, G. m. b. H., ist, wurde beschuldigt, daß er unter Ausnutzung der Notlage eines anderen mit Bezug auf ein zweifelhaftes Rechtsgeschäft, welches dem wirtschaftlichen Zwecke des Darlehens dienen sollte, sich übermäßige Vorteile habe verschaffen und geschahen lassen. Die Piano-Bank ist das einzige Bankgeschäft, welches sich mit Diskontierung von Piano- und Möbel-Kaufverträgen befaßt, d. h. langfristige Barkredite gegen Hinterlegung von Leibverträgen gewährt. Die Bank stand mit der Firma Alwine Eberhardt, deren Prokuristen Albert Eberhardt, in Geschäftsverbindung, indem sie diesem größere Kredite gewährte, weil er das so lukrative Abzählungsgeschäft ausdehnen wollte. Die Piano-Bank diskontierte der Firma Alwine Eberhardt eine Reihe von Wechseln, ließ sich aber zur Sicherheit die schriftlichen Möbelverträge als Unterpfand übergeben und berechnete bei der Diskontierung der Wechsel 8 Proz. Zinsen pro Jahr und 3 Proz. Provision pro Quartal. — Der Staatsanwalt erklärte in dieser Höhe der berechneten Provision den Wucher und machte geltend, daß diese Provision bei weitem das übliche Maß übersteige und noch dadurch erhöht worden sei, daß zumeist die Wechsel an größere Banken weitergegeben und dann außer der eigenen Provision der Firma Eberhardt auch noch diejenige in Rechnung gestellt worden sei, welche die betreffenden Banken forderten. Der Staatsanwalt beantragte 1 Monat Gefängnis und 500 M. Geldstrafe. Der Angeklagte und Rechtsanwalt Morris bestritten dagegen entschieden, daß subjektiv oder objektiv die Kriterien des Wuchers vorliegen. Die hier in Frage stehende Art Wandelverträge erfordere große Geschäftserfahrung und sei mit großem Risiko verbunden, weil sich die Höhe der Forderungen aus den Leibverträgen vorher nie beurteilen lasse. Daß es sich um eine Kollage im Sinne des Wuchergesetzes bei der Diskontierung der Wechsel handelte, sei zu bestreiten, auch hätten die geforderten und gezogenen Vermögensvorteile in keinem Mißverhältnis zu den Leistungen gestanden, da das Risiko bei Eberhardt und seinen Kunden ein größeres gewesen sei, als in sonstigen Kreisen. — Der Gerichtshof schloß sich dieser Ausführung an und erkannte auf Freisprechung.

## Vermischtes.

### Die Cholera.

Die Zunahme der Cholera-Erkrankungen hat zu weiteren Vorkehrungsmaßnahmen geführt. Vor den Toren Berlins ist auf Anordnung des Reichs-Gesundheitsamtes eine Cholera-Überwachungstation errichtet worden. Die Station befindet sich in Köpenick. Die dortige Wasserbau-Inspektion hat ihre Dampfer und Motorboote zur Kontrolle aller durchfahrenden Fahrzeuge in Dienst gestellt. Es werden hauptsächlich alle nach Berlin unterwegs befindlichen Schiffe scharf gemustert. In Köpenick wird außerdem eine Choleraabarde errichtet. — In Posen ist gleichfalls eine

Cholera-Überwachungsstation errichtet worden, in der sämtliche die Waare passierenden Schiffsmannschaften ärztlich untersucht werden. Bis zum 2. September mittags sind nach dem „Reichs-Anzeiger“ in Preußen insgesamt 43 Erkrankungen und 17 Todesfälle an Cholera gemeldet worden, zwei davon in Posen und Warmiense, Kreis Rastenburg in Ostpreußen.

Als choleraverdächtig werden weiter gemeldet in Kassel 4 Personen, 2 Männer und 2 Frauen; von der Überwachungsstelle Kassel sind ein Pfleger; in Eildren, Kreis Solms, ein Arbeiter und eine Arbeiterin; in Weichenhöhe der Arbeiter Rampracht; im Kreise Czarnikau in den Ortschaften Priesendorf, Komanshof, Wolkowitz je ein Arbeiter. Verstorben sind an Cholera der Schiffer Juder auf einem Kesselstahl bei Wirß; in Wilkau zwei Kinder von dem Schiffer Albrecht bei Kassel.

Der in Lubosch für den 8. September geplante Ablauf wurde wegen der Choleraepidemie aufgeschoben.

Im Krankenhaus in Kulm ist am Sonnabend der sechs Jahre alte Knabe Sigismund Wlasjewicz, Sohn der am 28. August an Cholera gestorbenen Reifenmacherin, ebenfalls an Cholera gestorben.

Am Sonntag ist in Grabowo eine aus Schully gekommene Schifferin choleraverdächtig erkrankt und, nachdem sie nach Kulm gebracht worden war, nach getreten gestorben. Es war dies der erste auf einem Kahn vorgekommene Erkrankungsfall. In Roder bei Thorn ist ein vierzehnjähriges Mädchen choleraverdächtig erkrankt. Außerdem wurden zwei choleraverdächtige Fälle aus der Jakobsvorstadt in Thorn gemeldet.

Gegenüber den Meldungen über choleraverdächtige Erkrankungsfälle unter dem in Thorn liegenden Militär kann die Thorer Presse auf Grund von Erkundigungen an zuständigen Stellen mitteilen, daß ein Pionier der Festungs-Telegraphen-Kompagnie, der im Exerzierhaus der Kadaver Baracken untergebracht ist, an Durchbruchfall erkrankt ist. Der Mann ist abgefordert und wird beobachtet. Der Choleraverdacht ist bisher nicht bestätigt. Das Befinden des Mannes hat sich erheblich gebessert; trotzdem sind alle gebotenen Vorkehrungsmaßnahmen getroffen. Sämtliche Mannschaften, die mit dem Erkrankten zusammengekommen haben, sind auf fünf Tage im Fort Hermann Isak untergebracht worden. Weitere Erkrankungen sind bisher nicht vorgekommen.

Der Kultusminister hat die Herrichtung von Kantinen längs des Weichselstromes und der Nebenflüsse angeordnet. Aus diesen Kantinen sollen die Notenfänger der Flößer Lebensmittel und Getränke für die Flößer erhalten. — Zwei im Graubener Krankenhaus untergebrachte erkrankte Flößer werden wahrscheinlich nach acht Tagen als gesund entlassen werden können.

**7000 Gebäude eingedöckert.** Ein Riesenfeuer hat in Adria-nopel furchtbare Verheerungen angerichtet. In Adria-nopel wurden durch eine Feuersbrunst fast 7000 Gebäude vernichtet; am stärksten haben das armenische, griechische, bulgarische und israelitische Viertel gelitten. Die katholische und armenische Kirche, die polnische Schule, ein Frauenkloster, viele Moscheen und das Telegraphenbureau sind gleichfalls ein Raub der Flammen geworden. Mehrere Personen büßten das Leben ein.

Eine Weiterexplosion erfolgte, wie aus Witten gemeldet wird, auf der vierten Sohle der Zeche „Bruchstraße“ bei einem Sprengschuß, wobei drei Bergleute lebensgefährlich und zehn leicht verletzt wurden. Der Brand ist bereits gelöscht.

Die Geliebte erschossen. Am Sonnabend Abend zwischen 9 und 10 Uhr wurde in Hoch-Stübblau auf der Straße das beim Postamt zur Erkennung des Dienstes eingetretene Fräulein Helene Malawoff tot aufgefunden. Sie hatte am Kopfe schwere, von einem Gewehr-schusse herrührende Wunden. Der Verdacht der Täterschaft lenkte sich sofort auf den Postboten Kamischke, der mit der Toten ein Liebesverhältnis unterhalten haben soll. Kamischke, der verwundet war, hat sich am Sonntag vormittag dem Amtsgericht in Pr.-Stargard gestellt. Er wird heute nach Hoch-Stübblau transportiert, damit er bei der Obduktion zugegen ist.

Eine Familientragödie. Aus Wien wird berichtet: Die Gattin des Zahnarztes Dr. Wieden erhängte sich infolge unglücklicher Familienverhältnisse. Als Dr. Wieden die Nachricht erfuhr, vergiftete er sich mittels Zyankalium.

Typhuserkrankungen sind in Beiffarth bei Gelsenkirchen in rascher Aufeinanderfolge aufgetreten. In den letzten Tagen sind dort neun erwachsene Personen daran erkrankt, von denen bereits eine gestorben ist.

Ein Bahnhofsportier als Organist. Ueber einen kürzlich verstorbenen Bahnhofsportier in Großheringen wird folgendes Geschichtchen erzählt: Als guter Orgelspieler betrat er vor einigen Jahren den Lehrstuhl seines Ortes beim Orgelspiel in der Kirche. Er hatte den Tag zuvor anstrengenden Dienst gehabt und war während der Predigt fast eingeschlafen. Als nach Beendigung derselben die kirchliche Handlung ihren Fortgang nahm, wartete alles auf das Einsinken der Orgel, aber diese schwieg. Da gibt ein Nachbar dem Organisten einen Rippenstoß und unser Freund, fähig aus dem Schlaf aufgeschreckt, in der Meinung, er befinde sich auf dem Bahnhof und müsse den Zug abrufen, erfüllt das Gotteshaus mit dem dröhnenden Rufe: „Einsinken in der Richtung Sulza, Apolda, Weimar, Erfurt, Gotha, Eisenach usw.“

## Briefkasten der Redaktion.

### Juristischer Teil.

Die juristische Ehrenkammer findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet: abends 7 Uhr.

28. 1. Ja, aber nach zutreffender Ansicht sind Elemente bei ein-tretender Bedürftigkeit nochmals zu zahlen. (S. 17 des dem „Rechtsberichter“ beigefügten Führers.) 2. Ja. — 1867. 1. Eine Forderung wäre nicht ohne Rücksicht auf Erfolg. 2. Ja. 3. Ein Schwur wird nicht erfordern. Die Angabe der Unwahrscheinlichkeit kann aber als Schwur aufgefaßt werden. 4. Gesetzesparagrafen können Sie in den in den öffentlichen Bibliotheken aus-gehenden Gesetzbüchern nachschlagen. — B. 10. Neubankendleben. 1. Wenn Sie Ihre Rechte wahrnehmen will, müßte hier vor allem aber ein Anwalt für Sie erscheinen. 2. Ihre Tochter sollte scheinbar durch einen Anwalt den Antrag stellen, ihrem Mann Bestellung des Vorhufes usw. auszugeben. 3. Selbstverständlich muß Ihre Tochter Ihren Anwalt informieren. 4-6. Alles das hätte schon längst durch einen Anwalt beantragt sein sollen. Die Forderung schwindet die Rechte Ihrer Tochter. — S. G. 1867. 1. Mit vollendetem 70. Lebensjahr. 2. Nein. — G. B. 18. — H. B. 12. Wenden Sie sich direkt an die Bahndirektion am Anhalt. Ein Verbot gegen die Post besteht nicht. — R. G. 5. Sie haben, wenn der Wert nicht in eine Einigung willigt, die Verpflichtung aus dem Pfandverträge voll zu erfüllen. — 2. Streitende. §§ 1717, 1718 des in den öffentlichen Bibliotheken einzusehenden bürgerlichen Gesetzbuches sind entscheidend. — Postwesen. 1-6. Ihre Fragen bedürfen einer Ergänzung nach folgenden Richtungen hin: Wie lautet der Lehrentrag in seinem vollen Wortlaut? Wer hat den Vertrag unterschrieben? Wie alt sind Sie? Was bestimmt die Arbeitsordnung über Prüfen usw.? Was meinen Sie mit „Bezahlung des Lohnes“? 6. Ja. 7. Ueberhaupt nicht. — H. B. 1. Ja. 2. Nein. — G. B. 32. 1. und 2. Sächsisches Gebirge ist nicht kreuzverriegelungsfähig. 3. Die Herrschaft hat für die Dauer von sechs Wochen, jedoch nicht über die Dienstzeit hinaus, für Kur und Verpflegung eines kranken Dienstmädchens Sorge zu tragen. Auf die hierdurch entstehenden Kosten darf die Herrschaft den auf die Krankheitszeit entfallenden Lohn verrechnen. — Kaiserkrone. Seite 23 des dem „Rechtsberichter“ beigefügten Führers finden Sie Beispiele und Anleitung zu selbständigen Testamenten. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus.

**Wetter-Prognose für Dienstag, den 5. September 1905.** Etwas wärmer, teilweise heiter, aber noch veränderlich mit geringeren Regenschauern und mäßigen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.